

Professor Dr. Ronald Lutz ist Dipl.-Pädagoge MA und lehrt zu dem Fachgebiet „Menschen in besonderen Lebenslagen“ am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Erfurt, Altonaer Straße 25, 99085 Erfurt, E-Mail: lutz@fh-erfurt.de

Professorin Dr. Gabriele Kleiner ist Dipl.-Sozialarbeiterin und Dipl.-Sozialgerontologin. Sie lehrt Sozialgerontologie an der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt, Peter-Behrens-Straße 26, 64287 Darmstadt, E-Mail: kleiner@efh-darmstadt.de

Dr. Bodo Rödel ist Dipl.-Heilpädagoge und Erziehungswissenschaftler. Privatanschrift: Berliner Straße 34, 50259 Pulheim
E-Mail: bodoroedel@gmx.de

Klaus-Michael Krija ist Dipl.-Pädagoge und Koordinator für ambulante Erziehungshilfen im Jugendamt des Bezirksamtes Pankow von Berlin, Ortsteil Weißensee, Berliner Allee 252, 13088 Berlin
E-Mail: krija@ba-pankow.verwalt-berlin.de

Professor Dr. Heiko Kleve ist Dipl.-Sozialarbeiter und Soziologe. Er lehrt Soziale Arbeit an der Fachhochschule Potsdam, Fachbereich Sozialwesen, Friedrich-Ebert-Straße 4, 14467 Potsdam
E-Mail: kleve@fh-potsdam.de

Joachim Römhild ist Sprach- und Kommunikationswissenschaftler und Geschäftsführer der Ostkreuz gGmbH Berlin/Brandenburg
E-Mail: info@ost-x.de

Michael Hofert ist Dipl.-Sozialarbeiter und Geschäftsführer der Ostkreuz gGmbH Berlin/Brandenburg, E-Mail: info@ost-x.de

Jacqueline Schwarz ist Psychotherapeutin und Geschäftsführerin der Ostkreuz gGmbH Berlin/Brandenburg, E-Mail: info@ost-x.de

Simon Königbauer ist Dipl.-Sozialpädagoge und arbeitet bei der Katholischen Jugendstelle Berchtesgadener Land, Salzburger Straße 29, 83435 Bad Reichenhall
E-Mail: simonkoenigbauer@hotmail.com

Soziale Arbeit Juni 2007 56. Jahrgang

Gemeinwesenarbeit und Sozialraumplanung <i>Ronald Lutz, Erfurt</i>	202
DZI-Kolumne	203
Perspektiven einer Gemeinwesenorientierung in der sozialen Altenarbeit <i>Gabriele Kleiner, Darmstadt</i>	207
Schulmüde – was nun? Arbeit mit schulmüden Schülerinnen und Schülern <i>Bodo Rödel, Pulheim</i>	212
Intervall- und Tandemleistungen Zwei innovative Hilfen zur Erziehung <i>Klaus-Michael Krija, Berlin; Heiko Kleve, Potsdam; Joachim Römhild; Michael Hofert; Jacqueline Schwarz, Berlin</i>	216
Gutachtliche Stellungnahme in der Sozialen Arbeit Am Beispiel der Bereiche Sorgerecht und Adoption <i>Simon Königbauer, Bad Reichenhall</i>	221
Rundschau Allgemeines	226
Soziales	226
Gesundheit	227
Jugend und Familie	228
Ausbildung und Beruf	229
Tagungskalender	230
Bibliographie Zeitschriften	231
Verlagsbesprechungen	236
Impressum	240

Der Auflage liegt ein Prospekt des Verlages Hans Jacobs, Lage, bei.



**Eigenverlag
Deutsches Zentrum für soziale Fragen**

Gemeinwesenarbeit und Sozialraumplanung

Ronald Lutz

Zusammenfassung

Gemeinwesenarbeit und Sozialraumplanung setzen gemeinsam an endogenen Potenzialen des Sozialraums an und beabsichtigen eine Stärkung der sozialen und kulturellen Infrastruktur. Darin schlägt die Stunde der lokalen Politik, und Gemeinwesenarbeit wird zu einer lokalen Antwort lokaler Probleme, die jenseits einer durch die Prozesse der Globalisierung gelähmten Sozialpolitik dem Lokalen neue Räume und neue Möglichkeiten öffnet.

Abstract

Community work and social environment planning together start at the endogene potentials of the social environment and aim at a strengthening of the social and cultural infrastructure. Here tolls the bell for the local policy, and community work becomes a local answer to local problems, which opens new spaces and opportunities beyond a social policy that is paralyzed by processes of globalization.

Schlüsselwörter

Gemeinwesenarbeit – Methode – Lebenswelt – Solidarität – Management – Sozialplanung – Sozialraum – Stadtteil – Methode

Ausgangspunkt Solidarität

Jenseits aller Abgesänge und Larmoyanz, die unsere Tage so prägen, sind neue Skizzen erforderlich, die nicht jenes schwerfällig transportieren, was bereits hinter uns liegt, sondern den Blick nach vorne richten. Auf die neuen Risiken der Moderne müssen wir mit Engagement, Phantasie und Lebensfreude reagieren, es sind ungeheuerere Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt. Dabei aber muss das Bisherige nach vorne gedacht werden.

Trotz aller Umbauprozesse, die einen veränderten Sozialstaat hervorbringen, gehört es zu den grundlegenden Pfeilern unserer Zeit, dass die Kraft der Solidarität und der in ihr liegenden dynamischen Unterstützungskulturen eine essenzielle Basis unseres Gemeinwesens ist. Das hierfür sozialstaatlich entworfene Muster, das vielfach im Kontext gesellschaftlicher Individualisierung aufgelöste, tradierte Formen ersetzte, verändert sich allerdings grundlegend; es nimmt Abstand von der einmal vorschnell propagierten Allzeit- und Rundumversorgung und zieht sich auf Mindestgarantien zurück. Das ist subjektiv dramatisch, aber insgesamt nachvollziehbar.

Dies kann man beklagen, es als neoliberale Form der Politik ablehnen und daran arbeiten, das traditionelle Modell des Sozialstaates zu erneuern. Doch die Welt hat offenkundig eine andere Richtung eingeschlagen. Und darauf muss man sich einstellen.

Es ist ja nicht nur die Ökonomie, die neue Spaltungen verursacht, manche sprechen sogar schon von Unterschichten und einer neuen Klassengesellschaft:

- ▲ Es ist auch der Konflikt der Generationen.
- ▲ Es ist der Konflikt zwischen jenen, die Arbeit haben und jenen, die keine haben.
- ▲ Es ist der Konflikt zwischen Kinderlosen und jenen, die keine Kinder haben.
- ▲ Es ist der Konflikt zwischen guten und schlechten Bildungschancen.
- ▲ Es ist auch der Konflikt, der sich in erschreckender Weise zwischen Kulturen und Religionen aufbaut.

Dieser Gemengelage kann man nur mit komplexen Reaktionen begegnen, die ich in ihrem Grundsatz kurz reflektieren will. In all den geführten Debatten wird, neben einer Vielfalt anderer Kontexte, die Verantwortung des Subjekts und seiner Gemeinschaften betont. Das aber verschlägt einem in doppelter Weise den Atem. Liegt darin doch zugleich auch die Bedrängnis, dass zukünftig wieder verschärft die Schuldfrage für individuelles Leid gestellt wird, die unsägliche Differenzierung in würdige und unwürdige Armut kommt wieder aus ihrem Versteck hervor. Zugleich lässt sich in dieser Neubetonung von Verantwortung, die sich sowohl auf Subjekte als auch auf Gemeinschaften bezieht, ein durchaus befreiender Aufbruch zu mehr Freiheit erkennen, der das Besondere menschlicher Kultur- und Gestaltungsfähigkeit in den Blick nimmt.

Jenseits einer gut gemeinten, aber vor allem kolonialisierenden fürsorglichen Belagerung und einer für nicht wenige fast vollständigen Verwiesenheit auf staatliche Lohnersatzleistungen, auf Almosen und Alimentierungen formen sich neue Modelle, die weg vom Defizitblick führen und menschliche Fähigkeiten und Potenziale entwickeln und damit Subjekte zur Partizipation durch eigene Kräfte befähigen wollen. Insofern lenkt die aktuelle Entwicklung den Blick auch auf andere Formen der Solidarität, die vor, hinter oder nach dem Modell des Sozialstaates liegen. Einige davon wurden allerdings in der Auflösung von Traditionen empfindlich abgeschwächt und mitunter vergessen, in ihrer sozialstaatlichen Bearbeitung wurden sie in professionellen Formen organisiert und insofern auch aufgehoben. So aber gilt es in einem langen Prozess Solidarität anders als bisher zu erleben und zu aktualisieren.

DZI-Kolumne Nierenshow

Antworten auf die Herausforderungen der sozialen Frage sind erforderlich, die sich heute neu und auch anders stellt. Das Gute daran ist, dass es sie gibt, diese neuen Modelle und Konzepte, die Solidarität in veränderter Perspektive aufbauen. Darin muss es allerdings immer um zwei Perspektiven gehen: zum einen um die Selbstorganisation der Menschen, um die Entfaltung individueller Kräfte und Stärken; zum anderen um die öffentliche Beförderung und Öffnung von Räumen, in denen Menschen ihre Fähigkeiten auch umsetzen und verwirklichen können. Staatliche Garantien müssen sich deshalb vermehrt daran orientieren, allen Bürgern und Bürgerinnen Räume zur Verwirklichung ihrer Fähigkeiten verfügbar zu machen. Das umfasst sowohl die Sicherstellung notwendigerweise öffentlicher Güter wie Bildung und Gesundheit als auch den Aufbau von Optionen der Eigengestaltung. Diese Ebene der Umsetzung von Verwirklichungschancen muss wieder stärker im lokalen Bereich liegen. Das ist das Andere und Besondere, mit dem wir uns arrangieren müssen. In der Direktheit und Überschaubarkeit des Lokalen können in der komplexen und globalisierten Moderne neue Modelle einer veränderten Form von Unterstützungskulturen möglich werden.

Aufbrüche im Lokalen

Ein mögliches Modell dieser Dialektik liegt in einer Neugestaltung von Sozialplanung, die zugleich zu einer Neubewertung von Gemeinwesenarbeit führt. Entstanden in den weit gefächerten Debatten um die Projekte „Soziale Stadt“ zeigen sich nämlich neue Perspektiven für eine Gestaltung des Sozialen im Lokalen. In der Globalisierung gewinnt das Lokale zweifellos eine neue und zugleich originäre Bedeutung. Es ist der Ort des Lebens und als solcher gerät es nun in den Mittelpunkt des Geschehens. Die Verteilung wohlfahrtlich relevanter Mittel wird in Zukunft sehr viel stärker von der Kommune ausgehen, da nur im Lokalen jene Steuerungskapazität und Lebensweltnähe vorhanden sind, die auf wachsende Probleme des Sozialen adäquat reagieren können. Infolgedessen rücken die Stadt und ihre Sozialräume in den Mittelpunkt. In diesem Lokalen werden aber auch jene Formen neu belebt, die der Sozialstaat einstmals ersetzen musste. Das ist zunächst noch Vision, dennoch gibt es schon Ansätze und Intentionen auf der lokalen Ebene, die in diese Richtung tendieren.

Die Integrationsaufgaben der Städte wachsen ständig, zugleich nehmen ihre Integrationskräfte aber zunächst einmal ab, da sie denkbar schlecht auf die neue Entwicklung vorbereitet sind. Die neuen sozialen Herausforderungen der Stadtgesellschaft sind

Die Politik des alten Rom nach der Devise „Brot und Spiele“ gilt als Synonym für die Dekadenz einer Gesellschaft und das Ruhigstellen der einst selbstbewussten Bevölkerung. Die staatlich organisierten Spektakel im Circus Maximus bedienten niedrigste menschliche Instinkte: Wagenrennen, Kämpfe gegen Löwen und Mann gegen Mann, Daumen hoch, Daumen runter. Wie weit sind wir in unserer heutigen Gesellschaft von diesem Entwicklungsstand entfernt, fragt man sich angesichts der „Nierenshow“, die ein niederländischer Privatsender jetzt veranstaltet.

Es ist kaum von Belang, dass sich der vermeintliche Wettkampf dreier junger Menschen um die Spenderiere einer angeblich todkranken Frau letztlich als inszeniert erwies. Die Frau ist gar nicht krank, sie war als Schauspielerin engagiert und will gar keine Niere spenden. Pech für die drei „Kandidaten“. Ihr Kranksein ist nicht inszeniert, sie warten weiter auf das Leben rettende Organ. Pech für die Zuschauer, die mit zehntausenden von SMS, für 60 Cent das Stück, den Daumen hoben oder senkten. Pech für Politiker, Journalisten und Kirchenleute, die es versäumten, das Konzept vor der Sendung klar als unmoralisch abzukanzeln. Es gibt Situationen, da hat man Farbe zu bekennen, wenn man in der öffentlichen Verantwortung steht. Was denken sie, die Maulfaulen, sich wohl nun, wo selbst der Sprecher des Privatsenders nach der „Enthüllung“ meinte: „Eine Niere auf diese Weise zu versteigern, würde selbst uns zu weit gehen.“ „Selbst uns“ hat in diesem Fall einiges Gewicht, stammt das Bekenntnis doch von dem Erfinder des „Big Brother“-Fernsehens.

Wer erinnert sich noch an „Das Millionenspiel“, ein fiktives Doku-Drama von *Wolfgang Menge* in der ARD, 1970 gesendet. Die Macher jenes grandiosen Fernsehstücks wussten genau darzustellen wo die Unmoral beginnt. Lesen Sie doch mal nach, unter Wikipedia. Als DVD gibt es den Film leider nicht. Die Produzenten vergaßen, sich die nötigen Rechte zu sichern. Welch rührende Unschuld! – Ganz ohne Sarkasmus.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de

https://doi.org/10.5771/0490-1606-2007-6

urn:nbn:de:hbz:5:1-63221, am 28.06.2024, 00:29:40.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

bekannt und sollen nur kurz noch einmal benannt werden:

- ▲ demographische Entwicklungen;
- ▲ Spaltung und Segregation der Lebenslagen;
- ▲ steigende Bevölkerungsanteile in Abhängigkeit von Lohnersatzleistungen;
- ▲ Unterschichten, Kulturen der Armut;
- ▲ Parallelgesellschaften;
- ▲ eskalierende Gewalt.

Neben diesen massiven Problemen, die Städte nur wirklich bewältigen können, wenn sie bei der Verteilung der Finanzen einen größeren Anteil als bisher erhalten, haben Städte aber auch Schwierigkeiten, die sie in eigener Zuständigkeit in Angriff nehmen können. Das ist ihre große Chance! Hierzu gehören vor allem notwendige Veränderungen in den Steuerungsfunktionen hinsichtlich der Platzierung und der Vernetzung sozialer Dienstleistungen, die kurzfristig lösbar sind. Dies aber impliziert ein rasches Umdenken.

In der etablierten Sozialplanung werden deren Leistungen auf der Basis von Gesetzen in spezialisierten Ämtern und Diensten sozialer Hilfen umgesetzt, diese aber sind vor allem versäult. Kommunale Sozialarbeit ist konditional programmiert, da sie durch eine Addition von Fachgesetzen, die individuelle Leistungsansprüche festlegen, entstand und stetig ausgebaut wurde. So aber gehen Sozialplanung und Sozialarbeit von „Fällen“ unterschiedlicher Zuständigkeit aus, eben Fällen der Sozialplanung mit entsprechenden Diensten, oder Fällen der Jugendhilfeplanung mit entsprechenden Diensten, oder Fällen der Psychiatrieplanung mit entsprechenden Diensten. Hinter dieser Planung steckt eine Reaktion auf „Defizite“, die zu einer notwendigen „Versorgung“ führen. So aber sind die Einzelplanungen vielfach nicht vernetzt, Sozialplanung agiert eher reaktiv und interventiv, sie will lediglich versorgen und Leistungsstrukturen aufbauen und anpassen. Das aber ist wenig nachhaltig und geht an den neuen sozialen Herausforderungen der Stadtgesellschaften vorbei. Diese sind nämlich immer mehr Querschnittsthemen und erfordern einen Blick hinter das Defizit, auf Ressourcen und auf die Gestaltung des Sozialen, was mehr als Versorgung meint, da es einen aktiven und präventiven Kern hat.

Von einer reaktiven Planung zur aktiven Gestaltung

Vor diesem Hintergrund muss sich Planung weiterentwickeln; Planungsprozesse sind von einer reaktiven Planung in eine aktive Gestaltung und Steuerung zu transformieren. Dies beinhaltet zunächst

das „Aufheben“ von Spezialplanungen in einer integrativen Planung: Ihre Eigenständigkeit behaltend könnten diese zukünftig nur noch mit dem Blick auf andere Planungen agieren. Aufheben hieße dabei nicht, dass sie verschwinden. Sie werden allerdings „aufgehoben“, indem sie auf einer anderen Ebene, einer stärker integrativen, neu aufgenommen und weiterentwickelt werden. Dabei werden sie allerdings in dem Sinne auch „aufgehoben“, da sie auf dieser Ebene ihre bisherige Wirksamkeit neu und besser entfalten. Verschwinden können sie ohnehin nicht wirklich, da Leistungen, die integraler Bestandteil von Planungsprozessen sind, gesetzliche Grundlagen haben.

Eine integrative Sozialraumplanung, die planend gestalten will, umfasst und entfaltet auch die Steuerung von Prozessen und Dienstleistungen in Sozialräumen. Hierzu ist sie aber verstärkt mit Akteuren und den Menschen im Sozialen Raum zu entwickeln. Sozialplanung muss sich so aber zur Sozialraumplanung entwickeln, die eine Lebenslagenplanung und -gestaltung beabsichtigt und diese, vertreten durch Akteure, in ihre Tätigkeiten vielfältig mit einbezieht. Dies meint auch eine Neuorientierung lokaler Sozialpolitik als Lebenslagenpolitik, darin wird Sozialplanung zur „Gemeinwesenarbeit“ beziehungsweise sie bedient sich derer Instrumente.

Eine integrative Sozialraumplanung bedarf nämlich zwingend eines gemeinwesenorientierten Ansatzes, da sie auf einer Vernetzung im Gemeinwesen, auf einer Aktivierung des Gemeinwesens, auf einer größeren Verantwortlichkeit der Bürgerinnen und Bürger und einem umfangreichen Einbezug derselben in die Gestaltung des Sozialen Raums, der Lebenswelten, ruht. Darin liegt eine prinzipielle Erweiterung der Planung mit den Methoden der Gemeinwesenarbeit, die ja für die Nähe zum Raum und zu den Menschen in diesem Raum steht.

In einem aktuellen Blick auf Entwicklungen in Stadtteilen, auf die Planung ja zielt, geht es dann nicht mehr darum, soziale Verhältnisse zu schützen, was sich die traditionelle Gemeinwesenarbeit noch auf ihre Fahnen schrieb, es geht vielmehr darum, die Menschen in Verhältnissen aktiv zu unterstützen, damit sie sich, ihren Alltag, ihr Viertel, ihr Zusammenleben und ihre Kultur neu entfalten können. Diese aus den Projekten der Sozialen Stadt übernommene Perspektive gibt der Planung die Orientierung an Gestaltung und verknüpft sie mit aktivierenden Methoden der Gemeinwesenarbeit, die Gestaltungsprozesse initiieren, begleiten und der Planung zugleich die notwendige Rückmeldung geben.

In diesen Prozessen geht es nicht mehr nur um Beteiligung und Mobilisierung gegen, sondern um die Beteiligung als Aktivierung für etwas; es geht nicht mehr nur um die Schwachen und Marginalen im Gebiet, sondern es geht um das Gebiet an sich. So aber steht die Bildung lokaler „Veränderungscoalitionen“ (local capacity building) im Mittelpunkt, die Probleme und Belange des Gebiets in eigener Zuständigkeit und mit der Unterstützung von Professionellen angehen will. Das Ziel dabei ist eine größtmögliche Eigenständigkeit der Bewohner und Bewohnerinnen von Sozialräumen bei der Gestaltung ihres Lebensortes und der Bewältigung von Konflikten. Dass dies nicht immer ohne Hilfe und Unterstützung von außen geht, liegt auf der Hand; hierin liegt ja auch die Zuständigkeit einer integrativen und gestaltenden Sozialraumplanung, die nicht nur steuert, sondern auch moderiert und Bedarfe lösungsorientiert analysiert. In dieser Zuständigkeit wird sie in gewisser Weise auch zur Gemeinwesenarbeit beziehungsweise bedarf sie deren Methodik, um an Konflikten zu arbeiten.

Doch diese Gemeinwesenarbeit braucht einen anderen Zuschnitt. In diesen Prozessen muss die traditionelle Gemeinwesenarbeit zu einem modernen Sozialraummanagement mutieren, den Vorstellungen eines Quartiermanagement aus den Projekten Soziale Stadt nicht unähnlich, wobei der Begriff „Management“ die neue Perspektive verkündet: Steuerung und Moderation von Eigenkräften. Dieser „andere“ Begriff von Gemeinwesenarbeit entfernt sich damit deutlich von der Defizitorientierung traditioneller Sozialer Arbeit:

- ▲ Er wendet sich vielmehr den Ressourcen zu, die es zu entdecken und zu aktivieren gilt.
- ▲ Er orientiert sich zudem nicht mehr nur an marginalen Gruppen, er wendet sich allen Bewohnerinnen und Bewohnern eines Gebietes zu.
- ▲ Er löst sich aus der Umklammerung durch Soziale Arbeit, die seit den Zeiten der Rezeption in Deutschland die mit ihm verbundenen Möglichkeiten doch allzu sehr gelähmt und auf spezifische Gruppen und deren Versorgung festgelegt hatte.

Jenseits ihrer tradierten Bedeutung von Schutz, Versorgung und Dienstleistung entdeckt sich Gemeinwesenarbeit als Instrument der Aktivierung neu, indem sie zu einer sozialen und ökonomischen Entwicklung beitragen will, zur „Entwicklungshilfe“ im eigenen Land wird, die auf das sozialräumliche Gebiet bezogen dessen Potenziale einschließen, aufdecken und befördern will. Dabei findet sie allerdings zu ihrer ursprünglichen Absicht zurück: Menschen zu befähigen, für sich selbst zu sorgen.

Es geht folglich nicht mehr um die Verbesserung beziehungsweise Stabilisierung marginaler Lebenslagen, es geht um die Beförderung einer sozialen, kulturellen und ökonomischen Entwicklung in einem Gebiet. Es geht schlicht um die Gestaltung von Lebensräumen durch die Bewohner und Bewohnerinnen selbst. Gemeinwesenarbeit löst aus, treibt an, vernetzt, steuert, wird zur Partnerin und intermediären Instanz, die vermittelt und verbindet, die moderiert und schlichtet, Ideen und Phantasien befördert, Grenzen aufzeigt und Beziehungen herstellt, die es so noch nicht gab und die sich synergetisch befruchten. Somit geht es um die Aktivierung eigener Kräfte des Sozialen Raums, um die Verlagerung von Verantwortung und Zuständigkeit in die Perspektive der Menschen. Sozialraumplanung vernetzt und erweitert ihren Arbeitsbereich mit und durch Gemeinwesenarbeit; Planung wird selbst zum Motor der Gestaltung.

Instrumente

Für diese Prozesse sind in vielfältigen Projekten folgende Instrumente entwickelt worden, die hier kurz vorgestellt werden:

▲ Sozialraumplanung wird als eine integrative und agierende Planung zu einem Mix aus operativer Planung und Langzeitplanung, die sich zudem in einer dauerhaften Selbstreflexion ihrer Wirkungen zu einer „lernenden Planung“ entwickelt. Lernende Planung meint dabei, dass sie sich ihrer Wirkungen sofort und unmittelbar durch Wirkungskontrollen „bewusst“ wird und darauf schnell reagiert. Hierzu bedarf es eines Instrumentariums des Controllings und der Möglichkeit kurzfristiger Modifikationen in einem mittelfristig entworfenen Konzept. Und es bedarf einer notwendig hohen Flexibilität der Planung, die sich aus kurzen Informations- und Kommunikationskanälen sowie Planungskonferenzen im Planungsgebiet und in der Gesamtstadt ergibt. Dies wird möglich, wenn sich Planung als Sozialraumplanung dezentralisiert und zugleich vernetzt, darin aber Zug um Zug eine Eigenständigkeit entfalten kann.

▲ Sozialraumkonferenzen bündeln die Handelnden in einem Gebiet, stellen Kommunikation untereinander her und erörtern Probleme, Konflikte und verschiedene Projekte; sie stimmen Planungs- und Entscheidungsprozesse aufeinander ab, moderieren, koordinieren und vernetzen Handlungsebenen, steuern Interventionen und integrieren diese in einem gemeinsamen Entwurf. In diesen Konferenzen werden zudem die Planung und ihre Wirkung diskutiert, es werden Verläufe erörtert und es werden Bedarfe aufgestellt.

▲ Sozialraumbudgets, die von den Agierenden der Sozialraumkonferenz in den Räumen verwaltet und nach festgelegten Kriterien verteilt werden, führen zu einem stärker zielgerichteten und an den konkreten Bedarfen des jeweiligen Raumes orientierten Mitteleinsatz. Unter Verwendung eines damit einhergehenden neuen Kontraktmanagements auf Sozialraumebene kann die Leistungsvergabe und -kontrolle zugunsten des jeweiligen Sozialraums effektiver gesteuert werden; neben Spareffekten sind zudem Synergieeffekte möglich, da der Einsatz der Mittel aus einer integrierenden Sichtweise erfolgen kann. Der Mitteleinsatz wird zudem transparent, es wird auch deutlich, was Pflichtleistungen sind und wie diese vergeben werden.

▲ Auf Sozialraumebene kann die konkrete Beteiligung und Partizipation der Bewohnerinnen und Bewohner eher und effektiver erreicht werden, angeht und gesteuert über die Sozialraumkonferenz, durch Bürgerversammlungen, Bürgerforen, Beiräte und Planungszellen. Hieraus können Bürger und Bürgerinnen in die Planung und somit auch in die Gestaltung ihrer eigenen Lebenswelten stärker einbezogen werden; so kann auch Eigenverantwortung befördert und entwickelt werden.

▲ Mit Mediationsverfahren können, ebenfalls von der Sozialraumkonferenz ausgehend, Konflikte zwischen Bürgern, Bürgern und Organisationen, Bürgern und Verwaltung sowie zwischen Organisationen und Verwaltung aufgegriffen und sowohl sinnhaft als auch dialogisch gelöst werden.

▲ Freizeit-, Kultur- und Senioreneinrichtungen können verstärkt in die Selbstverwaltung durch die Bewohner und Bewohnerinnen eines Sozialraums übergehen; zugleich können durch die Öffnung von Kindertagesstätten oder auch Schulen zu Stadtteilzentren die Generationen, Ethnien und Lebenslagen vernetzt werden, um so einen neuen kulturellen Dialog zu etablieren, der zugleich selbst organisierte lokale Kulturen und Unterstützungskulturen im Sozialraum befördert. Auf diese Weise werden die Bürger und Bürgerinnen tatsächlich zu Mitgestaltenden und Planenden ihrer eigenen Lebenswelten.

▲ Sozialbürgerhäuser dezentralisieren und integrieren schließlich die Dienstleistungen der Kommunen und Träger freiverbandlicher Wohlfahrt, sie bieten diese lebensweltnah, steuern deren Evaluation und entwickeln Maßnahmen zu Wirkungskontrollen.

▲ Zur Beförderung einer sozialen und ökonomischen Entwicklung können zudem Ansätze einer „lokalen

Ökonomie“ angeregt werden. Lokale Ökonomie meint dabei keine Reduktion des globalen Arbeitsmarktes und der globalen Ökonomie auf den Mikrobereich des Sozialraums; sie fragt vielmehr nach ökonomischen Nischen, die von der allgemeinen Ökonomie nicht abgedeckt werden und auch nur lokale Wirkungen entfalten. Unter lokaler Ökonomie sind ökonomische Entwicklungen zu verstehen, die sich in der sozialen Nähe der Menschen durch diese selbst und in eigener Zuständigkeit entfalten lassen. Es sollen neue Zugänge zur Marktwirtschaft geschaffen werden, die die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen befördern und sie so befähigen für ihr eigenes Einkommen zu sorgen.

Sozialraummanagement

Das verbindende Glied, die steuernde Instanz in dieser Kooperation einer integrativen Planung und einer neuen Form der Gemeinwesenarbeit ist das Sozialraummanagement, das die Organisation und das Monitoring von Planungsprozessen überwacht und begleitet. Es kann an die Sozialbürgerhäuser angebunden, es kann aber auch bei anderen Trägern angesiedelt sein. Es moderiert und unterstützt durch Datenanalyse und Wirkungskontrollen die „lernende Planung“. Es ist der Ort und der Akteur ressortübergreifender Maßnahmen, die koordiniert und umgesetzt werden. Im Sozialraummanagement werden die Handelnden in einem Stadtgebiet vernetzt und verbunden; es leitet, moderiert und steuert die Sozialraumkonferenz.

Zugleich hat es die „klassischen“ Aufgaben der Gemeinwesenarbeit, die in einer neuen Fassung aber etwas anders aussehen:

▲ Es organisiert und steuert die Aktivierung und Bewohnerbeteiligung.

▲ Es ist für den Aufbau selbsttragender Strukturen verantwortlich und stößt diese an.

▲ Es gibt Anregungen und Hilfestellungen für die Entwicklung von Projekten im Stadtgebiet tätiger Akteure.

▲ Es organisiert und moderiert den Dialog zwischen der Bürgerschaft und der Verwaltung.

▲ Es unterstützt die Bürgerbeiräte.

▲ Es ist für die Unterstützung von Aushandlungsprozessen, für die Moderation von Dialogen und für die Förderung der Imagearbeit für den Sozialraum zuständig.

Hierzu stehen eine Fülle von Instrumenten wie Informationsangebote, Stadtteilstunden und Bürgertreffs, Runde Tische, Bürgerforen, Wettbewerbe und Bürgerjürs zur Verfügung.

Perspektiven einer Gemeinwesenorientierung in der sozialen Altenarbeit

Gabriele Kleiner

Zusammenfassung

In dem vorliegenden Artikel werden Entwicklungslinien Sozialer Arbeit mit alten Menschen, Arbeitsfelder und Perspektiven dargestellt. Daran anschließend wird der Frage nachgegangen, ob Gemeinwesenarbeit ein gangbarer Weg in der Sozialen Arbeit mit alten Menschen ist, um diesen Selbstbestimmung, Autonomie und Partizipation zu ermöglichen.

Abstract

The present article shows lines of development of social work with senior citizens, fields of work and possible perspectives. Subsequently, the question is raised of whether community work is a practicable way of social work with senior citizens, useful in providing them with self-determination, autonomy and participation.

Schlüsselwörter

Gemeinwesenarbeit – alter Mensch – Altenhilfe – Lebenswelt – Konzeption – Perspektive

Entwicklungslinien und Arbeitsfelder sozialer Altenarbeit

Soziale Altenarbeit oder Sozialarbeit mit älteren, mit alten Menschen oder Seniorenarbeit – gleich wie dieses Arbeitsfeld bezeichnet wird – es ist weder in seiner Begrifflichkeit noch in den sehr unterschiedlichen Problem- und Handlungsfeldern klar definiert. Diese aktuelle Situation resultiert aus historischen Entwicklungen, sozialrechtlichen und politischen Vorgaben, kann begründet werden mit der Beteiligung verschiedener Berufsgruppen mit teilweise divergierenden Handlungsperspektiven und steht in Abhängigkeit zu den herrschenden Alters- und Altersbildern.

Wenn wir die Anfänge gemeinwesenorientierter Sozialer Arbeit mit alten Menschen betrachten, so ist festzustellen, dass *Konrad Hummel* bereits im Jahr 1977, beginnend mit seinem Engagement in dem baden-württembergischen Ort Fellbach, die ersten Schritte zu einer gemeinwesenorientierten Sozialarbeit mit alten Menschen gegangen ist, indem er die Öffnung der Heime und eine stärkere Aktivierung der Bewohner und Bewohnerinnen forderte und mit seinen 1982 und 1990 veröffentlichten Büchern „Öffnet die Altersheime“ und „Freiheit statt Fürsorge“ für kontroverse Diskussionen in der Fachöffentlichkeit sorgte.

Ein Ziel *Konrad Hummels* war es bereits damals, die Thematik des Älterwerdens in den Dimensionen Wohnen, Begegnen und Tätigwerden öffentlich zu machen und dabei Generationen- und Lebensphasenorientierungen zu überschreiten. Dabei, so *Hummel*, „geht es um das Herstellen von Öffentlichkeit und Gemeinsamkeit, statt Absicherung der Privatheit und Isolierung. Entgegen individualistischer Alterstheorien verstehen wir den alten Menschen deshalb nur in seinem Gemeinwesen“ (*Hummel* 1982, S. 29). Diese Zielsetzung passte in den Zeitgeist der Aufbruchstimmung der 1968er mit einer sich aus der Studentenbewegung entwickelnden Politisierung Sozialer Arbeit.

Die Entwicklung Sozialer Arbeit in den einzelnen Bereichen setzte Anfang der 1970-Jahre nur zögerlich ein und konzentrierte sich zunächst auf die Erfüllung der in § 75 Bundessozialhilfegesetz (heute § 71 Sozialgesetzbuch XII) festgeschriebenen Zielformulierung, „dazu beizutragen, Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern und alten Menschen die Möglichkeit zu erhalten, am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen“ (www.rententips.de/gesetze).

Soziale Arbeit mit älteren Menschen unterschied in den 1970er- und 1980er-Jahren deutlicher als heute zwischen „Altenhilfe“, die sich an einem defizitären Alter(n)sbild ausrichtend mit betreuenden, pflegenden und versorgenden Maßnahmen befasste, und der „Altenarbeit“, die mit Bildung-, Beratungs- und Aktivierungsangeboten stärker geragogisch ausgeprägt war. Neben der Herausbildung spezieller Dienste und Einrichtungen für alte Menschen kam es seit den 1980er-Jahren zu einer zunehmenden Gerontologisierung klassischer Arbeitsfelder, zum Beispiel in der Krankenhaussozialarbeit und in den Allgemeinen Sozialen Diensten, und damit zu einer Etablierung Sozialer Arbeit in einzelnen Bereichen. In diese Zeit fällt die Initiierung von Seniorenbüros, Koordinierungs- und Vermittlungsstellen und die Integration von Sozialer Arbeit in vordergründig der Pflege zugeordneten Arbeitsfeldern, zum Beispiel in Sozialstationen, ambulanten Diensten und in Rehabilitationseinrichtungen. Unter der Prämisse der „Produktivität des Alters“ kam es zu Modellprojekten im Rahmen der Vorbereitung auf den Ruhestand, der Etablierung von Seniorenvertretungen und ersten Ansätzen alternativer Wohnformen. Im stationären Bereich war die Arbeit von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern zwar schon langfristig verankert, ist aber seit der Einführung der Pflegeversicherung und damit einhergehend, einer nicht gesicherten Finanzierung, stark gefährdet.

Im ambulanten Bereich ist das als „soziale Betreuung“ festgeschriebene Tätigkeitsfeld nicht an das Qualifikationsprofil Soziale Arbeit gebunden, wodurch sich eine Etablierung auch in diesem Bereich bis heute als äußerst instabil gestaltet. Somit erscheint Soziale Arbeit in den überwiegenden Bereichen als diffus und uneinheitlich, darüber hinaus prägen Besonderheiten des Bundes und der Länder sowie kommunale Förderschwerpunkte die Soziale Arbeit mehr als übergreifende Profilm Merkmale. Und die Integration Sozialer Arbeit hängt immer auch davon ab, inwieweit die Träger sich im Rahmen ihrer finanziellen Schwerpunktsetzungen einem Konzept Sozialer Arbeit mit älteren und alten Menschen verpflichtet fühlen. Bereits 1990 stellte *Fred Karl* ernüchternd fest: „Die heutige Altenhilfe ist in die Rolle der sozialen Feuerwehr gedrängt – sie setzt zu spät ein und kann unter den gegenwärtigen personellen und konzeptuellen Bedingungen nur auf die wachsenden Anforderungen reagieren. Präventive und gestaltende Ansätze kommen zu kurz“ (1990, S. 9).

Insbesondere die Verabschiedung der Sozialen Pflegeversicherung im Jahr 1995 hat zu einer Dezimierung der Disziplin Sozialarbeit geführt. Die Vernachlässigung des pflegeflankierenden Umfeldes sowie fehlende Gestaltungsspielräume in präventiver und rehabilitativer Hinsicht engten die Spielräume für Leistungen Sozialer Arbeit in diesem Bereich weiter ein. Wichtig erscheinen neben diesen gesetzgeberischen aber auch die historisch gewachsenen Typisierungen von Einrichtungen und Angeboten in der Altenarbeit – die Dreigliedrigkeit in Form von stationären, ambulanten und offenen Angeboten. Der Begriff der „stationären Altenhilfe“ wurde und wird mit manifestem Pflege- und Hilfebedarf assoziiert, aber auch im ambulanten Bereich, in Sozialstationen und ambulanten Diensten, für die ein gesetzlicher Anspruch „Rehabilitation vor Pflege“ garantiert ist und bei denen ein auf Prävention und Rehabilitation ausgerichtetes Leitbild konzeptionell verankert sein mag, kann dieses personell und finanziell außerhalb von Modellprojekten nur in Ansätzen realisiert werden. Auch die als „offen“ bezeichnete Altenarbeit mit Angeboten in den Bereichen Freizeit, Kultur und Bildung stellt sich als äußerst heterogen dar. Das traditionelle Spektrum in Form von Altagestages- und Altenbegegnungsstätten mit „Streuselkuchen, Kaffee und Diashow“ scheint sich selbst zu überleben, zumindest zeigt dieser Bereich zwingenden Veränderungsbedarf.

Perspektiven

Neben dieser eher ernüchternden Bilanz können aber auch positive Entwicklungen der letzten Jahre

konstatiert werden. Demographische Entwicklungen, unzureichende Versorgungsstrukturen und ein zunehmender Problemdruck vor Ort zwingen Verantwortliche der Altenhilfe in den Kommunen, Verbänden und Institutionen zu neuen Ansätzen. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sind heute verstärkt in Beratungs-, Koordinierungs- und Vermittlungsstellen tätig – länderspezifisch sehr unterschiedlich ausgestaltet. Breiten Raum nehmen hier die Angehörigenarbeit, Wohnraumberatung und das Unterstützungsmanagement im Rahmen häuslicher Pflege ein. Mit neuen Formen der Bildungs- und Kulturarbeit, der Selbsthilfeförderung unter teilweise neuen Träger- und Begegnungsstrukturen wie Volkshochschulen oder Vereinsnetzwerken wurden auch neue Tätigkeitsfelder für Soziale Arbeit erschlossen, die dem Bedürfnis nach selbstgewähltem Rückzug wie auch selbstbestimmter Aktivität gerecht werden können. Neben diesen traditionellen Feldern sozialer Altenarbeit sind die Entwicklungen auch in folgenden Bereichen von Bedeutung:

- ▲ Soziale Arbeit als Initiierung und Begleitung von Seniorenvertretungen,
- ▲ Soziale Arbeit als Planung und Steuerung von infrastrukturellen Rahmenbedingungen im Kontext von Altenhilfeplanung.

Abgesehen von den bevorstehenden demographischen Entwicklungen wird immer deutlicher, dass die heutigen traditionellen Versorgungskonzepte nicht mehr ausreichend greifen, nicht mehr zwingend den Wünschen der heute älteren und alten Menschen nach einem selbstbestimmten Leben, nach Aktivität und Autonomie auch im Alter entsprechen. Stadtteil- und quartiersbezogene Konzepte scheinen insbesondere mit der Konzentration auf die Bereiche neue Wohnformen, Kommunikation und gesellschaftliche Teilhabe sowie Hilfe und Unterstützungsmanagement interessant. Auch in den Fachverbänden wird diese Orientierung immer deutlicher. So formulierte *Alexander Künzel* von der Bremer Heimstiftung in seinem Beitrag anlässlich des Fachsymposiums des Deutschen Evangelischen Verbandes für Altenarbeit und ambulante Pflegedienste, dass „die Zukunftsaufgaben des Altenhilfesystems in einer insgesamt alternden Gesellschaft sich nur in konsequent vernetzten Strukturen bewältigen lassen“ (Künzel 2002). Und der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge nennt in seinen Empfehlungen zur Gestaltung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen mit einer älter werdenden Bevölkerung aus dem Jahr 2006 die Förderung der Eigeninitiative, der Selbstständigkeit und der selbstbestimmten Lebensführung, den Erhalt der eigenen Häuslichkeit, den Ausbau der Barrierefreiheit sowie den Aufbau und

die Förderung sozialer Netzwerke als vorrangige Ziele (*Deutscher Verein* 2006). Auch das Kuratorium Deutscher Altershilfe formuliert, „die Stärkung des normalen selbstverständlichen Wohnens in der eigenen Häuslichkeit als eines der wichtigsten Ziele der Sozialpolitik“ und fordert „im vertrauten Wohnquartier Möglichkeiten für die Menschen zu schaffen, die nicht mehr zu Hause versorgt werden können“ (*Großjohann* 2005, S. 20).

Ebenso ist den letzten Bundesaltenberichten der jeweilige Problemdruck zu entnehmen. So erschien der Zweite Bundesaltenbericht (*Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* 1998) mit dem Schwerpunktthema „Wohnen“, vier Jahre später folgte der Bericht zum Thema „Risiken, Lebensqualität und Versorgung Hochaltriger – unter besonderer Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen“ (2002) und nicht überraschend trägt der im Jahr 2005 verabschiedete Bericht den Titel „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Beitrag der älteren Menschen zum Zusammenhalt der Generationen“. Unter der bundesweiten Aktion „Demographischer Wandel“ (*Bertelsmann-Stiftung* 2006a, 2006b) wurden in den beiden letzten Jahren vielfältige Initiativen ins Leben gerufen, die die Kommunen auffordern, im Rahmen der Daseinsvorsorge auf kommunaler Ebene die Seniorenpolitik neu zu gestalten. Damit werden auch neue Konzepte mit einer stärkeren Integration sozialer Altenarbeit zu entwickeln sein.

Gemeinwesenorientierung als gangbarer Weg

Wenn angelehnt an *Oelschlägel* (1983) Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip, als strategischer, integrativer Ansatz gesehen wird, in dem die Klienten und Klientinnen in ihren sozialräumlichen Bezügen, mit ihren Ressourcen und Problemen zu sehen sind, in dem eine Vermittlung von Mikro- und Makroebene, von Individuum und Gesellschaft versucht werden soll, in dem die Integration unterschiedlicher Theorien und Methoden Sozialer Arbeit und sozialer Gerontologie ein weiteres Ziel ist und in dem es um die Objektivität von sozialen Räumen und um deren subjektive Wahrnehmung geht, birgt gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit mit alten Menschen viele Chancen. Und wenn die Überlegungen von *Böhnisch* (1999) zur Entwicklung von Lebensläufen hinsichtlich der gesellschaftlichen wie auch der subjektivbiographischen Dimension zugrunde gelegt werden, so bietet eine gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit mit alten Menschen darüber hinaus die Chance, das Hinterherhinken gesellschaftlicher Strukturveränderungen (*Baltes* 1996, S. 57 ff.) gegenüber den Veränderungen der Altersphase zu kompensieren.

Auf der gesellschaftlich-strukturellen Ebene werden Lebensläufe nach wie vor in die Abschnitte Kindheit und Jugend als Erziehungs- und Bildungsphase, Erwachsenenalter mit Erwerbstätigkeit, Partnerschaft und Familienarbeit sowie Alter als Phase der Entberuflichung eingeteilt. Die Pluralität der Lebensformen im Alter sowie Ressourcen und Potenziale in der Generation der alten Menschen finden sich somit in gesellschaftlichen Strukturen und Optionen nicht wieder, die Konstruktion des „vierten Lebensalters“ findet kaum Berücksichtigung. Der Prozess des Alter(n)s hat sich schneller gewandelt als die Gesellschaft sich in der Lage sieht, auf diese Veränderungen zu reagieren (*Schweppe* 2005, S. 37 ff.). Insofern sind auch hier durch eine gemeinwesenorientierte Arbeit Chancen einer Annäherung von biographischer Alter(n)sperspektive und gesellschaftlichen Vorgaben zu sehen. Als wesentlich für eine gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit mit alten Menschen sind dabei die Konzepte von „Lebenswelt“ und „Sozialraum“ einzuordnen.

Lebenswelt- und Sozialraumorientierung

Lebensweltorientierung fokussiert auf autonome Lebensentwürfe. Sie stellt die Handlungsfähigkeit des Individuums in den Vordergrund, nutzt alle vorhandenen Kompetenzen und Ressourcen als Voraussetzungen für ein unabhängiges Leben und weist damit starke Affinitäten zu gerontologischen Konzepten und Theorieansätzen auf. Lebensweltorientierung versucht die Trennung in „gesundes-aktives-positives Alter(n)“ und „abhängiges-negatives Alter(n)“ (*Kondratowitz* 1998, S. 61 ff.) aufzubrechen.

Konzepte der Alltagsorientierung nehmen in Bezug auf Alltagsgestaltung und Selbstständigkeit einen wichtigen Platz ein und sind auf der Grundlage alter(n)stheoretischer Expertisen anschlussfähig an das Konzept der Lebensweltorientierung. Zu nennen sind hier Ressourcen und Alltagskompetenz, die Frage nach besonderen Belastungen, nach Reaktions- und Bewältigungsformen, nach Alltagserleben und nach der Kontextualität der räumlich-sozialen Umwelt – Fragen, die Gegenstand verschiedener gerontologischer Studien waren beziehungsweise sind, zum Beispiel der Berliner Altersstudie, der Bonner Gerontologischen Längsschnittstudie und der SIMA-Längsschnittstudie (*Mayer; Baltes* 1996, *Lehr; Thomae* 1987, *Oswald; Gunzelmann* 2001). Wenn *Saup* (1993, S. 30 ff.) den Gegenstand der ökologischen Gerontologie mit dem „Verhalten, Erleben und Wohlbefinden älterer Menschen in der Beziehung zur konkreten räumlich-sozialen Umwelt“ beschreibt, so haben wir weitere Anknüpfungspunkte. Eine Annäherung an das Konzept der

Lebensweltorientierung zeigt sich schließlich in biographischen Bezügen und damit einer starken Ausrichtung auf Pluralität und Individualität des Alter(n)sprozesses.

Trotz der genannten theoretischen Bezüge muss festgestellt werden, dass das Konzept der Lebensweltorientierung im Bereich sozialer Altenarbeit kaum umgesetzt ist. Zu stark scheint die Orientierung an Defiziten, an Hilfe- und Pflegebedürftigkeit im Bereich sozialer Altenarbeit ausgeprägt zu sein, um das von *Thiersch (Grunwald; Thiersch 2004, S. 26 ff.)* entwickelte Rahmenkonzept umsetzen zu können. Dabei verweisen die Strukturmaximen der *Prävention*, der *Alltagsorientierung* und der *Regionalisierung* auf lebensweltliche Erfahrungen, und die der *Integration* und *Partizipation* auf sozioethische Dimensionen im Sinne der Gestaltung sozialer Gerechtigkeit.

Die einzelnen Strukturmaximen im Kontext Sozialer Arbeit mit älteren Menschen bedeuten hinsichtlich der Prävention, dass insbesondere im gesundheitlichen Bereich – im Sinne ambulanter Rehabilitation – quartiersnahe Versorgungsstrukturen etabliert werden müssen, um Kompetenzen und Ressourcen zur Alltagsbewältigung zu stabilisieren. Alltagsorientierung bedeutet die Erreichbarkeit von Angeboten, die Präsenz von Hilfen in der Lebenswelt und eine Abstimmung der einzelnen Hilfen im Kontext bisheriger Lebenserfahrungen. Dezentralisierung und Regionalisierung meinen die Anpassung einzelner Angebote an die Infrastruktur vor Ort, implizieren aber insbesondere eine Umkehr von der starken Zentralisierung von Angeboten, die sich als eher negativ für eine gelingende Kooperation darstellt. Selbstbestimmung und Autonomie als wichtige Prinzipien Sozialer Arbeit stützen die Maxime der Integration und Partizipation hinsichtlich der Planung, Entwicklung und Realisierung von Angeboten.

Mit Sozialraum ist insbesondere die Wohnraumqualität in Quartieren, die infrastrukturelle Versorgung, die Verkehrssituation, also die „Prägung des Sozialen durch den Raum, aber auch das durch die Zusammensetzung der Bevölkerung sich ergebende soziale Milieu des Quartiers, folglich die „Prägung des Raumes durch das Soziale“, gemeint (*Institut für Soziale Arbeit e.V. 2001*). Die Bedeutung beider Aspekte bietet für eine gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit mit alten Menschen wichtige Bezugspunkte. Davon ausgehend, dass sich Alltag im Alter, insbesondere aber im hohen Lebensalter, häufig als Wohnalltag darstellt, spielt der Sozialraum, wenn die Wohnung als Zentrum des Sozialraums definiert

wird, in Konzepten gemeinwesenorientierter Arbeit mit alten Menschen eine große Rolle. Sozialraum und Lebenswelt zeigen Verzahnungen im Prinzip des Quartiersbezuges, im Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe, der Nutzung von Netzwerkstrukturen und der Überwindung der Einzelfallfixierung. Während der Begriff der Lebenswelt seinen Ausgangspunkt beim Individuum hat, vermittelt der Sozialraum eine infrastrukturelle Vorstellung.

Beide Orientierungen sind nicht zu trennende Leitlinien in der Sozialen Arbeit – müssen sich im Bereich der Arbeit mit älteren Menschen aber erst noch durchsetzen. So sind die Dienstleistungen im Bereich der Altenarbeit in den meisten Fällen wenig vernetzt sondern erscheinen häufig als eine additive Gemengelage von Diensten, Hilfen und Einrichtungen mit spezifischen Aufgabenstellungen meist unter unterschiedlicher Trägerschaft. Bekannt sind auch die nicht geringen Probleme innerhalb beziehungsweise zwischen den Versorgungssystemen Altenhilfe und Gesundheitswesen mit ihren unterschiedlichen gesetzlichen, fiskalischen und administrativen Vorgaben. Soziale Arbeit bewegt sich in vielen Arbeitsfeldern zwischen diesen Systemen, und die sehr unterschiedlichen Strukturen können dazu beitragen, fachliche Orientierungen durch segmentiertes berufliches Handeln zu gefährden. Eine gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit mit alten Menschen kann auch diesen Gefährdungen entgegenwirken und vielfältige Wachstums- und Entwicklungspotenziale des Arbeitsprinzips Gemeinwesenarbeit nutzen.

Dabei sind folgende Aufgaben als vorrangig einzuordnen:

- ▲ der Ausbau der Koordinierungs- und Beratungsarbeit sowie der Aufbau niedrigschwelliger Angebote im Sinne von Prävention, Rehabilitation, Begleitung und Unterstützung;
- ▲ die Förderung bürgerschaftlichen Engagements im Sinne von Partizipation und Solidarität;
- ▲ die Entwicklung und Förderung neuer Wohnformen;
- ▲ die Unterstützung beim Verbleib in der eigenen Häuslichkeit;
- ▲ die Schaffung von Möglichkeiten der Pflege im Wohnquartier;
- ▲ die Initiierung beziehungsweise Stärkung von Verbraucherschutz und Interessenvertretung im Verständnis von Autonomie und Selbstbestimmung.

Zusammenfassend geht es also darum,

- ▲ alte Menschen in die Gesellschaft zu integrieren und ihre Interessensvertretung zu fördern;
- ▲ die Partizipation alter Menschen sicherzustellen;

- ▲ Prävention und Lebenslauforientierung zu berücksichtigen;
- ▲ die Solidarität zwischen und innerhalb der Generationen zu stärken;
- ▲ die Potenziale älterer und alter Menschen zu fördern;
- ▲ Benachteiligungen aufgrund geschlechtlicher, nationaler oder kultureller Unterschiede zu verhindern und
- ▲ einer Differenzierung nach Altersgruppen zu entsprechen.

Dabei sollte das von *Konrad Hummel* schon so frühzeitig formulierte Prinzip Leididee sozialer Altenarbeit sein, in dem es heißt, dass „eine befriedigendere Lösung der Probleme älterer Menschen ... nur eine befriedigende Lösung mit allen und für alle Generationen in dieser Gesellschaft sein kann“ (1982).

Literatur

Baltes, P.B.: Über die Zukunft des Alterns: Hoffnung mit Trauerflor. In: Baltes, M.; Montada, L.: Produktives Leben im Alter. Frankfurt am Main 1996

Bertelsmann-Stiftung: Demographie konkret – Seniorenpolitik in den Kommunen. Gütersloh 2006a

Bertelsmann-Stiftung: Demographie konkret – Handlungsansätze für die kommunale Praxis. Gütersloh 2006b

Böhnisch, L.: Altern als biographischer Prozeß. In: Lenz u. a.: Die alternde Gesellschaft. Weinheim 1999, S. 121-135

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Zweiter Altenbericht der Bundesregierung über das Wohnen im Alter. Berlin 1998

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Vierter Altenbericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Risiken, Lebensqualität und Versorgung Hochaltriger – unter besonderer Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen. Berlin 2002

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen. Berlin 2005

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.: Empfehlungen zur Gestaltung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen mit einer älter werdenden Bevölkerung. Berlin 2006

Großjohann, K.: Quartiersbezug, Normalität, Nachhaltigkeit. In: Pro Alter 4/2005

Grunwald, K.; Thiersch, H.: Praxis lebensweltorientierter Sozialer Arbeit. Weinheim 2004

Hummel, K.: Öffnet die Altersheime. Weinheim 1982

Institut für Soziale Arbeit e.V.: Fachforum zur sozialraumorientierten Planung. Braunschweig 2001

Karl, F.: Neue Wege in der sozialen Altenarbeit. Freiburg im Breisgau 1990

Kondratowitz, H.J.: Vom gesellschaftlich „regulierten“ über das „unbestimmte“ zum „disponiblen“ Alter. In: Backes, G.M.; Clemens, W.: Altern und Gesellschaft. Opladen 1998

Künzel, A.: Das Pflegeheim – Ein Auslaufmodell?! In: Dokumentation des Fachsymposiums des DEVAP (Deutscher Evan-

gelischer Verband für Altenarbeit und ambulante Pflege e.V.). Hamburg 2002

Lehr, U.; Thomae, H.: Formen seelischen Alterns – Ergebnisse der Bonner Längsschnittstudie (BOLSA). Stuttgart 1987

Mayer, K.U.; Baltes, P.B.: Die Berliner Altersstudie. Berlin 1996

Oelschlägel, D.: Zur Entwicklung der Gemeinwesenarbeit in der BRD. In: Peters: Gemeinwesenarbeit im Kontext lokaler Sozialpolitik. Bielefeld 1983

Oswald, W.D.; Gunzelmann, T.: Das SIMA-Projekt: Kompetenztraining – Ein Programm für Seniorengruppen. Göttingen 2001

Saup, W.: Alter und Umwelt. Eine Einführung in die ökologische Gerontologie. Stuttgart 1993

Schweppe, C.: Alter und Soziale Arbeit. Baltmannsweiler 2005

www.rententips.de/gesetze/12/index.php?norm_ID=1207100

www.rententips.de/gesetze/13/index.php?norm_ID=1307500

Schulmüde – was nun?

Arbeit mit schulmüden Schülerinnen und Schülern

Bodo Rödel

Zusammenfassung

Dieser Artikel beschreibt ein innovatives Projekt der Jugendwerkstatt Köln-Klettenberg e.V. – die „Zukunfts-Werkstatt“. Das Projekt hat sich zum Ziel gesetzt, schulmüde Schülerinnen und Schüler wieder in den schulischen Lernprozess zu integrieren beziehungsweise ihrer Schulmüdigkeit präventiv entgegenzuwirken. Der erste Abschnitt beleuchtet das Phänomen der Schulmüdigkeit im Allgemeinen, während im zweiten Abschnitt das Projekt „Zukunfts-Werkstatt“ genauer vorgestellt wird.

Abstract

This article describes an innovative project of the Jugendwerkstatt Köln-Kletteberg e.V. – the „Zukunfts-werkstatt“ („Future Workshop“). The project is aimed at reintegrating into the school learning process female pupils tired of school, or, more exactly, to prevent school tiredness in advance. The first section examines the phenomenon of school tiredness in general. In the light of these explanations section two introduces the project „Future Workshop“ in greater detail.

Schlüsselwörter

Schulverweigerung – Migrantenjugendlicher – Schüler – Ursache – soziale Lage – Projekt

1. Fakten zum Thema Schulmüdigkeit

In der wissenschaftlichen Literatur werden die Begriffe Schulunlust, Schulmüdigkeit, Schulverdrossenheit, Schulschwänzen und Schulverweigerung zum Teil synonym, zum Teil differenzierend gebraucht. Es können drei Gruppierungen von Schülern und Schülerinnen unterschieden werden:

- ▲ Auffällige, die erste Anzeichen von Schulverweigerung zeigen, wie etwa Motivationsverlust, passive Verweigerung, Fehlen in Randstunden;
- ▲ Gefährdete, die sich „innerlich“ und „äußerlich“ von der Schule teilweise entfernt haben – sie fehlen häufig für mehrere Tage;
- ▲ Ausgestiegene, die sich selber nicht mehr als „Schüler“ einer Schule betrachten, sie fehlen wochen- oder monatelang.

Es gibt keine empirischen Hinweise darauf, dass die Zahl der Schulversäumnisse in den letzten 40 Jahren signifikant zugenommen hat. Die sich ausweitende Berichterstattung in den Medien korreliert also nicht mit einer wesentlichen Verhaltensänderung der jun-

gen Menschen. Auch ist Schulmüdigkeit erst seit relativ kurzer Zeit ein Thema in der bildungspolitischen Debatte und Forschung – und dies zu Recht. Selbst wenn keine Zunahme dieses Phänomens zu verzeichnen ist, so ist es dennoch ein Problem. Schätzungen gehen davon aus, dass 300 000 bis 500 000 Kinder und Jugendliche ein sogenanntes schulaversives Verhalten zeigen, von denen ungefähr 10 000 Schülerinnen und Schüler als Totalverweigernde gelten (bei insgesamt 9,5 Millionen Schülern). Weiter verlassen zirka neun Prozent die Schule ohne Abschluss.

Ein fehlender Schulabschluss hat bekanntlich zur Folge, dass die Chancen auf eine qualifizierte Berufsausbildung besonders niedrig sind. So haben derzeit 15 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren keine Berufsausbildung. Eine solche ist aber der Schlüssel für eine erfolgreiche Partizipation an der Gesellschaft, zumal durch den fortschreitenden Strukturwandel in der Arbeitswelt einfache Hilfstätigkeiten immer weniger benötigt werden (Zahlen laut Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge sowie Statistisches Bundesamt).

Gründe für Schulmüdigkeit

Die Gründe für schulverweigerndes Verhalten sind immer individuell sowie zumeist vielschichtig und komplex. In der Literatur zu diesem Thema wird von vier Hauptursachen ausgegangen:

- ▲ vom Aufwachsen in sogenannten „bildungsfernen“ Familien und schwierigen sozialen und materiellen Lebensverhältnissen, die die Bildungsbedingungen erheblich verschlechtern;
- ▲ vom Einfluss der Peer-Group und von dieser geprägte Loyalitäts- und Nachahmungseffekte;
- ▲ von Konflikten und Problemen in der Eltern-Kind-Beziehung beziehungsweise der Familiendynamik;
- ▲ von traditionellen Strukturen und Rahmenbedingungen des Schulwesens als wesentliche Faktoren.

Interessanterweise lassen sich hinsichtlich der Anzahl schulmüder Schülerinnen und Schüler auch große Unterschiede zwischen Schulen, die im selben sozialen Brennpunkt liegen, feststellen. Hier scheinen sich schulinterne Faktoren auszuwirken. So gaben in einer Studie 59 Prozent der befragten schulmüden Jugendlichen Probleme mit den Lehrern als Grund für ihr Verhalten an, 31 Prozent nannten schlechte Leistungen, 30 Prozent schulische Probleme und 29 Prozent Probleme mit Mitschülern.

Sozialer Status und Migrationshintergrund

Besonders bedenklich ist im Zusammenhang mit dieser Ursachenanalyse ein Ergebnis der PISA-Studie, welches zeigt, dass junge Menschen aus sozial

schwachen Familien und solchen mit Migrationshintergrund vom Schulsystem benachteiligt sind. So kann davon ausgegangen werden, dass der soziale Status und ein Migrationshintergrund wichtige Faktoren für Schulmüdigkeit sind. Zu berücksichtigen ist dabei, dass der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung mit einem Fünftel (18,6 Prozent) nahezu doppelt so hoch ist wie der bisher in der amtlichen Statistik ausgewiesene Ausländeranteil. Zwischen den Altersgruppen variieren die Anteile zwar erheblich, bei den jüngsten Altersgruppen sind sie aber am höchsten (unter sechs Jahren 32,5 Prozent). Von besonderem bildungspolitischen Interesse ist die Altersgruppe der unter 25-Jährigen. Sie umfasst etwa sechs Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, das entspricht 27,2 Prozent der gleichaltrigen Bevölkerung.

Das Problem des Migrationshintergrundes wird auch dadurch sichtbar, dass in einigen Bundesländern der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, die eine verzögerte Schullaufbahn aufweisen, doppelt so hoch ist wie der von Kindern ohne Migrationshintergrund. Eine vorzeitige Einschulung von ausländischen Kindern war im Jahr 2004 etwa halb so hoch, eine verspätete Einschulung aber doppelt so hoch wie bei deutschen Schülern. Kinder aus Migrantenfamilien haben größere Schwierigkeiten, auf eine weitergehende Schule zu gelangen und sich dort zu halten. Insgesamt verlassen doppelt so viele ausländische Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss wie deutsche.

Die Probleme sind nicht auf eine fehlende Lernbereitschaft zurückzuführen – die Lernmotivation ist bei Kindern von Migranten mindestens genauso vorhanden wie bei deutschen Jugendlichen. Trotzdem stehen rund 25 Prozent derjenigen mit Migrationshintergrund in ihrem späteren Berufs- und Privatleben erheblichen Schwierigkeiten gegenüber. So zeigte die PISA-Studie 2003, dass es in dieser Gruppe zum Beispiel an grundlegenden Kompetenzen in Mathematik mangelte.

Alter und Geschlecht

Weiter scheinen die zwischen 12- und 14-Jährigen für das Thema Schulmüdigkeit eine besonders anfällige Gruppe zu sein. Dafür gibt es folgende entwicklungspsychologische Erklärungen: Mit Beginn der Pubertät entsteht ein besonders deutliches Verselbstständigungsstreben und ein Bedürfnis nach Abgrenzung. Treffen diese Bestrebungen auf ungünstige Rahmenbedingungen in Schule und Familie, scheint es ein erhöhtes Risiko für die Entwicklung schulmüden Verhaltens zu geben. Jungen fallen dann mit ih-

rer Schulmüdigkeit tendenziell eher auf, da sie aktiv den Unterricht verweigern, fehlen oder stören. Mädchen bleiben eher unauffällig und ziehen sich aus dem Unterrichtsgeschehen zurück.

2. Lösungen

Seit Anfang der 1990er-Jahre gibt es spezielle Angebote gegen Schulmüdigkeit, eine Reintegration in die Regelschule ist aber nur in Ausnahmefällen ihr Ziel, zumeist handelt es sich um schuleretzende Angebote mit einer Mischung aus werkpraktischen Tätigkeiten, Beschulung und sozialpädagogischer Einzelfallhilfe.

Die Zukunfts-Werkstatt

Das Kölner Modellprojekt „Zukunfts-Werkstatt“ des Jugendwerkstatt Köln-Klettenberg e.V. zeigt, wie durch Prävention beginnender Schulmüdigkeit begegnet und eine nachhaltige Integration in die Regelschule erreicht werden kann. Jugendwerkstatt Köln-Klettenberg e.V. ist ein gemeinnütziger Träger unterschiedlicher Maßnahmen für Schülerinnen und Schüler *in* der Schule (Kompetenzcheck NRW), *nach* der Schule (Jugendwerkeinrichtung als Berufsvorbereitung), in der Ausbildung (ausbildungsbegleitende Hilfen, Ausbildung in Rehabilitation) und für Erwachsene (wie Beratung von Hartz IV-Beziehenden, Integrationsjobs).

Neben der Zukunfts-Werkstatt wird auch ein Projekt für schulmüde Jugendliche durchgeführt, die sich im Übergang von der Schule in den Beruf, also im 9. oder 10. Schulbesuchsjahr, befinden – das „KAT-Projekt“. Bei der Durchführung beider Projekte können in Bezug auf die administrative Abwicklung und die einzelnen Angebote Synergieeffekte genutzt werden.

Die Zukunfts-Werkstatt des Jugendwerkstatt Köln-Klettenberg e.V. arbeitet seit 2005 mit Schulpflichtigen im 6., 7. und 8. Schulbesuchsjahr aus Haupt-, Gesamt-, Real- und Förderschulen. Zielgruppen sind insbesondere solche Jugendliche, die erste Anzeichen von Schulmüdigkeit zeigen: Sie stören den Unterricht durch ihr Verhalten oder arbeiten nicht mehr aktiv mit und ziehen sich aus dem Unterrichtsgeschehen vollständig zurück. Ziel des Projektes ist es zum einen, präventiv schulaversivem Verhalten entgegenzuwirken, zum anderen eine nachhaltige (Re-)Integration in die Regelschule zu erreichen. Gleichzeitig sollen die Lehrkräfte und Eltern durch eine intensive Beratungsarbeit betreut, entlastet und für das Thema Schulmüdigkeit sensibilisiert werden. Insbesondere sollen die Schülerinnen und Schüler stabilisiert und es soll ihre persönliche Entwicklung

gefördert werden, sie sollen Alltags- und Lebensbewältigungsstrategien lernen, um ihre Motivation in Richtung Schule und Schulabschluss zu steigern.

Die Zukunfts-Werkstatt bietet allen Beteiligten eine Unterstützung parallel zur Schule an, das Projekt arbeitet nicht schulersetzend, sondern die Schülerinnen und Schüler nehmen am Angebot des Projektes nur an bestimmten individuell mit der Schule abgesprochenen Zeiten teil, besuchen jedoch weiterhin den Unterricht. Ein regelmäßiger Austausch mit den jeweiligen Lehrkräften der Schule ist ein fester Bestandteil des Konzeptes. Das Projekt arbeitet auch im Sinne einer Ambulanz oder Beratungsstelle, indem es allen Beteiligten Beratungsgespräche anbietet.

Der pädagogische Kern des Projektes

Der pädagogische Kern des Projektes liegt in der Teilnahme an einem zeitlich flexiblen individualisierten Modulangebot an maximal drei Tagen in der Woche und parallel geführten intensiven Beratungsgesprächen. Das Modulangebot dient der gezielten Förderung des Arbeitsverhaltens (Pünktlichkeit, Anwesenheit, Konzentration, Interesse, Belastbarkeit, Zuverlässigkeit, Sorgfalt), der Methodenkompetenz (Fähigkeit zu Selbstreflexion, Problemlösungsverhalten, Arbeitsplanung, Lernfähigkeit), der sozialen Kompetenz (Teamfähigkeit, Kooperation, Kommunikationsfähigkeit, Übernahme von Verantwortung, Konfliktfähigkeit, Verbindlichkeit, Umgang mit Kollegen, Vorgesetzten) und der personalen Kompetenz (Selbstbild/Fremdbild, Impulskontrolle, Motivation, Alltagsbewältigung, Selbstvertrauen) sowie der fachspezifischen Kompetenz (Umgang mit Werkzeugen und Material).

Weiter sollen die Schülerinnen und Schüler durch das Modulangebot an das Projekt angebunden werden – ein wichtiger Faktor, zumal die Teilnahme freiwillig ist – und eine Beziehung zwischen den beratenden pädagogischen Fachkräften aufbauen können. Folgendes Modulangebot läuft zurzeit:

▲ **Multimedia, EDV, Video:** Im Mittelpunkt stehen hier die Qualifizierung, die Motivationsarbeit sowie die Schaffung von Bildungsanreizen im Bereich Multimedia und EDV. Es werden Grundkenntnisse im Bereich EDV vermittelt, gestalterisches Arbeiten mit dem PC, Lernspiele und Lernprogramme.

▲ **Kochstudio:** Gefördert werden ein strukturierter Tagesablauf durch regelmäßiges gemeinsames Mittagessen; die Vermittlung alltagsrelevanter Qualifikationen wie der Umgang mit Rezepten, Einkaufen, Kochen; der Erwerb methodischer und sozialer Kom-

petenzen durch die selbstständige Bewältigung eines komplexen Arbeitsauftrages im Team. Die familiäre Atmosphäre und der Austausch am Mittagstisch mit allen Beteiligten (Mitarbeitenden sowie Teilnehmenden) ist darüber hinaus ein wichtiges pädagogisches Instrument.

▲ **Handwerk und Design:** Schwerpunkt bildet hier die Qualifizierung im handwerklichen Bereich. Neben Werkstoffkunde, Farbenlehre, Umgang mit Werkzeugen und Werkzeugpflege stellen die Planung der Arbeitsprozesse sowie die Anwendung und Förderung des mathematischen und logischen Verständnisses die zentralen Themen dar. In diesem Modul besteht für die jungen Menschen die Möglichkeit, sich kreativ auszudrücken.

▲ **Sport:** Neben „klassischem“ Sport und Fitnesstraining wird eine Auseinandersetzung mit Bewegung als persönlichem Ausdruck durch Tanz und freie Bewegung mit Musik angeboten. Vielfältige Körpererfahrungen werden sowohl durch die Arbeit mit Material (Bälle, Stöcke, Trampolin, Reifen, Rollbretter) sowie durch Entspannungsangebote gemacht. Ein Schwerpunkt ist die Förderung der Freude an Bewegung, daher ist das Aufgreifen von Impulsen seitens der Jugendlichen in diesem Modul besonders wichtig. Neben dem körperlichen Gesundheitsaspekt ist der Aufbau von Selbstvertrauen, Teamfähigkeit und Leistungsmotivation das zentrale Ziel dieses Projektmoduls.

▲ **Kooperationsspiele, Erlebnispädagogik, soziales Lernen:** Inhalte sind Interaktions- und Vertrauensspiele, die die sozialen Kompetenzen der jungen Menschen fördern. Neben dem Erlernen eines konstruktiven Miteinanders und ebensolcher Kommunikation steht soziales Lernen in Gruppenprozessen, die Übernahme von Verantwortung füreinander und das Erlernen des Umgangs mit schwierigen Situationen im Mittelpunkt. Die Jugendlichen erhalten die Möglichkeit, eigene Stärken und Schwächen zu erkennen sowie ihre Selbst- und Fremdwahrnehmung zu steigern.

▲ **Denk-Fabrik:** Hier findet eine persönliche Betreuung im Rahmen gezielter Nachhilfe statt. Wissenslücken werden individuell aufgearbeitet. Durch Übungen zur Konzentration, zu Lernmethoden und Gedächtnisstrategien werden in diesem Modul kognitive Methoden und zugleich Lernanreize sowie Freude am Lernen vermittelt. Der PC wird in diesem Bereich genutzt, um mit Lernprogrammen an individuellen Themen zu arbeiten. Dieses Angebot bildet den unmittelbaren Brückenschlag zur Schule und bietet im-

mer wieder Gelegenheit, mit den Schülerinnen und Schülern eigenes Verhalten in der Schule zu reflektieren und möglicherweise zu korrigieren. Es können zu festgelegten Zeiten in einer ruhigen Lernatmosphäre die Hausaufgaben und Vorbereitungen auf Klassenarbeiten erledigt werden.

▲ *Balance und Jonglage*: Mit zirkuspädagogischen Methoden wird in diesem Modul gezielt am Koordinationsvermögen, der Feinmotorik und der Selbstwahrnehmung gearbeitet sowie gelernt, sich vor einer Gruppe zu präsentieren. Gearbeitet wird kooperativ und nicht in einer Konkurrenzsituation.

▲ *Klettern*: An einem Nachmittag bieten wir ein Kletter-Modul an, dessen Inhalt der Aufbau von Eigenwahrnehmung, Fremd- und Selbsteinschätzung sowie der Aufbau von Selbstvertrauen ist. Weiter lernen die Schülerinnen und Schüler, die eigenen Grenzen zu erkennen und diese gegebenenfalls zu überschreiten. Ein weiterer Aspekt ist das Erleben eines positiven und vertrauensvollen Umgangs miteinander.

Alle Module schaffen erfolgreich Bildungsanreize und bauen verloren gegangene Motivation wieder auf. Zu Beginn des Projektes durchläuft jede Person außerdem ein ressourcenorientiertes Kompetenzfeststellungsverfahren mit dem Ziel, persönliche Ressourcen anzusprechen und auszubauen. Indirekt werden durch die Sensibilisierungsarbeit mit den Lehrkräften auch die anderen Schüler der Kooperationschulen gefördert; die Lehrerinnen und Lehrer werden beraten und erfahren durch die Herausnahme der nur sehr schwer in den Unterricht zu integrierenden Entlastung, und schließlich profitieren die Geschwister von unserer Arbeit mit den Eltern.

Der flexible Ansatz der Zukunfts-Werkstatt mit seinem vielfältigen Modul- und Beratungsangebot, stellt hohe Anforderungen an die Mitarbeitenden des Projektes. Im Team sind ausschließlich Pädagoginnen oder Pädagogen mit einer Doppelqualifikation beschäftigt: Tischlerin, Circus- und Erlebnispädagogen, Fächkräfte mit Ausbildungen in EDV und weiteren Medien. Der Jugendwerkstatt ist es damit gelungen, ein multiprofessionelles Team zu beschäftigen.

3. Resümee

Das durch die GEW Stiftung Köln geförderte Projekt zeigt mit seinem individualpädagogischen Ansatz, wie Empowerment bei schulumüden jungen Menschen erfolgreich gelingen kann. Gleichzeitig steht es für eine gelingende Kooperation zwischen einem Träger der freien Jugendhilfe und der Schule. Die Erfahrungen

gen der Projektdurchführung belegen, dass überdurchschnittlich viele Schülerinnen und Schüler erfolgreich an dem Projekt teilgenommen haben. Viele kleinere und große private Probleme konnten angegangen oder gelöst werden. Verloren gegangene Lernmotivation wurde wieder geweckt und das Selbstbewusstsein gestärkt. Parallel zu der Schülerarbeit wurden mit vielen Eltern intensive Gespräche geführt, so dass diese den Veränderungsprozess ihrer Kindern positiv unterstützen konnten. Die überwiegende Zahl der involvierten Lehrkräfte ist durch die Gespräche mit den Betreuenden für die besonderen Probleme der Jugendlichen stärker sensibilisiert worden, so dass sie auf deren spezielle Bedürfnisse gezielter eingehen konnten.

Weiterführende Literatur

Gentner C.; Mertens M. (Hrsg.): Null Bock auf Schule? Schulmüdigkeit und Schulverweigerung aus Sicht der Wissenschaft und Praxis. Münster 2006

Konsortium Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland – Ein Indikatoren-gestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld 2006

Max-Planck-Institut für Bildungsforschung: PISA 2000, Zusammenfassung zentraler Befunde. Berlin 2001

Intervall- und Tandemleistungen

Zwei innovative Hilfen zur Erziehung

*Klaus-Michael Krija; Heiko Kleve;
Joachim Römhild; Michael Hofert;
Jacqueline Schwarz*

Zusammenfassung

Mit diesem Beitrag stellen die Autoren das Konzept und erste Erfahrungen eines Praxisentwicklungsprojektes vor, das im Januar 2006 startete und in dem das Jugendamt Pankow von Berlin, freie Träger der Jugendhilfe des Bezirkes und der Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Potsdam miteinander kooperieren. Im Rahmen des Projektes werden die Intervall- und Tandemleistungen des Bezirksamts sowohl theoretisch fundiert als auch in ihrem praktischen Einsatz evaluiert und weiter entwickelt. Ausgangspunkt dieser neuen, sehr innovativen Hilfen zur Erziehung ist eine konsequent an den Selbsthilfepotenzialen der Klientinnen und Klienten ausgerichtete Soziale Arbeit.

Abstract

In this contribution the authors present the concept of „Interval and Tandem Services“, a project for Practice Development, introducing first practice-related experiences. The project, a cooperation between the Youth Welfare Department, independent social welfare organizations of the district Pankow, Berlin and the Faculty of Social Work of the University of Potsdam, started in January 2006. Within the framework of this project, a theoretical foundation will be provided for these services and there will be regular practice-related assessments and evaluations as a basis of their further development. The starting point of this new assistance for education, which the authors consider to be very innovative, is a way of social work oriented consistently towards the clients' self-help potentials.

Schlüsselwörter

Hilfe zur Erziehung – Innovation – Jugendamt – Projekt – Berlin

Ausgangsüberlegungen

Der Gedanke, Eltern, ja Klientinnen und Klienten Sozialer Arbeit generell, in ihrer Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit zu stärken, ist sicherlich nicht neu. Vielmehr entspricht dieser Anspruch inzwischen dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII). Weiterhin ist er Bestandteil von Leistungsbeschreibungen für Hilfen zur Erziehung und nicht zuletzt in den Broschüren zahlreicher Hilfe anbietenden formuliert. Auch im Hinblick auf die Entwicklung von

Herangehensweisen (Verfahren, Methoden und Techniken) zur praktischen Umsetzung dieser aktivierenden Haltung in der Arbeit mit Eltern und Familien hat sich in den letzten Jahren einiges getan. Es gibt neben den unzähligen anleitenden (Ratgeber, Broschüren) und offenen Beratungs- und Trainingsangeboten für Eltern inzwischen auch eine Vielzahl von systemischen, aber auch verhaltenstherapeutischen Methoden und Konzepten, die schrittweise Eingang in die Jugendhilfearbeit finden und gefunden haben.

Ob diese elternbezogenen Ansätze in der Jugendhilfepaxis wirksam eingesetzt werden können, hängt jedoch von den Fachkräften – sowohl von denen der Jugendämter als auch von den die Hilfen durchführenden Mitarbeitenden der freien Träger – ab, die sich drei grundlegende Thesen zu eigen machen müssten (Kleve 2005):

▲ Erstens: Die Funktionen der Eltern und Familien können durch Professionelle nicht kompensiert, nicht ersetzt, aber konstruktiv unterstützt und gestärkt werden.

▲ Zweitens: Eltern sind Experten für die Erziehung ihrer Kinder. Sie sollten hinsichtlich dieser Expertenrolle angesprochen werden.

▲ Drittens: Wenn das Verhalten von Kindern und Jugendlichen zur Disposition steht, wenn es verändert werden soll, dann kann diese Veränderung vor allem über die Eltern geschehen.

Ausgehend von diesen Thesen, auf denen unsere professionelle Haltung fußt, wollen wir mit diesem Beitrag die Intervall- und Tandemleistung vorstellen. Aus unserer Sicht entsprechen diese Hilfen flexiblen und kooperativen Unterstützungsformen, die das professionelle Helfen von vornherein schon durch ihren strukturellen Aufbau und zeitlichen Ablauf begrenzen. Gerade damit fördern solche Hilfen ressourcenorientierte, auf das Erreichen von Zielen und auf eigenverantwortliches Handeln gerichtete Interventionsstrategien im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe. Von den Fachkräften wird in diesem Kontext erwartet, sich schrittweise überflüssig zu machen. Denn genau damit sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass die Familien vom Hilfesystem abhängig werden. Aber was ist nun unter den beiden genannten Erziehungshilfeleistungen zu verstehen?

Tandemleistungen

Anspruch und Wirklichkeit prallen in der gängigen Hilfepraxis gerade dann aufeinander, wenn es um den Umgang der Hilfesysteme mit familiären Krisen geht. Familiäre Lösungen werden in diesem Kontext durch die klassischen Entweder-oder-Konstrukte er-

schwert, die in der Logik der (nach wie vor) üblichen Hilfeplanung immer noch allgemein verbindlicher Standard für die Praxis sind: „Entweder die Eltern kriegen das jetzt hin, oder sie können es nicht. Wenn die das jetzt nicht hinkriegen bei all der Unterstützung, dann wollen sie nicht.“

In Anbetracht der Tragweite der zu treffenden Entscheidungen haben die Beteiligten zu wenig Zeit und Raum für eine aktive Wahrnehmung ihrer Verantwortung. Unmittelbar drohende Eingriffe in ihr Sorgerecht vor Augen, können sich die Eltern in dieser zugespitzten Ja-nein-Struktur nicht ernsthaft entscheiden, werden aber dennoch vor eine Wahl gestellt, die sie (noch) nicht treffen können. Dafür bräuchten sie die Möglichkeit, sich in der Ambivalenz ihres Entscheidungsspielraums ausprobierend zu bewegen, um sich mithilfe dieses Prozesses dann nachhaltig und stabil entscheiden zu können.

Ist eine Fremdplatzierung erst einmal erfolgt, wird es in der Regel für alle Beteiligten sehr mühsam, die Eltern als aktive Partner zu gewinnen. Die Problematik der sogenannten „Rückkehroption“ in der traditionellen stationären Hilfe besteht insbesondere darin, dass die Eltern als Entscheidungs- und Verantwortungsträger für die Zeit der Unterbringung an den Rand des Geschehens gedrängt sind und in der Folge zwei parallele Systeme beginnen, in denen sich die Betroffenen auseinanderleben. Daher plädieren wir für die Möglichkeit der kurzzeitigen „Doppelfinanzierung“ einer ambulanten und einer stationären Hilfe in Form einer *Tandemleistung*, um der Falle dieser Ja-oder-nein-Struktur zu entgehen und die Eltern bei der gemeinsamen Entwicklung von Lösungen in ihrer elterlichen Verantwortung ernst zu nehmen.

Das Ziel der Tandemleistung als Kombination von ambulanter und stationärer Hilfe ist, langfristig den Verbleib von Kindern in Familien zu ermöglichen, und zwar durch die temporäre Verknüpfung einer ambulanten Eltern-/Familienarbeit in Verbindung mit kurzfristiger stationärer Unterbringung in Krisensituationen in der Nähe des sozialen Umfelds der Familie. Tandemleistungen haben die Funktion, Eltern und Familien auch bei drohender Fremdunterbringung von Kindern zu ermöglichen, aktiv und verantwortungsvoll zu handeln. Die Aufrechterhaltung und Stärkung der Elternfunktion ist dabei der zentrale Bezugspunkt der Arbeit. Insofern ist die stationäre Maßnahme vor Ort lediglich ein optionaler Bestandteil des Hilfesets. Eltern und Familie bleiben weiterhin die zentralen Akteure des Hilfe-geschehens. Idealtypisch ist angedacht, nach der Bewälti-

gung der Krisensituation (und bestenfalls nach Rückkehr der Kinder) die ambulante Maßnahme im Rahmen einer *Intervalleleistung* fortzuführen.

Der Einsatz einer Tandemleistung geht einher mit bestimmten Voraussetzungen, insbesondere hinsichtlich der Falleingangsphase beziehungsweise der Hilfeplanung, für die insbesondere die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter der Jugendämter verantwortlich sind. So ist eine klare Benennung der Bedingungen für den Verbleib der Kinder in der Familie erforderlich. Außerdem sollte das Jugendamt transparent machen, welche Auflagen es diesbezüglich festlegt und wie es die Erfüllung dieser zu kontrollieren gedenkt. Die zentrale Fragstellung lautet hier: Was ist aus wessen Sicht (Eltern, Kinder, Jugendamt, Polizei oder Schule) an (kurz-, mittel- und langfristigen) Veränderungen notwendig, damit die Familie zusammenbleiben kann? Daraus sind verbindliche Aufgaben und Zielstellungen für und mit der Familie abzuleiten, insbesondere Regeln, Auflagen, Aufträge, Sofortmaßnahmen, Absprachen für den Krisenfall (Krisenmanagement), Aufstellen eines Umsetzungs- und Zeitplans im Rahmen der Hilfeplanung.

Die Vorteile solcher Tandemleistungen liegen auf der Hand: Von vornherein bleibt klar, dass es langfristig um einen Verbleib der Kinder in der Familie geht und dass die Eltern daher auch während der stationären Unterbringung eines Kindes nicht aus der erzieherischen Verantwortung entlassen sind. Im Gegenteil: Die Verschiebung der Aufgaben- und Zielstellungen von dem stationären auf den ambulanten Teil der Hilfe fokussiert den Hilfeprozess auf die Entwicklung eigener Lösungsstrategien und betont die Eigenverantwortlichkeit der Eltern für die weitere Entwicklung. Unterstrichen wird dies zudem durch die Unterbringung in Wohnortnähe: soziale Bezüge (Schule, Freundeskreis, Vereine und andere) bleiben dadurch für die Kinder erhalten, und die Eltern können und sollen ihre Elternrolle in Angelegenheiten wie zum Beispiel der Kooperation mit der Schule weiterhin aktiv wahrnehmen. Ein weiterer Vorteil dieser Hilfeform ist, dass durch die kurzfristige Unterbringung die ambulante Hilfe von der Notwendigkeit entlastet wird, Kontrolle auszuüben, da eine mögliche Gefährdung der Kinder durch die Unterbringung abgewendet ist. Damit können sich ambulante Helferinnen und Helfer auf einen eindeutigen Hilfeauftrag konzentrieren und geraten nicht in die oft schwer zu vermittelnde Ambivalenz von Hilfe und Kontrolle.

Schließlich ist es aus systemischer Sicht sehr wahrscheinlich, dass sich die familiären Beziehungs- und Interaktionsmuster während der Unterbringung ver-

ändern. Denn Problemverschiebungen in Richtung Kind als Symptomträger können sichtbar werden, wenn der Symptomträger, der die Familie bisher entlastet hat, eine Position zum Familiensystem einnimmt. Die Probleme lassen sich sodann in Eltern- und Familiengesprächen auf einer anderen Ebene betrachten und bearbeiten. Die Beteiligung und Mitverantwortung der Eltern am Problem kann deutlich werden.

Obwohl Tandemleistungen kurzfristig relativ kostenintensiv sein können, kann mittelfristig von einer hohen Effizienz, einem günstigen Verhältnis von Aufwand und Nutzen ausgegangen werden – zumindest dann, wenn sich die Erwartungen, die mit dieser Leistung verbunden sind, erfüllen. Denn das Ziel besteht darin, stationäre Dauerunterbringung von Kindern zu vermeiden. Klassischerweise schließen sich stationäre an ambulante Hilfen an, und zwar immer dann, wenn nach einem kürzeren oder längeren Zeitraum deutlich wurde, dass eine ambulante Unterstützung der Familie zu keiner nennenswerten Besserung der häuslichen und erzieherischen Situation führte. In einem solchen Fall kommt es oft zu einer dauerhaften oder zumindest langfristigen und verhältnismäßig kostenintensiven Heimunterbringung. Die mögliche flexible Kombination der unterschiedlichen Hilfeformen soll hier eine effiziente (wirtschaftliche), aber auch effektive (zielwirksame) Alternative bieten (Krija 2006).

Intervalleleistungen

Charakteristisch für die *Intervalleleistungen*, in deren Rahmen auch eine Tandemhilfe möglich sein kann, ist die Durchführung der Hilfe durch einen freien Träger der Jugendhilfe (etwa in Form der Sozialpädagogischen Familienhilfe) in zeitlichen Etappen (Intervallen), die jeweils in sich geschlossene Einheiten bilden. Jedes Intervall ist in fünf Phasen unterteilt, die letztlich darauf hinauslaufen, dass die Hilfe in eine sogenannte Latenzphase eintritt, in der die Helfenden mit der Familie für einen bestimmten Zeitraum nicht interagieren. In dieser Phase der Nicht-Hilfe kann die Familie die während der bisherigen Phase gemachten Erfahrungen verarbeiten, selbstständig Handlungsalternativen erproben und bestenfalls merken, dass es auch möglich ist, ihr Leben ohne Hilfe konstruktiv zu meistern. Für die Helfenden ist mit dieser Struktur das sich Überflüssigmachen vorgegeben.

Wir interpretieren die Intervalleleistung als eine lernende, lösungs- und ergebnisorientierte Methode zur Umsetzung von Leistungen in den ambulanten Erziehungshilfen (§§ 30, 31 und 35 SGB VIII) unter

dem nachhaltigen Bezug auf die Eigenverantwortung von Eltern und jungen Menschen. Eine Intervalleleistung kann bei nahezu allen üblichen Problemlagen, die im Rahmen der ambulanten Erziehungshilfen zu bearbeiten sind, eingesetzt werden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang jedoch eine intensive Zielplanung. In vielen Fällen ist es möglich, die Probleme einer Familie oder eines Jugendlichen auf einige wenige zentrale Fragestellungen zu reduzieren und auf wenige Teilziele zu begrenzen. Dafür ist es notwendig, herauszuarbeiten, an welchen Stellen die Helfenden Akzente setzen können (Teilzielbestimmung), die geeignet sind, symptomatische Interaktionsmuster zu unterbrechen und die Klientel dazu anzuregen, neue Formen des Umgangs mit sich und den anderen auszuprobieren. Dem Aspekt der Selbsthilfe kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu, nicht zuletzt weil die Notwendigkeit, sich überflüssig zu machen, für die Helfenden bereits durch die Ablaufstruktur der Hilfe vorgegeben ist.

Die Form der Intervallhilfe, die im Jugendamt Pankow von Berlin, Ortsteil Weißensee, entwickelt wurde, besteht aus mindestens einem und höchstens vier Etappen, die Gesamtdauer der Hilfe kann minimal zwölf, maximal 78 Wochen betragen. Vor Beginn eines neuen Intervalls finden jeweils Auswertungsgespräche im Jugendamt statt. Die Intervalle dauern wahlweise 27, 22, 17 oder zwölf Wochen. Je nach Intervall wird ein Kontingent von 192, 122, 68 oder 31 Fachleistungsstunden bereitgestellt. Jedes Intervall bildet eine geschlossene Einheit und unterteilt sich in fünf Phasen:

▲ *Phase 1: Initialphase (zwei Wochen mit maximal zehn, acht, sechs oder vier Stunden):* Während dieser Phase geht es um die genaue Auftragsklärung, die Zielbestimmung und Erstellung des Selbsthilfeplans. Die Helfenden verschaffen sich einen Überblick über die Situation, sichern den Kontakt zu der Klientel, bauen eine konstruktive Beziehung auf und stellen Verbindungen mit weiteren relevanten Personen her. Sinnvoll ist in diesem Zusammenhang auch ein Ressourcencheck (Budde u. a. 2004). In der Selbsthilfeplanung wird in Absprache mit den Beteiligten auf der Grundlage der vereinbarten Teilziele ein Handlungskonzept für die anschließende Leistungsphase entwickelt.

▲ *Phase 2: Leistungsphase (16, zwölf, acht oder vier Wochen mit zehn, acht, sechs oder vier Wochenstunden):* Hier geht es um die Bearbeitung der Teilziele und das begleitende Realisieren von Handlungsschritten mit Unterstützung einer Fachkraft. Bereits jetzt wird auf die Hilfeunterbrechung in der

Latenzphase hingearbeitet, die zu einem festgelegten Zeitpunkt beginnt. Die pädagogische Fachkraft achtet darauf, dass die Interessen, Bedürfnisse, Erwartungshaltungen und Ressourcen der für die Zielerreichung relevanten Personen mit einfließen und diese an der Zielbearbeitung auf der Handlungsebene beteiligt und eingebunden sind. Inwiefern dies gelingt, zeigt sich bei der Umsetzung des Selbsthilfeplans auf der Handlungsebene und wird gemeinsam mit den Klienten, Klientinnen und anderen Beteiligten kontinuierlich reflektiert und durchgearbeitet, kurz: evaluiert.

▲ *Phase 3: Sekundäre Prävention (vier, drei, zwei oder eine Woche mit drei Wochenstunden):* In dieser Phase findet eine erste Zäsur statt. Der Helfer, die Helferin erscheint lediglich punktuell, in erster Linie zu Beratungsgesprächen (gegebenenfalls auch in den Räumen des Trägers). Damit wird die Familie auf die Unterbrechung der Hilfe während der Latenzphase vorbereitet.

▲ *Phase 4: Latenzphase (vier Wochen in jedem Intervall):* Die hier realisierte Aussetzung der Hilfe bietet dem Klientensystem die Möglichkeit, loszulassen, sich in einem Selbstorganisationsprozess

neu zu strukturieren und dabei die bestenfalls in den Phasen zuvor wahrgenommenen eigenen persönlichen wie sozialen Ressourcen kreativ einzusetzen. Für eventuell auftretende Krisensituation stehen insgesamt fünf Stunden als „Puffer“ zur Verfügung, der beispielsweise als Beratungstermin und Krisenintervention oder lediglich als Telefonkontakt genutzt werden kann.

▲ *Phase 5: Auswertungsphase (eine Woche mit fünf, vier oder drei Stunden):* In dieser Phase soll der Hilfeverlauf ausgewertet, die aktuelle Situation betrachtet und ein weiterer Hilfebedarf eingeschätzt und in Form eines Evaluationsberichtes dokumentiert werden. Weiterhin wird ein bilanzierendes Hilfeplangespräch anberaunt. Entweder wird die Intervention dann an dieser Stelle beendet oder die Beteiligten verständigen sich auf die Durchführung eines weiteren Intervalls mit je nach Bedarf geringerer oder höherer Stundenzahl.

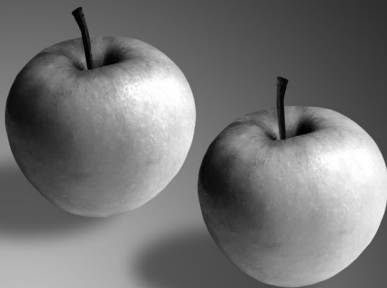
Auch jeder weitere Block, wenn er denn durchgeführt werden soll, bildet eine in sich geschlossene Einheit, das heißt es erfolgt nach jedem Intervall eine neue Hilfeplanung. Dies unterstreicht und fördert die Möglichkeit, dass sowohl die Hilfesysteme

Wir denken weiter.

Zum Beispiel mit qualitätsorientiertem Benchmarking.

Vergleichen Sie nicht Äpfel mit Birnen sondern nutzen Sie die größte deutsche Datenbasis für Benchmarking-Projekte der Sozialwirtschaft. Unsere Betriebsvergleiche zeigen die Maßstäbe.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.



Die Bank für Wesentliches.

www.sozialbank.de



**Bank
für Sozialwirtschaft**

<https://doi.org/10.5771/0490-1606-2007-6>

Generiert durch IP "3.16.83.221" am 28.06.2024, 00:29:40.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

als auch die Klientel die Situation in einem neuen Licht betrachten, einen veränderten Bedarf feststellen und damit auch eine veränderte Zielbestimmung vornehmen können. Damit erweitern sich die Möglichkeiten und Handlungsoptionen aller Beteiligten, was die Entwicklung von Lösungsstrategien und Alternativen fördert.

Die neuen Leistungen im Kontext der Sozialraumorientierung

Es sollte deutlich geworden sein, in welcher Form sich Intervall- und Tandemleistungen realisieren lassen, von welchen Thesen und Haltungen sie ausgehen und dass sie bestenfalls zu einer verstärkten Selbsthilfeförderung sowie zu einer Stützung familiärer Kompetenzen beitragen können. Abschließend möchten wir noch darauf hinweisen, dass sich diese in der Praxis der Sozialen Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien entwickelten Hilfeformen passgenau in das Konzept der Sozialraumorientierung einbeziehen lassen. Denn, wie die Protagonisten dieses Konzeptes immer wieder betonen (*Hinte* 2006), geht es exakt darum, eine neue Haltung des Helfens zu gewinnen. Diese Haltung ist identisch mit jener, welche mit den beiden hier vorgestellten Hilfeleistungen bereits strukturell einhergeht, nämlich einer Haltung, die Eigenständigkeit, Selbstbestimmung und Ressourcen der Menschen grundsätzlich achtet.

Konzepte der Sozialraumorientierung, inklusive die hier vorgestellten Leistungen, haben das Potenzial, das klassische Hilfeparadoxon der Sozialen Arbeit (*Wolff* 1990, *Kleve* 2000, S. 106 ff.) auszuhebeln. Nach diesem kann Hilfe ihr Ziel, nämlich die Förderung der Selbsthilfe, verfehlen und die Abhängigkeit der Klienten und Klientinnen vom Hilfesystem, Passivität, Inaktivität und Abgabe der Verantwortung für das Erreichen der Ziele an die Professionellen hervorrufen. Genau an diesem Punkt geht es um die Suche nach Alternativen. Bestenfalls ließe sich durch eine Sozialraumorientierung in der Kinder- und Jugendhilfe das umsetzen, was seit Jahrzehnten von der systemischen Sozialen Arbeit gefordert wird: die Klientel in ihrer Kompetenz ernst zu nehmen, sie als Experten und Expertinnen ihrer selbst zu sehen, sie für ihre eigenen Ressourcen zu sensibilisieren und ihnen zu ermöglichen, selbstbestimmt und zielorientiert für klar begrenzte Zeiträume sozialarbeiterische Hilfen zu nutzen (*Kleve* 2004).

Das Interessante an der Sozialraumorientierung ist nämlich, dass sie nicht lediglich eine methodische, sondern zugleich eine organisatorische Innovation darstellt. Methodik und Organisation Sozialer Arbeit werden hier so aufeinander abgestimmt, dass es

bestenfalls zu einer gegenseitigen Verstärkung des intendierten Ziels kommt: zu einer konsequent an der Hilfe zur Selbsthilfe ausgerichteten Sozialen Arbeit. Neben den konzeptionellen Innovationen der Sozialraumorientierung werden seit einigen Jahren methodische Konzepte und Verfahren entwickelt, die die zentrale Philosophie des sozialraumorientierten Ansatzes teilen. Zu denken ist diesbezüglich insbesondere an die bereits genannten systemischen Ansätze. Im Kontext dieser Ansätze wäre beispielsweise das von *Michael Biene* entwickelte Triangel-Konzept zu nennen (*Kleve* 2003, *Hosemann*; *Geiling* 2005, S. 249 f.), das eine alternative Interaktion innerhalb der Hilfen erfordert, um Eltern zu ermöglichen, sich in ihrer Erziehungskompetenz nachhaltig zu stärken. Außerdem kann als Beispiel das Konzept des systemischen Case Managements erwähnt werden (*Kleve* u.a. 2006), das sich als Kombination des klassischen Case Management-Ansatzes und neuerer lösungsorientierter Verfahren versteht. Das Ziel unserer Argumentation war es, die Tandem- und Intervalleleistungen als weitere methodisch-fachliche Innovationen in die Liste der genannten Entwicklungen einzureihen.

Literatur

- Budde**, W.; Früchtel, F.; Loferer, A.: Der Ressourcencheck in der Anwendung. In: Sozialmagazin 6/2004, S. 23-27
- Hinte**, W.: Sozialraumorientierung: Fachliche Grundlagen und Entwicklungschancen in der kommunalen Jugendhilfe. In: NHW e.V. (Hrsg.): Leuchtfener querab! Wohin steuert die Sozialraumorientierung? Berlin 2006, S. 71-95
- Hosemann**, W.; Geiling, W.: Einführung in die systemische Soziale Arbeit. Freiburg im Breisgau 2005
- Kleve**, H.: Die Sozialarbeit ohne Eigenschaften. Fragmente einer postmodernen Professions- und Wissenschaftstheorie Sozialer Arbeit. Freiburg im Breisgau 2000
- Kleve**, H.: Zwei Logiken des Helfens. Ambivalenz- und systemtheoretische Betrachtungen. In: Soziale Arbeit 6/2003, S. 220-227
- Kleve**, H.: Sozialraumorientierung – systemische Begründungen für ein klassisches und innovatives Konzept Sozialer Arbeit. In: Sozialmagazin 3/2004, S. 12-22
- Kleve**, H.: Kooperation in der Elternarbeit. Jenseits von Abgabe- und Kampfmuster. In: Soziale Arbeit 12/2005, S. 463-468
- Kleve**, H. u. a.: Systemisches Case Management. Falleinschätzung und Hilfeplanung in der Sozialen Arbeit mit Einzelnen und Familien – methodische Anregungen. Heidelberg 2006
- Krija**, K.-M.: Tandemleistung. In: ders.: Konzeptpapier Tandemleistung, eine Handlungssystematik. Jugendamt Pankow von Berlin 2006
- Wolff**, R.: Von der Reaktion zur Prävention – zur konzeptuellen Weiterentwicklung des Kinderschutzes in Berlin. In: Rundbrief Senatsverwaltung für Frauen, Jugend und Familie 2: Perspektiven zum Kinderschutz in Berlin 1990, S. 21-30

Gutachtliche Stellungnahme in der Sozialen Arbeit

Am Beispiel der Bereiche Sorgerecht und Adoption

Simon Königbauer

Zusammenfassung

Gutachtliche Stellungnahmen dienen in der Sozialen Arbeit als Entscheidungs- und Legitimationsgrundlage für behördliche und gerichtliche Maßnahmen. Sie werden zu den verschiedensten Fragestellungen und in zahlreichen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit angefertigt. Gutachtliche Stellungnahmen sollen die Lebenssituation der Betroffenen ausführlich darstellen, dazu Veränderungen, Potenziale und die Einwirkung des Umfelds beschreiben sowie eine psychosoziale Prognose abgeben.¹

Abstract

In social work, experts statements function as a basis for decision-making and of authorization of official and judicial measures. They are prepared in numerous fields of social work, treating all kinds of questions. Expert statements should submit a detailed account of the life situations of people concerned, of changes, potentials and possible effects of the environment, and they should deliver a psychosocial prognosis.

Schlüsselwörter

Soziale Arbeit – Gutachten – Stellungnahme – Sorgerecht – Adoption

Einleitung

Gutachtliche Stellungnahmen werden besonders häufig in der Jugendhilfe erstellt. Dabei geht es oft um die Regelung der elterlichen Sorge (§ 1671 Bürgerliches Gesetzbuch, BGB), um Fragen der Adoption (Annahme als Kind §§ 1744 ff. BGB), um den Bereich der Jugendgerichtshilfe (§ 38 Jugendgerichtsgesetz, JGG) sowie den Verdacht auf Kindeswohlgefährdung (§ 1666 BGB). Immer öfter verfassen Sozialpädagogen auch gutachtliche Stellungnahmen für die Strafvollzugskammern, in Betreuungs- und Unterbringungsverfahren, im Bereich der geschlossenen Unterbringung und beim Täter-Opfer-Ausgleich (*Oberloskamp* u. a. 2001).

Näheres regelt seit der Verabschiedung der Kinderschäftsrechtsreform am 1. Juli 1998 das Kinder- und Jugendhilfegesetz (§§ 50 ff. KJHG). Aus den Zahlen des Statistischen Bundesamtes geht hervor, dass die Anzahl der Neuzugänge bei den Familiengerichten von 2002 auf 2003 um über 8 000 auf 573 690 stieg, 2004 waren dabei in 168 859 Fällen minderjährige

Kinder von Scheidungen betroffen, in jedem dieser Fälle wurde aufgrund des gesetzlichen Auftrages (§ 50 Abs. 1 und 2 KJHG in Verbindung mit § 49 a freiwillige Gerichtsbarkeit Gesetz, FGG) eine gutachtliche Stellungnahme des Jugendamtes zur Regelung des Sorgerechts verfasst. Im Jahr 2003 wurden 5 330 Kinder und Jugendliche in Deutschland adoptiert (*Statistisches Bundesamt* 2005), auch hier wurde in jedem Einzelfall eine gutachtliche Stellungnahme von einer sozialpädagogischen Fachkraft erstellt (Adoptionsgesetz §§ 1741 ff. BGB in Verbindung mit § 22 Einführungsgesetz zum BGB, Internationales Privatrecht, Adoptionsvermittlungsgesetz, §§ 49 und 56 d bis 56 f FGG, geändert durch Artikel 7 KJHG, §§ 50 und 51 KJHG).

Abgesehen von der großen Anzahl der gutachtlichen Stellungnahmen, welche deren Relevanz in der Praxis unterstreicht, muss vor allem aber die Wichtigkeit jeder einzelnen dieser Äußerungen für die betroffenen Personen hervorgehoben werden. Auch in den Medien ist das Thema oft präsent, meist in Form von Schlagzeilen, nach denen das Jugendamt Eltern ihre Kinder „wegnimmt“ oder zu spät eingreift. Durch solche Schlagzeilen wird deutlich, welche Verantwortung Jugendämter und deren Mitarbeitende tragen, da für die Entscheidungen der Familiengerichte immer eine gutachtliche Stellungnahme der Behörde als Grundlage dient. Wie eine Untersuchung von *Spiros Simitis* (*Peters* 2002) belegt, folgen Richter und Richterinnen bei Verfahren nach § 1634 (Besuchsregelung) und § 1671 BGB (Sorgerechtsregelung) zu 87 Prozent den gutachtlichen Empfehlungen des Jugendamtes.

Vor allem bei Entscheidungen nach § 1666 BGB wird deutlich, welche immense Auswirkung eine gutachtliche Stellungnahme auf das Leben der betroffenen Personen haben kann, sowohl auf das der Kinder als auch ihrer Eltern. Ebenso verhält es sich bei Adoptionen oder Fragen des Umgangs- und Sorgerechts. Schicksale und komplexe Nöte der Betroffenen werden in Medien oft polarisierend dargestellt und mit einfachen Lösungsvorschlägen versehen. Im Notfall müssen kurzfristige Interventionen zum Schutz von Kindern ohne Frage an erster Stelle stehen. Längerfristig gibt es jedoch keine Alternative zu einer differenzierten Diagnostik, will man dem gesetzlichen und ethischen Auftrag ebenso wie dem professionellen Anspruch gerecht werden. Den Hintergrund jeder gutachtlichen Stellungnahme bilden die Sozialdiagnosen. Anliegen des Autors war es daher, zu evaluieren, wie umfangreich und wissenschaftlich fundiert gutachtliche Stellungnahmen abgefasst und aufgrund welcher Basis diese bewertet werden.

Aktueller Stand der Forschung

Betrachtet man den publizierten Forschungsstand, so lässt sich feststellen, dass die meisten Arbeiten zum Themenbereich „gutachtliche Stellungnahmen“ um 1980/90 (Wolff 1989) erhoben wurden. Seit damals wurden relativ wenig neue Erkenntnisse gewonnen, Ausnahmen finden sich im Bereich der Jugendgerichtshilfe (Trenczek 2003). Eine Auswertung der vorhandenen Literatur ergab, dass nur wenige Autoren und Autorinnen sich mit diesem Thema explizit auseinandersetzen, meist finden sich nur kurze Anmerkungen. So gibt das Bayerische Landesjugendamt zwar eine Schrift zum Thema „Qualitätsstandards für psychologische Gutachten“ heraus, etwas Vergleichbares für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sucht man jedoch vergebens. Andeutungen, dass die Jugendhilfe in der Praxis bei der Erstellung von gutachtlichen Stellungnahmen den Empfehlungen der Literatur weit hinterherhinkt, finden sich hingegen regelmäßig (Oberloskamp u.a. 2001), kaum jedoch genaue Zahlen oder aktuelle Forschungen, welche Auskunft über die tatsächliche Situation geben.

Aussagen, wie eine gutachtliche Stellungnahme abgefasst werden sollte, finden sich in vielfältiger Form (Harnach-Beck 2003, Oberloskamp u.a. 2001, Peters 2002). Angaben darüber, wie die sozialpädagogischen Fachkräfte diese in der Praxis umsetzen, ob sie Arbeitshilfen nutzen und wo sie Hilfebedarf sehen, gibt es selten. Mehrere Publikationen bieten Arbeitshilfen zur Diagnostik (Hanses 2000, Krumenacker 2004, Mollenhauer 2004). Jedoch finden sich leider auch hier kaum Aussagen darüber, wie Sozialdiagnosen in der Praxis gewonnen werden. In verschiedenen Publikationen werden mögliche Gliederungsvorschläge für gutachtliche Stellungnahmen diskutiert (Harnach-Beck 2003, Oberloskamp u.a. 2001). Kontrovers ist, ob eine formale Vorgabe überhaupt sinnvoll ist. Dabei wird ausgeführt, dass eine Strukturierung die Gefahr implizieren kann, Inhalte nicht mehr in ihrer Vollständigkeit wiederzugeben. Jedoch gibt es auch überzeugende Argumente für eine klare und einheitliche Strukturierung von gutachtlichen Stellungnahmen.

Eine gute Struktur kann jedoch erheblich zur schnelleren Orientierung aller Verfahrensbeteiligten, insbesondere der Richtenden, beitragen. So ist rasch ein Überblick zu gewinnen und in der Zusammenfassung die Meinung der Verfassenen als Orientierungshilfe zu erfahren sowie deren Argumentation auf Nachvollziehbarkeit zu überprüfen. Außerdem lassen sich mit einer klaren Strukturierung Fakten und Interpretation deutlicher trennen. Kriterien

beziehungsweise Qualitätsstandards für die Erstellung von gutachtlichen Stellungnahmen werden in verschiedenen Veröffentlichungen aufgezeigt. So formuliert Oberloskamp (2001) folgende drei Anforderungen, welche übergeordnet zu anderen Kriterien Geltung finden sollten:

- ▲ „*Transparenz* meint, dass ersichtlich wird, auf welchen Informationsquellen die gutachtliche Stellungnahme beruht und wie diese Informationen gewonnen wurden;
- ▲ *nachvollziehbar* ist eine gutachtliche Stellungnahme dann, wenn die Darstellung von Sachverhalten und deren fachliche Interpretation eindeutig voneinander getrennt sind, der Leser also erschließen kann, aufgrund welcher Auswertungsschritte der Sozialarbeiter zu seinen Schlussfolgerungen gekommen ist;
- ▲ *Nachprüfbarkeit* besteht dann, wenn zumindest theoretisch sowohl methodische Aspekte der Informationsgewinnung als auch die Beachtung beispielsweise der Regeln der Logik bei der Interpretation der Informationen geprüft werden können“ (ebd., S. 65).

Auch an konkreteren Vorgaben für gutachtliche Stellungnahmen mangelt es nicht. Es finden sich in der Literatur sowohl Angaben zur formalen Gestaltung, zu wissenschaftlichen und ethischen Anforderungen wie zu den notwendigen Kompetenzen der Verfassenen. Lindemann (1998, S.102 f.) fasst das Anforderungsprofil für ein fachlich kompetent ausgewiesenes Gutachten zusammen. Ein solches liege vor, wenn klar ersichtlich ist,

- ▲ wie die Gutachtenden an die zusammengestellten Daten kamen und für wie glaubhaft sie die jeweilige Datenquelle halten;
- ▲ wer genau die Aussage, die Beobachtung, die Wertung gemacht hat;
- ▲ dass das inkriminierte Verhalten, wie jeder andere Sachverhalt, konkret beschrieben ist;
- ▲ dass explikative Angaben zur Untersuchungsmethode, zum Untersuchungsinstrument und zum Ergebnis formuliert sind;
- ▲ dass die Äußerungen der Klientel konkret wiedergegeben sind, in Anführungsstriche gesetzt wurden und die Gutachtenden Gründe für deren Glaubwürdigkeit angeben;
- ▲ dass die kontextuellen Bedingungen des inkriminierten Verhaltens und der soziale Kontext hinreichend beschrieben sind, so dass das spezifische Verhalten von den Rezipienten aus diesem Zusammenhang heraus nachzuvollziehen und zu verstehen ist;
- ▲ warum die angelegte Norm im konkreten Fall als gerechtfertigt und damit legitim beurteilt wird;

▲ dass die Gutachtenden ihre persönlichen Wertpräferenzen darstellen.

Lindemann betont immer wieder, wie wichtig es ist, dass die Autoren ihre gutachtliche Stellungnahme mit Angaben zu Quellen, Überlegungen, Theorien und eigenen, der Stellungnahme zugrunde liegenden Werten und Normvorstellungen transparent darlegen.

Fragestellung und Methodik der Untersuchung

Die Ausgangsfragestellung der beabsichtigten Untersuchung lautete: Werden die in der Literatur geforderten Qualitätsstandards von den Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen in der Praxis umgesetzt? Falls diese nicht in dem geforderten Maß umgesetzt werden: Woran könnte dies liegen und wie könnte dies möglicherweise geändert werden?

Zur Überprüfung der Fragestellung wurden drei Umfragen durchgeführt. Die erste Umfrage richtete sich an 100 Jugendämter in Bayern. Der Fragebogen hatte einen Umfang von drei Seiten und war mit einem zeitlichen Aufwand von zirka zehn Minuten zu beantworten. Der Rücklauf betrug 57 Prozent (n=57). In einer zweiten Umfrage wurde eine kurze Anfrage per E-Mail an 17 Landesjugendämter in Deutschland gerichtet. Erkenntnisinteresse dieser Anfrage war, Rahmenvereinbarungen zu folgenden Fragestellungen in den Bundesländern aufzuspüren:

- ▲ Gibt es formulierte *Qualitätsstandards* zum Thema gutachtliche Stellungnahmen in der Sozialen Arbeit?
- ▲ Gibt es *Arbeitshilfen* zum Thema gutachtliche Stellungnahmen in der Sozialen Arbeit? Wird der Ausdruck „gutachtliche Stellungnahme“ benutzt oder werden möglicherweise andere Begrifflichkeiten verwendet beziehungsweise gibt es überhaupt einen einheitlichen Begriff?

Die dritte Umfrage erfolgte ebenfalls per E-Mail an insgesamt 41 Ausbildungsstätten (Fachhochschulen und Universitäten) für Soziale Arbeit in Deutschland mit der Frage, ob die Hochschulen eine Lehrveranstaltung zum Thema gutachtliche Stellungnahme für ihre Studierenden anbieten. Bei Bejaung wurden Angaben erbeten, wie viele Semesterstunden eine solche Lehrveranstaltung umfasst, wie lange sie schon angeboten wird und welche Themenschwerpunkte sie behandelt.

Ergebnisse der Untersuchung

Überprüft man die Eingangsfragestellung danach, ob die sozialpädagogischen Fachkräfte die in der Literatur geforderten Qualitätsstandards in der Praxis umsetzen, so ergibt die Auswertung der drei

Befragungsaktionen, dass dies nur in Ausnahmefällen geschieht. Der Großteil der Praktikerinnen und Praktiker bleibt weit unter den in der Literatur geforderten oder von anderen Sachverständigen praktizierten Maßstäben. Folgende Punkte sind dabei besonders hervorzuheben:

- ▲ Im Durchschnitt verfügt eine gutachtliche Stellungnahme über einen Seitenumfang von drei bis vier Seiten, sinnvoll und in der Literatur gefordert wäre, in Abhängigkeit von der Komplexität des Falles, ein Umfang von acht bis zehn Seiten.
- ▲ 65 Prozent der Jugendämter benutzen keine Arbeitshilfen zur Erstellung von Sozialdiagnosen, obwohl diese in der Literatur zahlreich vorhanden sind.
- ▲ 56 Prozent der Jugendämter haben keine formulierten Qualitätsstandards. Bei anderen Sachverständigen beispielsweise bei Psychologen, sind diese seit Langem selbstverständlich.
- ▲ In nur 18 Prozent der Fälle wird die gutachtliche Stellungnahme regelmäßig von einer zweiten Person gelesen. Zur Erstellung der gutachtlichen Stellungnahme zu Sorgerechtsfragen haben die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen durchschnittlich ein bis zwei Kontakte zu ihrer Klientel. 77 Prozent der Befragten hielten diese Anzahl von Kontakten für ausreichend. 73 Prozent der Befragten gaben an, dass sie sich in der Begründung ihrer gutachtlichen Stellungnahme nicht auf Experten- oder Fachwissen beziehen. Sie begründen ihre Aussagen somit mit nicht gesicherten Erkenntnissen.
- ▲ 53 Prozent benutzen zur Informationsgewinnung unstrukturierte Erhebungsmethoden.
- ▲ Nur 18 Prozent der Befragten legen ihre gutachtliche Stellungnahme den betroffenen Personen vor und sprechen diese mit ihnen durch, obwohl dieser vergleichsweise geringe Aufwand mit Sicherheit zu mehr Akzeptanz und Transparenz führen würde.
- ▲ 88 Prozent der Verfassenden von gutachtlichen Stellungnahmen erscheinen vor Gericht in „Alltagsbekleidung“, bei anderen Sachverständigen wohl kaum denkbar.
- ▲ Nur sieben Prozent der Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen geben an, ihre gutachtliche Stellungnahme vor Gericht vollständig vorzutragen.

Diese formalen Defizite entsprechen den inhaltlichen Mängeln, die *Oberloskamp* u. a. (1991) bei der Auswertung von (N=122) gutachtlichen Stellungnahmen feststellen: „Beurteilung des Verhaltens von Eltern aus einer Überlegenheitsposition; Konstatierung von Sachverhalten ohne Begründung beziehungsweise ohne empirische Grundlagen; Erheben bestimmter normativer Vorstellungen, die zu Beurteilungsmaßstäben werden; Zugrundelegen eines besonderen Kindheitsbegriffs und daraus abgelei-

tete normative Vorstellungen; Modellvorstellungen über menschliches Erleben und Verhalten auf der Grundlage so genannter Alltagstheorien“ (*ebd.*, S. 255). Sie meinen dazu: „Tatsache bleibt jedoch, dass die von der Praxis erstellten gutachtlichen Stellungnahmen trotz häufig theoretisch vorhandenen Kompetenzen die von Gesetz, Gericht und Betroffenen an sie gerichteten Erwartungen nach wie vor nicht erfüllen“ (*ebd.*). Allerdings gibt es offensichtlich auch kaum verständlich formulierte Vorgaben.

Die Umfrage an die Landesjugendämter beantworteten elf Ämter, was einem Rücklauf von 65 Prozent entspricht. Diese hatten bisher keine Qualitätsstandards formuliert. Das Landesjugendamt Westfalen-Lippe war zurzeit der Umfrage mit der Bearbeitung einer Arbeitshilfe für die Adoptionsstellen im Bereich gutachtlicher Stellungnahmen beschäftigt. Die zentrale Adoptionsvermittlungsstelle der vier norddeutschen Länder in Hamburg hat als einzige Stelle eine Arbeitshilfe herausgegeben. Laut Aussage des zuständigen Sachbearbeiters wird den Empfehlungen weitgehend entsprochen.

Zur Frage der Begriffsbestimmung waren die Aussagen mehr oder weniger differenziert. So bezogen sich die meisten Landesjugendämter auf gesetzliche Formulierungen im Bereich der gutachtlichen Stellungnahmen zur Adoption. Jedes Landesjugendamt benutzt und empfiehlt den Begriff „gutachtliche Stellungnahme“. Dies steht im Gegensatz zu den Jugendämtern in Bayern, die zum Teil den Terminus ablehnten. Fast alle Landesjugendämter verwiesen darauf, dass der Begriff jedoch nicht dogmatisch verwendet wird, zum Teil mit der Begründung, dass das Gesetz andere Begrifflichkeiten wie „gutachtliche Äußerung“ benutzt und diese Vorgaben einzuhalten wären. Immerhin war den Antworten der Landesjugendämter zu entnehmen, dass eine Qualitätssicherung sowie Arbeitshilfen für sinnvoll erachtet werden. Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter zur Fragestellung der Adoption Empfehlungen herausgegeben hat. Diese beziehen sich zwar nicht im Schwerpunkt auf gutachtliche Stellungnahmen, können aber auch für diese durchaus als Hilfe betrachtet werden.

Auf die Umfrage an die Ausbildungsstätten für Sozialpädagogen antworteten fünf Universitäten und acht Fachhochschulen, was einem Rücklauf von 31 Prozent (n=13) entspricht. Von diesen bieten nur zwei Lehrveranstaltungen zum Thema gutachtliche Stellungnahmen an. Wegen des geringen Rücklaufs von 31 Prozent lassen sich zwar keine belegbaren

Rückschlüsse ziehen. Vorsichtig geschätzt kann aber davon ausgegangen werden, dass weniger als zehn Prozent der Hochschulen eine Lehrveranstaltung zu dieser Thematik anbieten. Bedenkt man den bereits mehrmals angesprochenen Stellenwert, welche gutachtliche Stellungnahmen sowohl für die Fachkräfte als auch für die Betroffenen haben, so ist dies eine eher traurige Bilanz. Möglicherweise würde dieses Thema auch für Sozialpädagogen eine größere Bedeutung bekommen, wenn ihnen dieses von den Hochschulen entsprechend vermittelt werden würde. Zudem könnte so eine Verbesserung der Qualität erreicht werden.

Diskussion der Ergebnisse

Dass im Bereich der gutachtlichen Stellungnahmen eine Qualitätssteigerung dringend geboten ist, darüber lassen die beschriebenen Ergebnisse kaum Zweifel. Ein klares Defizit ist das Fehlen von verbindlichen und einheitlich formulierten Qualitätsstandards. So gaben alle antwortenden Landesjugendämter an, keine Qualitätsstandards vorzugeben. 56 Prozent der Jugendämter in Bayern berichteten, über diese nicht zu verfügen. Demzufolge werden auch kaum Arbeitshilfen angeboten. 65 Prozent der bayerischen Jugendämter gaben an, dass ihnen keine Arbeitshilfen zur Verfügung stehen. Neun von elf Landesjugendämter teilten mit, bisher keine Arbeitshilfen zu dieser Thematik verfasst zu haben.

Ebenfalls unzureichend ist die Situation in der Ausbildung. Hier ist eine klare Diskrepanz festzustellen. 56 Prozent der Befragten gaben an, ihr Wissen für die Erstellung einer gutachtlichen Stellungnahme an einer Hochschule erworben zu haben, aber nur 14 Prozent der Hochschulen führten eine solche Lehrveranstaltung in ihrem Lehrangebot. Unbestritten ist sicherlich der Rückschluss, dass die Qualität von gutachtlichen Stellungnahmen mit Sicherheit steigen würde, wenn bereits an den Ausbildungsstätten gelehrt würde, wie eine gutachtliche Stellungnahme auszusehen hat. 80 Prozent der Befragten wünschen sich dementsprechend Fortbildungen. Dieser Wunsch ist erfreulich und kann als deutliches Signal für den Fort- und Weiterbildungssektor verstanden werden.

Eindeutig defizitär sind die wenigen Anforderungen für die Erstellung einer gutachtlichen Stellungnahme seitens des Gesetzgebers. Eine deutlichere Formulierung könnte die Kompetenzen von Mitarbeitenden in der Sozialen Arbeit stärken und mehr Klarheit schaffen. Außerdem würde so der Bedeutung, die die Stellungnahme für die betroffenen Personen hat, mehr entsprochen. Haupthindernis für die gute

Qualität einer gutachtlichen Stellungnahme ist der Zeitdruck. 80 Prozent der befragten Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen gaben an, dass sie wesentlich ausführlicher und qualitativ besser arbeiten könnten, wenn sie mehr Zeit zum Schreiben der gutachtlichen Stellungnahme hätten.

Ein interessantes und signifikantes Ergebnis der Untersuchung war, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten angab, die Richter und Richterinnen würden ihren Vorschlägen zu 80 Prozent oder mehr folgen. Dies könnte mitunter auch ein Grund dafür sein, warum die Praxis keinen dringenden Handlungsbedarf zur weiteren Qualitätssteigerung sieht. Es kann hier jedoch keine Aussage darüber gemacht werden, wie „gut“ die entsprechenden Entscheidungen der Richtenden für die Betroffenen waren. Schließlich kann sich das Interesse der sozialpädagogischen Fachkraft nicht darauf beschränken, die eigenen Vorschläge von Gerichten bestätigt zu sehen. Vielmehr muss es Ziel sein, dass ein Entscheidungsvorschlag, der dem Gericht als Grundlage des Urteils dient, der bestmögliche ist.

Konsequenzen für die Forschung

Anzunehmen ist, dass Verbesserungen, die allein von der Wissenschaft diskutiert und vorgeschlagen werden, in der Praxis nicht zu großen Veränderungen führen. Aus diesem Grunde dürften Arbeitskreise mit dem Ziel der Qualitätssteigerung und der Herausgabe von Arbeitshilfen möglicherweise die in der Praxis am ehesten akzeptierte und somit sinnvollste Lösung darstellen. Deren Empfehlungen müssten dann innerhalb der jeweiligen Jugendämter umgesetzt und als Qualitätsstandards in das Gesamtkonzept der Qualitätssicherung aufgenommen werden. Empfehlenswert ist neben der Schaffung von entsprechenden Weiter- und Bildungsangeboten zu Themen wie Assessment oder Sozialdiagnostik auch eine umfangreichere Grundlagenausbildung zur Erstellung von gutachtlichen Stellungnahmen an den Hochschulen. Letztendlich liegt es in den Händen der Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen selbst, an ihre gutachtlichen Stellungnahmen wissenschaftliche Kriterien anzulegen, ihre Arbeit transparent darzulegen und sich nicht davor zu scheuen, ihre Fachlichkeit auch an den Gutachten anderer Professionen zu messen. Nur wenn sie selbst die Wichtigkeit ihrer Arbeit und die Notwendigkeit von steigender Qualität erkennen, wird es auf absehbare Zeit möglich sein, etwas zu verändern.

Anmerkung

1 Dieser Aufsatz basiert auf einer empirischen Untersuchung, die im Rahmen einer Diplomarbeit an der Fachhochschule Regensburg durchgeführt wurde.

gensburg unter Betreuung von Professor Dr. Matthias Dalferth durchgeführt wurde.

Literatur

- Gohde, H.;** Wolff, St.: „Gutachterlichkeit“ in der Jugendgerichtshilfe. In: Neue Praxis 4/1990, S. 316-327
- Hanses, A.:** Biographische Diagnostik in der Sozialen Arbeit. In: Neue Praxis 4/2000, S. 357-379
- Harnach-Beck, V.:** Psychosoziale Diagnostik in der Jugendgerichtshilfe. Grundlagen und Methoden für Hilfeplan, Bericht und Stellungnahme. Weinheim 2003
- Krumenacker, F. (Hrsg.):** Sozialpädagogische Diagnosen in der Praxis. Erfahrungen und Perspektiven. Weinheim 2004
- Lindemann, K.:** Objektivität als Mythos. Die soziale Konstruktion gutachterlicher Wirklichkeit. Eine Analyse der sprachpragmatischen Strukturen in Gutachten und Berichten der Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Münster 1998
- Mollenhauer, K.;** Uhlendorff, U.: Sozialpädagogische Diagnosen I. Über Jugendliche in schwierigen Lebenslagen. Weinheim 2004
- Oberloskamp, H. u. a.:** Gutachterliche Stellungnahmen in der sozialen Arbeit. Neuwied 2001
- Peters, F. (Hrsg.):** Diagnosen – Gutachten – hermeneutisches Fallverstehen. Rekonstruktive Verfahren zur Qualifizierung individueller Hilfeplanung. Frankfurt am Main 2002
- Statistisches Bundesamt:** www.destatis.de 2005
- Trenczek, T.:** Mitwirkung der Jugendhilfe im Strafverfahren. Konzeption und Praxis der Jugendgerichtshilfe. Weinheim 2003
- Wolf, S.:** Der Gutachter als Autor – die textliche Konstruktion psychischer Tatbestände. In: Das öffentliche Gesundheitswesen 51/1989, S. 522-528

oft führt zu wenig Kommunikation dazu, dass soziale Organisationen und deren gesellschaftlich sinnvolle und wichtige Arbeit nicht wahrgenommen werden. Mit fehlendem Bekanntheitsgrad sinkt zum Beispiel auch die Chance, Spendengelder einzuwerben. *Quelle: Presseinformation der BFS vom April 2007*

► Allgemeines

Fünzigster Jahrestag „Römische Verträge“. Zum fünfzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der „Römischen Verträge“, der Geburtsstunde der Europäischen Union, suchen die Bundesregierung, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament das direkte Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Auf einer deutschlandweiten Informationstour „Europa wird 50“ werden sie gemeinsam über das Thema Deutschland und Europa informieren. Die Tour startete im März 2007 auf dem Europafest der Bundesregierung in Berlin und führt bis Ende Juni durch mehr als fünfzig Städte. Die Bürgerinnen und Bürger können mit Politikern und Fachleuten über Europa diskutieren, sich informieren und bei zahlreichen Aktionen mitmachen. Vor allem Kinder und Jugendliche erhalten so einen spielerischen Zugang zum Thema Europa. Schulklassen können an einem auf sie zugeschnittenen Programm teilnehmen. Schirmherr dieser Aktion ist Bundespräsident Horst Köhler. Informationen erfolgen hauptsächlich zu den Fragen: Was bedeutet Europa für meinen Arbeitsplatz? Wie sieht die künftige Europäische Union aus? Welche Vorteile bringt mir die Europäische Einigung? Antworten geben Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments. *Quelle: dbb magazin 5.2007*

Neonazis. Rechtsextreme Parteien sind nach Einschätzung der Bundesregierung weiterhin wenig erfolgreich. In ihrer Antwort auf eine Große Anfrage der Fraktion Die Linke beurteilt die Regierung jedoch das Bemühen der NPD als geglückt, zusammen mit anderen Neonazis und rechtsextremen Parteien eine „Volksfront von rechts“ zu gründen. Es handele sich um „ein stark erfolgsabhängiges Zweckbündnis“. Die NPD versuche zudem, über unauffällige Wege wie Kinderbetreuung gesellschaftlich akzeptiert zu werden. Hierbei handele es sich um vereinzelte Aktionen. Kameradschaften von Neonazis gewönnen dagegen seit 2003 wieder an Zugkraft. Während im Jahr 2003 noch 3 000 Neonazis gezählt wurden, seien es zwei Jahre später schon 4 100 gewesen, heißt es in der Antwort. *Quelle: Das Parlament 19.2007*

Fünfter Wettbewerb Sozialkampagne. Mit ihrer Kampagne „Sie würden gern mal die Schule schwänzen. Wenn es eine gäbe“ für die Stiftung UNESCO Bildung für Kinder in Not gewann die EPS Agentur für Kommunikation in Ratingen den mit 5 000 Euro dotierten ersten Preis im fünften Wettbewerb Sozialkampagne der Bank für Sozialwirtschaft (BFS). Den zweiten Preis sicherte sich die Münchner Tafel mit der Kampagne „satt sehen“ der Agentur Serviceplan, der dritte Preis ging an das Hamburg Leuchttfeuer Hospiz. Es wurde für die gleichnamige Kampagne ausgezeichnet, die die Agentur McCann Erickson entwickelt hat. Mit diesem Wettbewerb setzt sich die BFS dafür ein, dass soziale Organisationen und ihre gesellschaftlich wichtige Arbeit öffentlich stärker als bisher sichtbar werden. Denn

Landesantidiskriminierungsstelle Berlin. Anfang April 2007 beschloss der Berliner Senat die Einrichtung einer Landesantidiskriminierungsstelle. Der Senat verfolgt damit das Ziel, gegen Diskriminierung von Menschen aufgrund verschiedener Merkmale konsequent einzutreten und eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt zu fördern. Aufgabe der Landesstelle wird es unter anderem sein, die in Berlin lebenden Menschen über ihre Rechte aufzuklären und ihnen Mut zu machen, sich bei Diskriminierungen zu wehren. Die Beratungsstelle wird eng mit vorhandenen Beratungseinrichtungen und der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zusammenarbeiten. Eine Besonderheit ist, dass künftig in der Antidiskriminierungsstelle das gesamte Politikfeld für gleichgeschlechtliche Lebensweisen umfassend wahrgenommen wird, während es für alle anderen Merkmale (ethnische Herkunft, Behinderung, Geschlecht, Alter sowie Religion und Weltanschauung) innerhalb des Senats weiterhin gesonderte fachpolitische Zuständigkeiten gibt. *Quelle: Mitteilung des Fachbereichs für gleichgeschlechtliche Lebensweisen vom Mai 2007*

Integration per Mausclick. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie startet zum vierten Mal den Wettbewerb „Wege ins Netz“. Unterstützt durch zahlreiche Kooperationspartner, ermittelt und prämiert der Wettbewerb vorbildliche Aktionen und Initiativen, die zur Erhöhung der Internetnutzung in der Bevölkerung beitragen. Der Sonderpreis »Migration« zeichnet zudem Projekte und Initiativen aus, die sich an jüngere und ältere Menschen mit Migrationshintergrund richten. Die Gewinner erhalten Preisgelder von insgesamt 30 000 Euro. Gegenwärtig nutzen rund 60 % der Bevölkerung über 14 Jahre das Internet. Damit nimmt die Gruppe der Internetnutzenden in Deutschland stetig zu. Diese erfreuliche Entwicklung hat sich in den letzten Jahren jedoch verlangsamt. Zudem planen nur noch rund 6 % die Anschaffung eines Internetanschlusses. Das heißt mit anderen Worten, dass immer noch 34 % der Bevölkerung nicht vorhaben, in nächster Zeit ins Netz zu gehen. Insbesondere ältere Personen sowie Menschen mit Migrationshintergrund oder aus bildungsfernen Schichten sind noch zurückhaltend, wenn es um den Umgang mit den Neuen Medien geht. Der Wettbewerb soll vorhandene Zugangsbarrieren identifizieren und deren Abbau durch die Vermittlung medialer Kompetenzen fördern. Information: Wettbewerbsbüro „Wege ins Netz“, c/o wbpr Berlin, Schumannstraße 5, 10117 Berlin
Internet: www.wegeinsnetz2007.de

► Soziales

Unzureichende Erhöhung des Arbeitslosengeldes II. Im Zuge der Rentenerhöhung zum 1. Juli 2007 sollen das Arbeitslosengeld II und die Sozialhilfe um zwei Euro auf 347 Euro steigen. Der Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV), Landesverband Bremen e.V., bezeichnet dieses als unzureichend. Der Regelsatz beim Arbeitslosengeld II, der Sozialhilfe und der Grundsicherung

für ältere Menschen sollte nach den Berechnungen des DPVV um mindestens 20 % auf 415 Euro angehoben werden. Der DPVV fordert bedarfsgerechte Regelsätze, die sich an den tatsächlichen Notwendigkeiten orientieren. Neben den Grundbedarfen für Ernährung, Kleidung und Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben müssten auch reale Kosten für Kinderbetreuung, für Gesundheitsvorsorge, für moderne Kommunikation (Telefon, Zeitung, Internet, PC) oder Mobilität (Bus und Bahn) in eine Regelsatzberechnung mit einfließen. Als realitätsfern bezeichnet der Vorstand die gesetzliche Vorgabe, die Ausgaben für erforderliche Neuanschaffungen wie Kühlschrank oder Waschmaschine aus dem Regelsatz anzuspargen. Bei besonderem Bedarf muss es auch wieder die Möglichkeit geben, einmalige Leistungen zu erhalten. Vor allem Kinder sind von den niedrigen Regelsätzen betroffen. Derzeit wird die Leistung für Minderjährige vom Eckregelsatz für allein-stehende Erwachsene (345 Euro) abgeleitet. Davon erhalten Kinder und Jugendliche je nach Alter 60 beziehungsweise 80 %. Für Kinder bis 14 Jahre gibt es 207 Euro, ab dem 15. Lebensjahr 276 Euro. *Quelle: Presseinformation des DPVV, Landesverband Bremen, Mai 2007*

Befreiung von Rundfunkgebühren. Hartz IV-Empfängerinnen und -Empfänger brauchen nach einer Entscheidung des Berliner Verwaltungsgerichts keine Rundfunkgebühren zu zahlen, auch wenn sie einen Zuschlag zum Arbeitslosengeld II bekommen. Damit waren die Klagen von zwei Arbeitslosen erfolgreich. Das Gericht verpflichtete den Rundfunk Berlin-Brandenburg, die Kläger von der Gebühr zu befreien. Um keine Grundrechte zu verletzen, müsse die Härtefallregelung des Rundfunkgebühren-Staatsvertrages angewandt werden. Insofern sei eine Gebührenbefreiung bei einer besonderen Härte möglich (Urteil vom 28. März 2007 – VG 27 A 25.07 und VG 27 A 126.06). *Quelle: VdK Zeitung Mai 2007*

Schuldenhelpline. Seit November 2006 gibt es die Schuldenhelpline, Deutschlands erste bundesweite nicht kommerzielle Schuldnerberatungs-Hotline. Ab sofort können sich überschuldete Ratsuchende unter der Telefonnummer 0 180/456 45 64 von montags bis freitags in der Zeit von 10 bis 13 Uhr sowie dienstags und donnerstags von 15 bis 20 Uhr informieren und beraten lassen. Die Kosten betragen 24 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz. Darüber hinaus können Fragen auch per E-Mail gestellt werden. Näheres unter www.schuldenhelpline.de. Diese Einrichtung ist ein Projekt der Schuldnerhilfe Köln e.V. Diese ist Mitglied der Arbeiterwohlfahrt Köln und als gemeinnützig anerkannt. *Quelle: AWOMagazin 3.2007*

Rechtsanspruch auf persönliches Budget ab 2008. Behinderte und pflegebedürftige Menschen erhalten zum Januar 2008 einen Rechtsanspruch auf das sogenannte trägerübergreifende persönliche Budget (TPB). Hiermit können behinderte Menschen die für sie erforderlichen Dienstleistungen selbst einkaufen und ihre Assistentinnen oder Assistenten selbst einstellen. Die Reform verfolgt das Ziel, möglichst vielen Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und dem Grundsatz ambulanter vor stationärer Betreuung zu genügen. *Quelle: Bt plus, Zeitschrift für die professionelle Betreuung ungsarbeit 2.2007*

Netzwerk behinderter Frauen in Europa. Auf einer Konferenz im Mai 2007 in Berlin haben 105 Frauen mit unterschiedlichen Behinderungen aus 17 europäischen Ländern ein europäisches Netzwerk Frauen gegründet. Von Schweden bis Griechenland, von Großbritannien bis zur Ukraine sind sie sich darin einig, dass sie nur gemeinsam der mehrfachen Diskriminierung aufgrund ihres Frau- und Behindertseins wirkungsvoll begegnen können. Bisher wurden auf nationaler und europäischer Ebene die Belange der rund 60 Mio. Frauen mit Behinderungen in Europa weder in der Frauenpolitik noch in der Behindertenpolitik ausreichend berücksichtigt. „Behinderte Frauen sind in allen Staaten stärker als behinderte Männer von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen; Mütter mit Behinderung sind gesellschaftlich nicht vorgesehen und erhalten nicht die notwendigen Unterstützungen“, erläuterte Dinah Radtke, Vizevorsitzende von Disabled People International (DPI). Darüber hinaus seien Frauen mit Behinderung doppelt so häufig Opfer sexualisierter Gewalt wie nicht behinderte Frauen. Aufgabe des neuen Netzwerks ist es, sich in nationale und europäische Behinderten- und Frauenpolitik einzumischen. So soll die Gründung von nationalen Netzwerken behinderter Frauen unterstützt werden. Ziel ist es, die Lebenssituation von Frauen mit Behinderungen zu verbessern. Derzeit hat die neue UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen, in der sich die Vertragsstaaten zu Maßnahmen verpflichten, welche die volle Teilhabe behinderter Frauen sicherstellen sollen, eine hohe Priorität für die Netzwerkfrauen. Das Netzwerk will die Ratifizierung und Umsetzung der UN-Konvention in den europäischen Staaten vorantreiben und begleiten. Vorläufig ist die neue Organisation zu erreichen über das Weibernetz e.V., Kölnische Straße 99, D-34119 Kassel, Tel.: 05 61/728 85-85, Fax: 05 61/728 85-53, Email: info@weibernetz.de

► Gesundheit

Ursachen für Drogenkonsum. In Deutschland wird nach Ansicht von Experten und Expertinnen zu wenig nach den Ursachen für den hohen Konsum von Alkohol, Zigaretten und Medikamenten geforscht. Warum brauchen Menschen für ihre tägliche Lebensbewältigung immer stärkere Suchtmittel? Es raucht ja keiner, weil Nikotin so gut schmeckt, sondern weil man kurzfristig eine Entlastung sucht. Andere trinken Alkohol, um das Leben durch die rosarote Brille zu sehen oder schlucken Medikamente, um leistungsfähiger zu sein. Der permanente Leistungsdruck in der Gesellschaft ist nach Meinung des Geschäftsführers der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS), Rolf Hüllinghorst, der Hauptgrund dafür, dass viele Menschen wie selbstverständlich Suchtmitteln zu sich nehmen. Der Konsum von Zigaretten, Alkohol und Medikamenten gelte als normal und notwendig. Wie die Bundesdrogenbeauftragte Sabine Bätzing, die kürzlich den Drogen- und Suchtbericht vorstellte, sprach Hüllinghorst von einer Verharmlosung der Alltagsdrogen in Deutschland. Die Politik müsse daher gezielt Aufklärung betreiben, damit es zu einem Umdenken in der Gesellschaft komme. *Quelle: Newsletter der DHS vom Mai 2007*

Großmütter im Kampf gegen Aids. Die Krankheit Aids hat weltweit bereits 15,2 Mio. Kinder zu Waisen gemacht das sind mehr Kinder, als in ganz Deutschland leben. In einigen Regionen des südlichen Afrika leben mehr als 60 %

der elternlosen Kinder bei ihren Großeltern, wobei zumeist die Großmütter für ihre Enkelkinder sorgen. Bis zum Jahr 2010 werden weltweit schätzungsweise 20,3 Mio. Kinder ihre Mutter, ihren Vater oder beide Eltern durch Aids verloren haben. Millionen dieser Kinder können nicht zur Schule gehen, weil ihnen die Mittel für Schulgeld, Kleidung, Busfahrkarten, Hefte, Stifte und Bücher fehlen. Oft werden Kinder und Erwachsene, deren Angehörige an Aids erkrankt oder gestorben sind, zudem ausgegrenzt und diskriminiert. Die Großmütter, die sich in den meisten Fällen allein um die Waisen kümmern, stehen vor kaum überwindbaren Schwierigkeiten wie Armut, unzureichende Unterkünfte, Überforderung durch eine Vielzahl von kleinen Kindern und durch kranke – HIV-positive – Kinder, für die sie keine Medikamente besorgen können. UNICEF startete im Mai 2007 die Solidaritätsaktion „Großmütter – Vergessene Heldinnen“, welche Teil der weltweiten UNICEF-Kampagne „Du und ich gegen Aids“ ist und die in Deutschland bereits 637 000 Menschen mit ihrer Unterschrift unterstützen. Unter www.unicef.de/aids kann man seine Solidarität zum Ausdruck bringen. *Quelle: Pressemitteilung der UNICEF vom Mai 2007*

Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen. Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Selbstverlag. Berlin 2006, 45 S., kostenlos *DZI-D-7919*

Menschen, die Hilfe und Pflege benötigen, haben die gleichen Rechte wie alle anderen Menschen auch. Da sie sich häufig nicht selbst vertreten können, tragen Staat und Gesellschaft eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Menschenwürde. Ziel der Charta ist es, die Rolle und Rechtsstellung dieser Menschen zu stärken, indem grundlegende und selbstverständliche Rechte von Menschen, die der Unterstützung, Betreuung und Pflege bedürfen, zusammengefasst werden. Diese Rechte sind Ausdruck der Achtung der Menschenwürde, sie sind daher auch in zahlreichen nationalen und internationalen Rechtstexten verankert. Zugleich soll die Charta Leitlinie für diejenigen Menschen und Institutionen sein, die Verantwortung in Pflege, Betreuung und Behandlung übernehmen. Bestelladresse: Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Tel.: 018 05/77 80 90, Fax: 018 05/77 80 94, E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Kinderkrankheit Morbus Perthes. Im Falle von Morbus Perthes handelt es sich um eine orthopädische Kinderkrankheit, die jährlich 2 500 Kinder unerwartet trifft, bisher aber kaum in der Öffentlichkeit bekannt ist. Die Krankheit zersetzt die Oberschenkelknochen der Kinder. Durch ihr Auftreten verändert sich abrupt die gesamte Lebensplanung von Familien. 1998 wurde in Düsseldorf von einem Betroffenen die Selbsthilfegruppe „Deutsche Morbus Perthes Initiative“ gegründet, die mittlerweile über 550 Eltern bundesweit unterstützt. Es gibt in Deutschland wenige Mediziner und Medizinerinnen, die sich besonders um dieses Krankheitsbild bemühen; mit ihnen wird die Initiative gemeinsame Aufklärungsarbeit leisten und die Behandlung dieser Krankheit optimieren. Information: Deutsche Morbus Perthes Initiative, Wolfgang Strömich, Hamburger Straße 5, 40221 Düsseldorf, Tel.: 02 11/930 45 71, Fax: 02 11/930 45 74, E-Mail: info@morbus-perthes.de, Internet: www.morbus-perthes.de

Betreuung durch Gastgebende. Im hessischen Main-Kinzig-Kreis wird erprobt, ob sich ein Konzept zur häuslichen Tages- und Kurzzeitpflege, das sich in Schottland bereits praktisch bewährt hat, auch auf Deutschland übertragen lässt. Dabei betreiben Gastgeber und Gastgeberinnen in ihrem Haus oder in ihrer Wohnung pflegebedürftige Menschen für einen vereinbarten Zeitraum. Unterstützt werden sie von professionell Pflegenden, Laienhelfern und -helferinnen sowie Angehörigen. Der Erfolg des Projektes hängt davon ab, ob sich regelmäßig genügend Ehrenamtliche zur Verfügung stellen und alle Beteiligten ein funktionierendes Netzwerk bilden. Das Projekt im Auftrag der Spitzenverbände der Pflegekassen wurde im Juli 2006 begonnen und hat eine Laufzeit von fünf Jahren. *Quelle: Rotes Kreuz, Fachmagazin, 3.2007*

► Jugend und Familie

Verfahrenspflegschaft. Trennen sich Eltern mit minderjährigen Kindern oder lassen sie sich scheiden, haben sie nach § 17 Kinder- und Jugendhilfegesetz gegenüber dem Jugendamt einen Rechtsanspruch auf Beratung und Unterstützung bei der Entwicklung eines einvernehmlichen Konzepts zur Wahrnehmung der elterlichen Sorge. Stellen die Eltern einen Scheidungsantrag, so informiert das Familiengericht das Jugendamt, sofern von der Scheidung minderjährige Kinder betroffen sind. Das Jugendamt weist dann die Eltern auf Beratungs- und Unterstützungsangebote hin. Stellt ein Elternteil einen Sorge- oder Umgangsrechtsantrag, kann das Gericht dem von der Scheidung betroffenen Kind einen Verfahrenspfleger, eine -pflegerin an die Seite stellen, soweit dies zur Wahrnehmung seiner Interessen erforderlich ist. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn das Interesse des Kindes oder des Jugendlichen in einem erheblichen Gegensatz zu dem seiner Eltern steht (§ 50 des Gesetzes zur Freiwilligen Gerichtsbarkeit). Erforderlich ist die Bestellung einer Verfahrenspflegschaft ebenso bei gerichtlichen Maßnahmen wegen Kindeswohlgefährdung und bei gerichtlichen Entscheidungen über die Trennung eines Kindes von einer Pflegefamilie. *Quelle: Nachrichten PARITÄT 2.2007*

Integrationshilfe Berlin. Die Integrationshilfe Berlin ist eine Jugendhilfeeinrichtung der EJF-Lazarus Gesellschaft, die seit 1981 ambulante Maßnahmen nach dem Jugendgerichtsgesetz für jugendliche und heranwachsende Straftäterinnen und -täter anbietet. Mit diesem Angebot erzieherischer Reaktionen trägt sie dazu bei, das Prinzip „Erziehen statt Strafen“ zu realisieren. Sie ist in Berlin Trägerin von drei Projekten: Im Rahmen des Projekts „Brücke“ setzen sich im Jugendgerichtsverfahren zugewiesene Jugendliche mit ihrer Straftat sowie ihrem aggressiven Verhalten auseinander und trainieren gewaltfreie Konfliktlösungen. Eine materielle Wiedergutmachung für die Geschädigten kann aus dem „Opferfonds“ sowie dem „Schadensfonds“ über gemeinnützige Arbeitsleistungen finanziert werden. Das Projekt „Täter-Opfer-Ausgleich“ bietet die Vermittlung von außergerichtlichen Schlichtungen zwischen Tätern und Opfern an. *Quelle: EJF-Lazarus Aktuell 1.2007*

Kindeswohlgefährdung. Dokumentation. Hrsg. Bayerisches Landesjugendamt. Selbstverlag. München 2006, 82 S., kostenlos *DZI-D-7951*

Diese Dokumentation einer Fachtagung für Familienrichter

und leitende Fachkräfte in Jugendämtern zum Thema Kindeswohlgefährdung zeigt auf, dass der Weg von der gemeinsamen Verantwortung in der Ausübung des Wächteramts der staatlichen Gemeinschaft über die elterliche Erziehungsverantwortung nicht immer einfach zu beschreiten sein mag, aber notwendig ist und erfolgreich sein kann. Gerade weil Begriffe wie Kindeswohl und Kindeswohlgefährdung schwer zu fassen sind, bedarf es der Optimierung von Verfahrensabläufen und Kooperationsformen an den Schnittstellen. Bestelladresse: Zentrum Bayern Familie und Soziales, Bayerisches Landesjugendamt, Winzerstr. 9, 80797 München, Tel.: 089/12 61-04, Fax: 089/12 61-22 80, E-Mail: poststelle@zbfbs-blja.bayern.de

Zum Gesetz zur Erleichterung familiengerichtlicher Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls. Das Bundesministerium für Justiz setzte im März 2006 eine Arbeitsgruppe ein, die vor dem Hintergrund schwerwiegender Fälle von Kindesvernachlässigung und Delinquenz von Kindern und Jugendlichen prüfen sollte, wie familiengerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls erleichtert werden können. Der am 17. November 2006 vorgelegte Abschlussbericht der Arbeitsgruppe wurde in den Gremien der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) diskutiert und der Vorstand der AGJ äußerte sich mit einer Stellungnahme zu den Empfehlungen der Arbeitsgruppe. Diese können bestellt werden bei der AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030/400 40-219, Fax: 030/400 40-232, E-Mail: sabine.kummetat@agj.de

Kinderschutz gemeinsam gestalten: § 8a SGB VIII – Schutzauftrag der Kinder- und Jugendhilfe. Dokumentation. Hrsg. Verein für Kommunalwissenschaften e.V. Selbstverlag, Berlin 2007, 195 S., EUR 17,- *DZI-D-7980* Kinderschutz ist vorrangig vor anderen Jugendhilfefunktionen, deshalb sah sich der Gesetzgeber nach einer längeren fachlichen Debatte veranlasst, mit dem Inkrafttreten des Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetzes (KICK) am 1. Oktober 2005 den Schutzauftrag der Kinder- und Jugendhilfe bei Kindeswohlgefährdung mit der Einführung des § 8a zu konkretisieren. Der Verein für Kommunalwissenschaften e.V. hatte im Juni 2006 zu einem bundesweiten Erfahrungsaustausch über die Ausgestaltung der Rechtsgrundlage und deren Umsetzung in der Praxis nach Berlin eingeladen. Die Dokumentation enthält alle Redebeiträge. Bestelladresse: Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Ernst-Reuter-Haus, Postfach 12 03 21, 10593 Berlin

Deutsch-russischer Jugendaustausch künftig unter einem Dach. Die Koordinierung des Schüler- und Jugendaustausches mit Russland wird in Deutschland künftig von der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch gGmbH als Ansprechpartner wahrgenommen. Bisher lag die Zuständigkeit für den außerschulischen Austausch beim Bundesfamilienministerium, der Schüleraustausch wurde dagegen von den Bundesländern sowie aus Mitteln des Auswärtigen Amtes über den Pädagogischen Austauschdienst der Kultusministerkonferenz gefördert. Das Bundesfamilienministerium fördert die Stiftung, deren Sitz in Hamburg ist, pro Jahr mit zwei Mio. Euro. Der Schüleraustausch und der außerschulische Jugendaustausch wurden erstmals im Jahr 1990 durch Regierungsabkommen geregelt.

► Ausbildung und Beruf Wider die Unsichtbarkeit deutschsprachiger Publikationen in der internationalen Bildungsforschung.

Um die Sichtbarkeit deutschsprachiger erziehungswissenschaftlicher Literatur im internationalen Kontext zu verbessern, werden bibliometrische Kennzahlen gebraucht. Diese sogenannten Performanzindikatoren für Forschung und Lehre werden seit einigen Jahren immer wichtiger, nicht zuletzt als ein Kriterium für die Vergabe von Forschungsgeldern. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) das Projekt „Innovative bibliometrische Verfahren zur kontinuierlichen Beobachtung der sozialwissenschaftlichen Forschungsproduktion“ bewilligt. Wer und wo zu welchem Thema veröffentlicht, von wem und wie oft diese Aufsätze oder Monographien rezipiert werden – diese Fragen sind nicht nur für die Reputation einer wissenschaftlichen Einrichtung wichtig; auch wenn es um die Verteilung von Forschungsgeldern geht, spielen aussagekräftige und verlässliche Kennzahlen eine wichtige Rolle. Ein erheblicher Teil solcher Indikatoren basiert auf bibliometrischen Informationen, mit deren Hilfe Aussagen über die Relevanz wissenschaftlicher Publikationen getroffen werden können. Für die Erziehungswissenschaft waren solche Indikatoren bislang schwer zu generieren: Die internationalen datenbankbasierten Instrumente zur Analyse des wissenschaftlichen Publikationsaufkommens beziehen die deutschen Erziehungswissenschaften nur marginal mit ein, und die deutschen Datenbanken unterstützen die Erfordernisse bibliometrischer Analysen bislang nur unzureichend. Im Zentrum des Bibliometrie-Projekts stehen neue beziehungsweise neu verwendete Formen dieser Art der Analyse, die die sehr aufwendige und wissenschaftlich umstrittene Zitationsanalyse als Performanzindikatoren für Forschung und Lehre ergänzen. Mit dem Ziel, die Voraussetzungen für Maßnahmen der Evaluation, Qualitätssicherung und Transparenz von Forschungsleistungen zu verbessern, werden in der anwendungsorientierten Studie methodische Herangehensweisen und technische Verfahren für ein indikatorengestütztes Monitoring der Erziehungswissenschaften entwickelt und erprobt. *Quelle: Presseinformation des DIPF vom Mai 2007*

European Master in Children's Rights. Zum Wintersemester 2007 führt die Freie Universität Berlin den weiterbildenden interdisziplinären Studiengang „European Master in Children's Rights“ ein. Dies kommt zu einer Zeit, in der die Europäische Union (EU) verstärkt auf die Umsetzung der Kinderrechte in allen Bereichen hinwirkt. Mit der Mitteilung der Europäischen Kommission vom 4. Juli 2006 „Towards a Strategy on Children's Rights“ hat sich die EU dazu verpflichtet, in den kommenden Jahren verschiedene Aktivitäten durchzuführen, um Kinderrechte im europäischen Raum und international zu stärken. Ein Bereich ist die Etablierung eines Europäischen Forums Kinderrechte, an dem sowohl staatliche als auch nicht staatliche Einrichtungen und Organisationen beteiligt werden sollen. Der Weiterbildungsstudiengang „European Master in Children's Rights“ will zu einer Sensibilisierung und Qualifizierung von Fachkräften beitragen, die sich den Kinderrechten verpflichtet sehen, sei es im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, im Sozialwesen, in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, den Medien im Justiz- und Gesundheits-

wesen oder in der Politik. Informationen: Freie Universität Berlin, European Master in Children's Rights, Habelschwerdter Allee 45, 14195 Berlin, Tel: 030/838-539 68, Fax: 030/838-546 56, E-Mail: rbudde@ina-fu.org
Internet: www.fu-berlin.de/emcr

Philosophieren mit Kindern – Fortbildungsangebote für pädagogische Fachkräfte. Seit dem Jahr 2005 werden an der Universität Regensburg und der Hochschule für Philosophie in München Fortbildungen und Seminare angeboten, in denen Pädagoginnen und Pädagogen lernen, wie sie ein philosophisches Gespräch mit Kindern führen können und welche Texte sich zum Lesen eignen. Das Programm dieser Veranstaltungen wird ständig ausgebaut. Die Akademie „Kinder philosophieren“ im Bildungswerk der bayerischen Wirtschaft sucht dafür neue Modellstandorte. Informationen dazu unter www.kinder-philosophieren.de *Quelle: DBSH-Internet-Tipps 4-5.2007*

Engagierte Pflegekräfte. Wenn die Deutschen ans Alter denken, ist es ihnen am wichtigsten, einmal von motivierten und engagierten Pflegekräften versorgt zu werden, so das Ergebnis einer Forsa-Umfrage im Auftrag der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege. Nach der Umfrage halten 76 % der Befragten ab 50 Jahren Motivation und Engagement der Pflegekräfte für sehr wichtig. Ebenfalls deutlich mehr als die Hälfte der Befragten legt bei einem möglichen Umzug in ein Pflegeheim großen Wert auf eine feste Bezugsperson (61 %) und staatlich geprüftes Pflegepersonal (59 %). Weniger wichtig ist dagegen die Anbindung des Pflegeheims an ein Krankenhaus (40 %) oder ein gutes Angebot des Heims im Bereich Kultur und Bildung (35 %) beziehungsweise Wellness und Beauty (15 %). Der Wunsch nach engagierter Betreuung im Alter scheint jedoch immer schwerer erfüllbar zu sein. So zeigt unter anderem eine europäische Studie, dass neben Krankenpflegekräften auch viele Altenpflegerinnen und Altenpfleger so ausgebrannt oder frustriert sind, dass sie häufig ans Aufhören denken. Deutschland schneidet dabei deutlich schlechter als andere Länder ab. *Quelle: BGW Mitteilungen 2.2007*

Tagungskalender

4.-6.9.2007 Hamburg. BGW-Forum 2007: Gesundheitsschutz und Altenpflege. Information: Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW), Papellallee 35/37, 22089 Hamburg, Tel.: 040/202 07-0, Fax: 040/202 07-24 95, Internet: www.bgw-online.de

12.9.2007 Köln. Fachtagung: Begegnung mit süchtigen Klienten – eine unvermeidbare Herausforderung zum gemeinsamen Handeln. Information: Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V., Zeltinger Straße 9, 50969 Köln, Tel.: 02 21/51 10 02, Fax: 02 21/52 99 03
E-Mail: dgsp@netcologne.de

14.-15.9.2007 Bonn-Bad Godesberg. Seminar: Stiftungsrecht. Information: Deutsche StiftungsAkademie c/o Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, 45239 Essen, Fax: 02 01/84 01-255
Internet: www.stiftungsakademie.de

18.-20.9.2007 Halle/Saale. Fachtagung Hilfen zur Erziehung: Wie helfen wir morgen? Werte – Wandel – Wirkungen. Information: AWO Akademie Helene Simon, Oppelner Straße 130, 53119 Bonn, Tel.: 02 28/66 85-167, Fax: 02 28/66 85-211, E-Mail: the@awobu.awo.org

19.-21.9.2007 Magdeburg. Empowerment-Kongress: Selbsthilfe und Selbstunternehmung in der Bürgergesellschaft. Information: Kongress „Empowerment“ 2007, c/o Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen, Breitscheidstraße 2, 39114 Magdeburg, Tel.: 03 91/886 42 73, E-Mail: info@kongress2007.de

20.-22.9.2007 Köln. Internationale Fachtagung: Wir wollen – wir lernen – wir können! Erwachsenenbildung und Empowerment. Information: Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V., Institut InForm, Postfach 70 11 63, 35020 Marburg, Tel.: 064 21/491-0, Fax: 064 21/491-167
E-Mail: Bundesvereinigung@Lebenshilfe.de

24.-26.9.2007 Tübingen. 3. Bundestagung Heimerziehung: Gegenwart gestalten – auf Ungewissheit vorbereiten. Heimerziehung und Bildung. Information: Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen, Geschäftsstelle, Schumannkai 101-103, 60596 Frankfurt am Main, Tel.: 069/63 39 86-0, Fax: 63 39 86-25, E-Mail: tagungen@ighf.de

24.-27.9.2007 Niederlande. Bildungsreise: Soziale Arbeit mit Freiwilligen in den Niederlanden. Information: Paritätische Akademie, Oranienburger Straße 13/14, 10178 Berlin, Tel.: 030/246 36-440
E-Mail: paritaetische@akademie.org

Bibliographie

Zeitschriften

1.00 Sozialphilosophie / Sozialgeschichte

Donhauser, Johannes: Das Gesundheitsamt im Nationalsozialismus: Der Wahn vom „gesunden Volkskörper“ und seine tödlichen Folgen.- In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 69, 2007, Suppl. 1, S. 7-5127. *DZI-0021z*

Poscher, Ralf: Religions- oder Religionskundeunterricht? Eine Fallstudie zu einer verfassungsrechtlichen Dichotomie am Beispiel des Bremer Unterrichts in Biblischer Geschichte.- In: Recht der Jugend und des Bildungswesens ; Jg. 54, 2006, Nr. 4, S. 460-473. *DZI-0740*

Sloterdijk, Peter: „Die Hochkultur hat das Ringen mit der Massenkultur verloren“: Ein Gespräch mit dem Philosophen Peter Sloterdijk über das Denken im Fernsehen, den Statureffekt und die Produktion von Skandalen.- In: Psychologie heute ; Jg. 34, 2007, Nr. 2, S. 46-51. *DZI-2573*

Wegener, Hildburg: Anna von Gierke und der Fünfte Wohlfahrtsverband.- In: Soziale Arbeit ; Jg. 56, 2007, Nr. 2, S. 42-49. *DZI-0470*

2.01 Staat / Gesellschaft

Dehnbostel, Peter: Qualifizierungsbeilegung für KMu – zum Wandel vom Bildungsträger zur Lernagentur.- In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis ; Jg. 36, 2007, Nr. 1, S. 23-27. *DZI-2660z*

Ensel, Angelica: Eltern haben uns bewegt, wohin bewegen wir uns heute? - In: Deutsche Hebammen-Zeitschrift ; 2007, Nr. 2, S. 6-13. *DZI-0608*

Hörtling, Hermann: Ermöglichen statt Leiten: Die Älteren in der evangelischen Jugendarbeit.- In: Das Baugerüst ; Jg. 59, 2007, Nr. 1, S. 30-34. *DZI-1748*

Schmidt-Semisch, Henning: Gesundheitsförderung als soziale Kontrolle: Ausschließungsprozesse (noch) jenseits des Strafrechts.- In: Kriminologisches Journal ; Jg. 39, 2007, Nr. 1, S. 14-25. *DZI-2272*

Schönbach, Karl-Heinz: Zentralisierung oder mehr Wettbewerb im Arzneimittelbereich.- In: Gesundheits- und Sozialpolitik ; Jg. 60, 2006, Nr. 11/12, S. 39-45. *DZI-0079z*

Schwenzer, Victoria: Rassismus und Rechtsextrémismus im Zuschauerverhalten im Profifußball und Entwicklung von Gegenstrategien.- In: Unsere Jugend ; Jg. 59, 2007, Nr. 1, S. 33-38. *DZI-0135*

Weber, Martina: Whistleblowing – Ende der Pflicht zur Verschwiegenheit: Meinungsfreiheit im Arbeitsrecht.- In: Pflegezeitschrift ; Jg. 60, 2007, Nr. 1, S. 44-46. *DZI-0528z*

2.02 Sozialpolitik

Beste, Hubert: Kommunale Drogenpolitik: Zur urbanen Reaktion auf Drogenkonsum.- In: Kriminologisches Journal ; Jg. 39, 2007, Nr. 1, S. 26-32. *DZI-2272*

Biewen, Martin: Beschäftigungseffekte ausgewählter Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung in Deutschland: Eine Bestandsaufnahme.- In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung ; Jg. 39, 2006, Nr. 3/4, S. 365-390. *DZI-2084z*

Böttcher, Wolfgang: Budgetierung und ihr pädagogisches Potenzial. Eine Skizze mit betriebswirtschaftlichen und internationalen Bezügen.- In: Recht der Jugend und des Bildungswesens ; Jg. 54, 2006, Nr. 4, S. 433-447. *DZI-0740*

Braun, Bernard: Immer kürzer, immer schneller? DRG-System, Verkürzung der Liegezeiten im Krankenhaus und Folgen für die Patienten und die Behandlungsabläufe.- In: Gesundheits- und Sozialpolitik ; Jg. 60, 2006, Nr. 9/10, S. 10-17. *DZI-0079z*

Brinkmann, Christian: Evaluation aktiver Arbeitsmarktpolitik in Deutschland: Eine Einführung.- In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung ; Jg. 39, 2006, Nr. 3/4, S. 319-327. *DZI-2084z*

Buhlmann, Günther: Alter in einer Zeit des Umbruchs.- In: Sozialpsychiatrische Informationen ; Jg. 37, 2007, Nr. 1, S. 8-12. *DZI-2671*

Butterwegge, Christoph: Formelkompromisse ohne klare Linie: Ein kritischer Kommentar zur Sozialpolitik der Großen Koalition.- In: Gesundheits- und Sozialpolitik ; Jg. 60, 2006, Nr. 9/10, S. 58-64. *DZI-0079z*

Cremer, Georg: Arbeitsmarktpolitik für gering Qualifizierte – nächste Schritte.- In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 87, 2007, Nr. 2, S. 53-60. *DZI-0044*

Deeke, Axel: Die Evaluation des ESF-BA-Programms am Beispiel der Förderung beruflicher Weiterbildung.- In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung ; Jg. 39, 2006, Nr. 3/4, S. 391-424. *DZI-2084z*

Fertig, Michael: Die makroökonomische Wirkung aktiver Arbeitsmarktpolitik: Eine Panelanalyse auf Ebene regionaler Arbeitsmärkte.- In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung ; Jg. 39, 2006, Nr. 3/4, S. 575-601. *DZI-2084z*

Fischer, Silvia: So sichern Sie sich Ihren Lebensabend.- In: Heim und Pflege ; Jg. 38, 2007, Nr. 1, S. 14-17. *DZI-2496z*

Gerlach, Irene: Zwölfter Kinder- und Jugendbericht und Siebter Familienbericht des Bundes.- In: Recht der Jugend und des Bildungswesens ; Jg. 54, 2006, Nr. 4, S. 401-407. *DZI-0740*

Göppfarth, Dirk: Regionale Verteilungswirkungen des Gesundheitsfonds.- In: Gesundheits- und Sozialpolitik ; Jg. 60, 2006, Nr. 11/12, S. 14-20. *DZI-0079z*

Greinert, Wolf-Dietrich: Vom Staat zum Markt – die Fragwürdigkeit europäischer Berufsbildungspolitik im Hinblick auf die Perspektiven einer notwendigen Berufsbildungsreform in der Bundesrepublik.- In: Recht der Jugend und des Bildungswesens ; Jg. 54, 2006, Nr. 4, S. 448-459. *DZI-0740*

Heyer, Gerd: Zielsetzung und Struktur der „Hartz-Evaluation“.- In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung ; Jg. 39, 2006, Nr. 3/4, S. 467-476. *DZI-2084z*

Hodeck, Jan-Marc: Bedeutung regionaler Gesundheitspolitik für die Verteilung von Verbandsaufgaben zwischen dem Bundesverband und einzelnen Landesverbänden der Betriebskrankenkassen.- In: Sozialer Fortschritt ; Jg. 56, 2007, Nr. 1, S. 17-25. *DZI-0518*

Hujer, Reinhard: Wirksamkeit von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Deutschland: empirische Befunde mikroökonomischer Analysen.- In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung ; Jg. 39, 2006, Nr. 3/4, S. 329-345. *DZI-2084z*

Jacobs, Klaus: Die Gesundheitsreform und der Wettbewerb: Viel Rhetorik, wenig Substanz.- In: Gesundheits- und Sozialpolitik ; Jg. 60, 2006, Nr. 11/12, S. 21-29. *DZI-0079z*

Kostorz, Peter: Der Bevölkerungswandel in Deutschland und seine Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme.- In: Gesundheits- und Sozialpolitik ; Jg. 60, 2006, Nr. 9/10, S. 18-33. *DZI-0079z*

Kruse, Silke: Welche Rolle spielen die Kassen der gesetzlichen Krankenversicherung in der Gesundheitspolitik? Staatliche Einrichtungen oder moderne Wirtschaftsunternehmen.- In: Gesundheits- und Sozialpolitik ; Jg. 60, 2006, Nr. 11/12, S. 46-52. *DZI-0079z*

Legnaro, Aldo: Disziplin und Kontrolle als Parameter von Drogenpolitik: Das Beispiel des New Paternalism.- In: Kriminologisches Journal ; Jg. 39, 2007, Nr. 1, S. 5-13. *DZI-2272*

Lohmann, Rüdiger: DRGs und Pflegesätze in der Psychosomatik: 2002-2005.- In: Zeitschrift für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie ; Jg. 53, 2007, Nr. 1, S. 29-41. *DZI-0905z*

Quensel, Stephan: Staatsforschung: Wie „Be Smart – Don't Start“ sich selber evaluieren: Auch falsches Wissen ist Macht.- In: Kriminologisches Journal ; Jg. 39, 2007, Nr. 1, S. 68-79. *DZI-2272*

Rebscher, Herbert: Ordnungspolitische Implikationen des Gesundheitsfonds für ein freiheitliches Gesundheitswesen. - In: Gesundheits- und Sozialpolitik ; Jg. 60, 2006, Nr. 11/12, S. 11-13. *DZI-0079z*

Richter, Dirk: „Hochschulmedizin 2015“: Perspektiven von Krankenversicherung, Forschung und Lehre in Deutschland, Österreich und der Schweiz. - In: Gesundheits- und Sozialpolitik ; Jg. 60, 2006, Nr. 9/10, S. 34-42. *DZI-0079z*

Richter, Ingo: Das Gehirn und die Bildungspolitik – ein Kommentar. - In: Recht der Jugend und des Bildungswesens ; Jg. 54, 2006, Nr. 4, S. 421-424. *DZI-0740*

Stephan, Gesine: Das TrEffeR-Projekt der Bundesagentur für Arbeit: Die Wirkung von Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik. - In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung ; Jg. 39, 2006, Nr. 3/4, S. 447-465. *DZI-2084z*

Sturzenhecker, Benedikt: Partizipationsrealität im Jugendverband. - In: Das Baugerüst ; Jg. 59, 2007, Nr. 1, S. 38-47. *DZI-1748*

2.03 Leben/Arbeit/Beruf

Brussig, Martin: Zielstellung, Förderstrukturen und Effekte der „Entgeltsicherung“: Erfahrungen mit einem Kombilohn für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. - In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung ; Jg. 39, 2006, Nr. 3/4, S. 491-504. *DZI-2084z*

Dietrich, Andreas: Initiierung regionaler Vernetzungs- und Lernstrukturen durch Entwicklungsprojekte. - In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis ; Jg. 36, 2007, Nr. 1, S. 10-14. *DZI-2660z*

Ehrke, Michael: „Aufgabenbezogene Anlernung“ oder berufsbezogene Ausbildung? Zur Kritik der aktuellen Modularisierungsdebatte. - In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis ; Jg. 36, 2007, Nr. 1, S. 38-42. *DZI-2660z*

Gerber, Susanne: „Endlich ins Praktikum“: Zum Verhältnis von Theorie und Praxis in der Ausbildung der Sozialen Arbeit. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 39, 2007, Nr. 2, S. 2-6. *DZI-2220z*

Gleich, Johann Michael: Wenn Kinder keine Zukunft haben: Armut von Kindern ist auch im reichen Deutschland ein Problem. - In: Caritas in NRW ; 2007, Nr. 1, S. 4-8. *DZI-2295*

Höpfner, Hans-Dieter: Zum globalen Transfer von Modellversuchsergebnissen. - In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis ; Jg. 36, 2007, Nr. 1, S. 19-22. *DZI-2660z*

Knipfer, Eva: Erfassung der Lebensqualität eröffnet neue Perspektiven: Neue Versorgungsformen für Patienten mit Gefäßkrankung – Teil 3. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 60, 2007, Nr. 1, S. 32-35. *DZI-0528z*

Kuklinski, Peter: Demografischer Wandel und Schulnetzplanung für berufsbildende Schulen – dargestellt am Beispiel der Situation in Sachsen. - In: Recht der Jugend und des Bildungswesens ; Jg. 54, 2006, Nr. 4, S. 474-493. *DZI-0740*

Mulder, Regina H.: Innovationen in der beruflichen Bildung: Lernumgebungen und Entwicklungsstrategien. - In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis ; Jg. 36, 2007, Nr. 1, S. 28-32. *DZI-2660z*

Richter, Dirk: Effekte von mitarbeiterbezogenen Trainingsprogrammen zum Aggressionsmanagement in Einrichtungen der Psychiatrie und Behindertenhilfe: Systematische Literaturübersicht. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 34, 2007, Nr. 1, S. 7-14. *DZI-2574*

Schäfer, Angelika: Ressourcen bündeln – neue Stellen schaffen: Hauswirtschaftliche Präsenzkraft. - In: Altenheim ; Jg. 46, 2007, Nr. 1, S. 16-18. *DZI-1449*

Tremel, Inken: Wege entstehen im Gehen: Zugänge junger Männer zu sonderpädagogischen Studiengängen. - In: Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete ; Jg. 76, 2007, Nr. 1, S. 35-45. *DZI-0293*

Vogel, Urs: „Die SKOS will Grundlagen für einen konstruktiven Dialog schaffen“. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 39, 2007, Nr. 2, S. 15-18. *DZI-2220z*

3.00 Institutionen und Träger sozialer Maßnahmen

Devecci, Sergio: Fachhochschulen und Praxis – eine schwierige Freundschaft: Plädoyer für einen aktiven Dialog zwischen Ausbildungsstätten und Praxisorganisationen. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 39, 2007, Nr. 2, S. 12-14. *DZI-2220z*

Dietz, Angela: Stiftung Warentest auch für Pflegeheime? - In: Heim und Pflege ; Jg. 38, 2007, Nr. 1, S. 6-8. *DZI-2496z*

Hinz, Andreas: Inklusive Qualität von Schule. - In: Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete ; Jg. 76, 2007, Nr. 1, S. 10-21. *DZI-0293*

Mauer, Andreas: Wirkungsanalyse der Neuausrichtung der Arbeitsvermittlung im neuen Kundenzentrum. - In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung ; Jg. 39, 2006, Nr. 3/4, S. 557-574. *DZI-2084z*

Pelster, Dirk Marc: Die nichtöffentliche Verhandlung in der Jugendgerichtsbarkeit: Recht- und Zweckmäßigkeit einer verfahrensrechtlichen Exzeption. - In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform ; Jg. 89, 2006, Nr. 6, S. 420-435. *DZI-0676*

Reinecke, Stefan: Klassifikation psychischer Belastungen innerhalb der Polizei: Entwicklung einer Taxonomie der Belastungsqualitäten. - In: Zeitschrift für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie ; Jg. 53, 2007, Nr. 1, S. 42-52. *DZI-0905z*

Schwab, Ulrich: Jung – offen – evangelisch: Fünf Thesen zum Forschungsprojekt „Realität und Reichweite von Jugendverbandsarbeit“. - In: Das Baugerüst ; Jg. 59, 2007, Nr. 1, S. 76-79. *DZI-1748*

Weigert, Vivian: Beratungsstelle für Natürliche Geburt und Eltern-Sein e.V. - In: Deutsche Hebammen-Zeitschrift ; 2007, Nr. 2, S. 22-25. *DZI-0608*

Wilken, Udo: Die Schulleitung und ihre Gestaltungsaufgabe einer basalen kommunikativen Binnenkultur. - In: Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete ; Jg. 76, 2007, Nr. 1, S. 63-66. *DZI-0293*

Wolke, Angelika: Gewaltprävention an Schulen – systematische Entwicklung in einem komplexen Problemfeld. - In: Recht der Jugend und des Bildungswesens ; Jg. 54, 2006, Nr. 4, S. 493-506. *DZI-0740*

4.00 Sozialberufe / Soziale Tätigkeit

Baierlein, Bettina: Pflegefachgespräch statt Pflegevisite: Gezielte Kommunikation fördert patientenzentrierte Pflege. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 60, 2007, Nr. 1, S. 20-22. *DZI-0528z*

Bussmann, Esther: Qualifikation der Praxisausbildung: Von der Entwicklung eines neuen Qualifikationsinstruments. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 39, 2007, Nr. 2, S. 7-11. *DZI-2220z*

Ensel, Angelika: Midwifery-Partnership in Neuseeland: Frauen als Expertinnen. - In: Deutsche Hebammen-Zeitschrift ; 2007, Nr. 2, S. 28, 30-33. *DZI-0608*

Roth, Claudia: „Schule und Praxis durchdringen sich immer mehr“: Ein Gespräch über die Unterschiede in der Praxisausbildung von Fachhochschulen und Höheren Fachschulen. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 39, 2007, Nr. 2, S. 22-26. *DZI-2220z*

5.01 Sozialwissenschaft / Sozialforschung

Greiner, Christine: Therapeutisches Drug-Monitoring in der Psychiatrie – Erstellung von Referenzbereichen für die Dosis-Konzentrations-Beziehung. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 34, 2007, Sonderheft Nr. 1, S. 90-92. *DZI-2574*

Kluge, Hendrik: Auswirkungen struktureller Faktoren auf die Inanspruchnahme Sozialpsychiatrischer Dienste: Eine Mehrebenenanalyse. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 34, 2007, Nr. 1, S. 20-25. *DZI-2574*

Münchmeier, Richard: Die Erforschung eines Jugendverbandes: Was trägt subjektorientierte Forschung zum Verständnis von Jugendverbänden bei? - In: Das Baugerüst ; Jg. 59, 2007, Nr. 1, S. 14-23. *DZI-1748*

Wurm, Susanne: Stand der Altersforschung – Implikationen für Prävention und Gesundheitsförderung. - In: Informationsdienst Altersfragen ; Jg. 34, 2007, Nr. 1, S. 02-06. *DZI-3024*

Zimmermann, Ina: Was sagen denn die Bewohner zum Programm „Soziale Stadt“? Evaluation eines Programmgebots aus Sicht der Bewohner. - In: Sozialmagazin ; Jg. 32, 2007, Nr. 3, S. 26-33. *DZI-2597*

5.02 Medizin/Psychiatrie

Dietrich, Susanne: Reformansätze im Arzneimittelmarkt: Eine kritische Analyse. - In: Gesundheits- und Sozialpolitik ; Jg. 60, 2006, Nr. 11/12, S. 35-38. *DZI-0079z*

Hellerich, Gert: Foucaults Diskurs der Wahrheit und seine Bedeutung für die psychosoziale Arbeit. - In: Soziale Arbeit ; Jg. 56, 2007, Nr. 2, S. 64-69. *DZI-0470*

Köhnlein, Oliver: Therapeutisches Drug-Monitoring des modernen Antipsychotikums Amisulprid in der klinischen Praxis. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 34, 2007, Sonderheft Nr. 1, S. S93-S94. *DZI-2574*

Leupold, Michael: Krankheitsverlauf, Selbstbestimmtheit, Kosten – Aspekte des betreuten Wohnens: Ergebnisse einer empirischen Untersuchung über ambulant betreutes Wohnen für chronisch psychisch kranke Menschen. - In: Sozialmagazin ; Jg. 32, 2007, Nr. 3, S. 21-25. *DZI-2597*

Martin, Veronika: Die Inzidenz von Zwangsmaßnahmen als Qualitätsindikator in psychiatrischen Kliniken: Probleme der Datenerfassung und -verarbeitung und erste Ergebnisse. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 34, 2007, Nr. 1, S. 26-33. *DZI-2574*

Meinck, Matthias: Auf- oder Abbau geriatrischer Versorgungsstrukturen in Deutschland? Kritische Analyse zur Aussagekraft der amtlichen Statistik und anderweitiger Erhebungen. - In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie ; Jg. 39, 2006, Nr. 6, S. 443-450. *DZI-2309z*

Pluntke, Steffen: Geänderte Leitlinien für die Reanimation: Einfachere Vorgaben für höhere Überlebenschancen. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 60, 2007, Nr. 1, S. 8-13. *DZI-0528z*

Rech, Rosemarie: Untersuchung zur Auswirkung konventioneller versus moderner Antidepressiva auf den Krankheitsverlauf depressiver Patienten. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 34, 2007, Sonderheft Nr. 1, S. S100-S102. *DZI-2574*

Sammet, Isa: Psychosomatische Medizin und Psychotherapie: Ein weibliches Fachgebiet? - In: Zeitschrift für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie ; Jg. 53, 2007, Nr. 1, S. 53-61. *DZI-0905z*

Sevecke, Kathrin: „Psychopathy“ bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen – empirische Ergebnisse und forensische Aspekte. - In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform ; Jg. 89, 2006, Nr. 6, S. 455-468. *DZI-0676*

Weiß, Stefanie: Missempfindungen und zusätzliches Krankheitsgefühl vermeiden: „Fast Track“ in der Viszeralchirurgie - Teil 2. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 60, 2007, Nr. 1, S. 17-19. *DZI-0528z*

5.03 Psychologie

Goldbeck, Lutz: Subjektive Krankheitstheorien bei Kindern und Jugendlichen mit somatoformen Störungen oder Asthma bronchiale und ihren Eltern. - In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie ; Jg. 56, 2007, Nr. 1, S. 3-18. *DZI-0521*

Grossmann, Klaus E.: Die Entwicklung psychischer Sicherheit in Bindungen: Ergebnisse und Folgerungen für die Therapie. - In: Zeitschrift für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie ; Jg. 53, 2007, Nr. 1, S. 9-28. *DZI-0905z*

Retzer, Arnold: „Angst ist eine Möglichkeit der Selbstbestimmung“ - In: Psychologie heute ; Jg. 34, 2007, Nr. 2, S. 30-33. *DZI-2573*

Stegemann, Thomas: Lieder in der Musiktherapie mit Kindern. - In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie ; Jg. 56, 2007, Nr. 1, S. 40-58. *DZI-0521*

5.04 Erziehungswissenschaft

Jacob, Christian P.: Genetik von Alkoholmissbrauch und -abhängigkeit bei adultem ADHS. - In: Sucht ; Jg. 52, 2006, Nr. 6, S. 376-385. *DZI-0964z*

Nörber, Martin: Pep-Projekte: Baustellen der Jugendarbeit. - In: Das Baugerüst ; Jg. 59, 2007, Nr. 1, S. 84-89. *DZI-1748*

Otto, Katrin: Sprache fördern, doch womit? Wie Sie die passenden Materialien für Ihre Einrichtung finden. - In: Kindergarten heute ; 2007, Nr. 1, S. 18-23. *DZI-3048*

Souvignier, Elmar: Förderung des Leseverständnisses bei Schülerinnen und Schülern mit Lernschwierigkeiten – eine Metaanalyse. - In: Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete ; Jg. 76, 2007, Nr. 1, S. 46-62. *DZI-0293*

5.05 Soziologie

Hiller, Gotthilf Gerhard: Bildung für Kellerkinder. - In: Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete ; Jg. 76, 2007, Nr. 1, S. 4-9. *DZI-0293*

Straßburger, Gaby: „Ethnisierung des Sexismus“: Zum Diskurs über arrangierte Ehen und Zwangsheirat. - In: Migration und Soziale Arbeit ; Jg. 29, 2007, Nr. 1, S. 25-32. *DZI-2675z*

Westphal, Manuela: Migration und Gender-Aspekte. - In: Migration und Soziale Arbeit ; Jg. 29, 2007, Nr. 1, S. 4-15. *DZI-2675z*

5.06 Recht

Appel, Dirk: Dienstzeiten, wie sie die Bewohner brauchen. - In: Altenheim ; Jg. 46, 2007, Nr. 1, S. 40-43. *DZI-1449*

Beicht, Ursula: Tarifliche Ausbildungsförderung – die Entwicklungen der letzten zehn Jahre. - In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis ; Jg. 36, 2007, Nr. 1, S. 47-51. *DZI-2660z*

Engler, Ulla: „Sind Leistungen der Erziehungshilfen umsatzsteuerpflichtig?“ - In: Evangelische Jugendhilfe ; Jg. 84, 2007, Nr. 1, S. 8-11. *DZI-2961z*

Heusinger, Josefine: Pflegeorganisation und Selbstbestimmung in häuslichen Pflegearrangements. - In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie ; Jg. 39, 2006, Nr. 6, S. 418-422. *DZI-2309z*

Schnapp, Friedrich E.: Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung. - In: Gesundheits- und Sozialpolitik ; Jg. 60, 2006, Nr. 9/10, S. 52-57. *DZI-0079z*

Wrackmeyer, Antje: Zum Verhältnis zwischen SGB II und Wohngeldgesetz. - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 87, 2007, Nr. 2, S. 45-51. *DZI-0044*

6.00 Theorie der Sozialen Arbeit

Fredersdorf, Frederic: Soziale Arbeit in Österreich studieren: Die Entwicklung des Bachelor- und Masterstudiengangs Soziale Arbeit an der Fachhochschule Vorarlberg. - In: Soziale Arbeit ; Jg. 56, 2007, Nr. 2, S. 49-56. *DZI-0470*

Klassen, Michael: Was tun Sie eigentlich den ganzen Tag und worin besteht der Nutzen Ihrer Arbeit? Bedeutung und Schwierigkeit von Wirksamkeitsforschung in der Sozialen Arbeit – ein praktischer Ansatz. - In: Sozialmagazin ; Jg. 32, 2007, Nr. 3, S. 12-15. *DZI-2597*

6.01 Methoden der Sozialen Arbeit

Küchler, Tom: Im Fokus – mobile Jugendarbeit: Streetworker warnen vor weiteren Einschnitten – ein Bericht aus dem Bundesland Sachsen. - In: Sozialmagazin ; Jg. 32, 2007, Nr. 3, S. 39-43. *DZI-2597*

Schmid, Martin: Psychosoziale Interventionen in der Heroinstudie – Implementierung, Durchführung und Wirkungen. - In: Sozialmagazin ; Jg. 32, 2007, Nr. 3, S. 16-20. *DZI-2597*

6.02 Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit

Brandt, Rainer: Vom Mond und seinen Vorhöfen: Hauptberufliches Arbeiten

und evangelisches Profil. - In: Das Baugerüst ; Jg. 59, 2007, Nr. 1, S. 80-83.

DZI-1748

Grosser, Rudolf: Durchgehende Interventionsgestaltung – erste Ansätze in Mecklenburg-Vorpommern. - In: Forum Strafvollzug ; Jg. 56, 2007, Nr. 1, S. 32-33.*DZI-0311*

Hagen, Jutta: Und es geht doch! Menschen mit einer geistigen Behinderung als Untersuchungspersonen in qualitativen Forschungszusammenhängen. - In: Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete ; Jg. 76, 2007, Nr. 1, S. 22-34.*DZI-0293*

Herren, Sandra: Gender Mainstreaming in der offenen Jugendarbeit: Ein Praxisprojekt in der Stadt Zürich. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 39, 2007, Nr. 2, S. 30-31.*DZI-2220z*

Knäppler, Annerose: Mehr Hauswirtschaft – mehr Präsenz: Personalausstattung flexibilisieren. - In: Altenheim ; Jg. 46, 2007, Nr. 1, S. 12-15.

DZI-1449

Matt, Eduard: Integrationsplanung und Übergangsmanagement: Konzepte zu einer tragfähigen Wiedereingliederung für (Ex-)Strafgefangene. - In: Forum Strafvollzug ; Jg. 56, 2007, Nr. 1, S. 26-31.*DZI-0311*

Weipert, Horst: Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz: Ein Praxisbericht zum „Haus am Kanal“ in Hamburg. - In: Sozialpsychiatrische Informationen ; Jg. 37, 2007, Nr. 1, S. 26-29.*DZI-2671*

6.04 Jugendhilfe

Burkova, Olga: Kinder- und Jugendhilfe in der Russischen Föderation: Gegenwärtige Entwicklungen und Chancen. - In: Soziale Arbeit ; Jg. 56, 2007, Nr. 2, S. 57-63.*DZI-0470*

Kessmann, Heinz-Josef: Gemeinsame Verantwortung: Qualität und Finanzierung der Kitas müssen sozialpolitisch fein austariert sein. - In: Caritas in NRW ; 2007, Nr. 1, S. 9-11.*DZI-2295*

Österreicher, Herbert: Lebensräume beleben (1): Werk- und Laborräume. - In: Kindergarten heute ; 2007, Nr. 1, S. 24-27.*DZI-3048*

Wolf, Klaus: Können große Heime gute pädagogische Orte sein? - In: Unsere Jugend ; Jg. 59, 2007, Nr. 1, S. 2-9.*DZI-0135*

6.05 Gesundheitshilfe

Bergen, Peter: Das 1x1 der Handhygiene. - In: Heim und Pflege ; Jg. 38, 2007, Nr. 1, S. 23-25.*DZI-2496z*

Ludwig, Doreen: Inhaltliche und methodische Gestaltungsbausteine: Fallsituationen für den Erwerb von Beratungskompetenzen konstruieren. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 60, 2007, Nr. 1, S. 37-39.*DZI-0528z*

Schützwohl, Matthias: Zu Effektivität akutenpsychiatrischer tagesklinischer Behandlung im einjährigen Follow-up-Zeitraum: Ein Vergleich zur vollstationären Behandlung im Rahmen einer randomisierten kontrollierten Untersuchung. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 34, 2007, Nr. 1, S. 34-37.*DZI-2574*

6.06 Wirtschaftliche Hilfe

Finke, Bernd: Entwicklung der Fallzahlen in der Eingliederungshilfe. - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 87, 2007, Nr. 2, S. 33-44.*DZI-0044*

7.01 Kinder

Braun, Anna Katharina: Lernen in der Kindheit optimiert das Gehirn. - In: Recht der Jugend und des Bildungswesens ; Jg. 54, 2006, Nr. 4, S. 408-420.*DZI-0740*

Crölein, Tatjana: Fernsehkonsum und Schlafstörungen bei Kindern. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 34, 2007, Sonderheft Nr. 1, S. S59-S61.*DZI-2574*

Engelhard, Dorothee: Nicht nur eine Studie von vielen: Was Sie über den OECD-Bericht für Deutschland und seine Hintergründe wissen müssen. - In: Kindergarten heute ; 2007, Nr. 1, S. 34-36.*DZI-3048*

Günder, Richard: Aggressionen von Kindern und Jugendlichen in der Stationären Erziehungshilfe. - In: Unsere Jugend ; Jg. 59, 2007, Nr. 1, S. 10-17.*DZI-0135*

Guóth-Gumberger, Márta: Die WHO-Wachstumsstandards in der Stillberatung einsetzen. - In: Deutsche Hebammen-Zeitschrift ; 2007, Nr. 2, S. 54-57.*DZI-0608*

Kuhlmann, Carola: Evaluation einer heilpädagogisch-therapeutischen Tagesgruppe durch Befragung ehemaliger Kinder und ihrer Eltern. - In: Evangelische Jugendhilfe ; Jg. 84, 2007, Nr. 1, S. 23-31.*DZI-2961z*

Liegle, Ludwig: Pädagogische Konzepte und Bildungspläne: Wie stehen sie zueinander? - In: Kindergarten heute ; 2007, Nr. 1, S. 6-12.*DZI-3048*

Noterdaeme, Michele: Biologische, genetische und psychosoziale Risikofaktoren bei ausgewählten kinder- und jugendpsychiatrischen Störungsbildern – eine Auswertung anhand der Basisdokumentation (BADO). - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 34, 2007, Sonderheft Nr. 1, S. S62-S63.*DZI-2574*

Onken, Markus: Kooperation von Kinder- und Jugendpsychiatrie und Kinder- und Jugendhilfe: Begegnungen von Erzieher und Arzt. - In: Evangelische Jugendhilfe ; Jg. 84, 2007, Nr. 1, S. 12-15.*DZI-2961z*

Preuss, Ulrich: Ein Heim für „wilde“ Kinder: Eine pädagogische Gruppe für Kinder und Jugendliche mit einer Auf-

merksamkeits- und/oder hyperkinetischen Störung. - In: Unsere Jugend ; Jg. 59, 2007, Nr. 1, S. 23-32.*DZI-0135*

Wiefel, Andreas: Diagnostik und Klassifikation von Verhaltensauffälligkeiten bei Säuglingen und Kleinkindern von 0-5 Jahren. - In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie ; Jg. 56, 2007, Nr. 1, S. 59-81.*DZI-0521*

7.02 Jugendliche

Hettenbach, Michael: Ein Joint und Dein Leben ist kaputt: Drogen im Straßenverkehrsrecht: Fahrverbot, Entzug der Fahrerlaubnis, MPU. - In: Kriminologisches Journal ; Jg. 39, 2007, Nr. 1, S. 33-41.*DZI-2272*

Schlottau, Heike: Leute treffen: Motive von Jugendlichen für ihre Aktivitäten im Jugendverband – eine Anregung zur Praxisentwicklung. - In: Das Baugerüst ; Jg. 59, 2007, Nr. 1, S. 24-29.*DZI-1748*

Zdun, Steffen: Männlichkeit und Identität in der Straßenkultur junger Russlanddeutscher. - In: Migration und Soziale Arbeit ; Jg. 29, 2007, Nr. 1, S. 50-59.*DZI-2675z*

Ziegler, Harald: Jetzt muss ich unter Hartz IV – oder auch: Der Vorhof zur Hölle: Betrachtungen zu den Auswirkungen des SGB II auf die Jugendhilfe am Beispiel einer süddeutschen Großstadt. - In: Evangelische Jugendhilfe ; Jg. 84, 2007, Nr. 1, S. 16-22.*DZI-2961z*

7.03 Frauen

Brieskorn-Zinke, Marianne: Frauen und Gesundheit: Gesundheitsförderung in der Pflege zwischen Anspruch und Realität – Teil 6. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 60, 2007, Nr. 1, S. 24-27.*DZI-0528z*

Schernus, Renate: Alte Frauen in der Psychiatrie. - In: Sozialpsychiatrische Informationen ; Jg. 37, 2007, Nr. 1, S. 12-18.*DZI-2671*

7.04 Ehe/Familie/ Partnerbeziehung

Huth-Hildebrandt, Christine: Sozialisation in familialen Kontexten aus transkultureller und geschlechtssensibler Perspektive: Plädoyer für ein Forschungsthema. - In: Migration und Soziale Arbeit ; Jg. 29, 2007, Nr. 1, S. 60-66.*DZI-2675z*

Lamura, Giovanni: Erfahrungen von pflegenden Angehörigen älterer Menschen in Europa bei Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen. - In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie ; Jg. 39, 2006, Nr. 6, S. 429-442.*DZI-2309z*

Wiberg, Anja: Belastung und Lebensqualität von Familien mit autistischen Kindern und Jugendlichen. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 34, 2007, Sonderheft Nr. 1, S. S66-S68.*DZI-2574*

7.05 Migranten

Tunc, Michael: Väter mit Migrationshintergrund zwischen Skandalisierung und Vernachlässigung: Umriss einer Väterarbeit in der Migrationsgesellschaft. - In: Migration und Soziale Arbeit; Jg. 29, 2007, Nr. 1, S. 33-39. *DZI-2675z*

7.06 Arbeitslose

Bernhard, Sarah: Selektivität bei der Zuweisung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger in Trainingsmaßnahmen oder zu privaten Vermittlungsdienstleistern. - In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung; Jg. 39, 2006, Nr. 3/4, S. 533-556. *DZI-2084z*

Caliendo, Marco: Existenzgründungsförderung in Deutschland: Zwischenergebnisse aus der Hartz-Evaluation. - In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung; Jg. 39, 2006, Nr. 3/4, S. 505-531. *DZI-2084z*

Lechner, Michael: Are the effects of training programmes in Germany sensitive to the choice and measurement of labour market outcomes? - In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung; Jg. 39, 2006, Nr. 3/4, S. 347-364. *DZI-2084z*

Pfeiffer, Friedhelm: Vermittlungsgutscheine und Beauftragungen Dritter im Vergleich. - In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung; Jg. 39, 2006, Nr. 3/4, S. 425-445. *DZI-2084z*

7.07 Straffällige / Straftatlassene

Dünkel, Frieder: Aktuelle Daten zum Strafvollzug in Deutschland. - In: Forum Strafvollzug; Jg. 56, 2007, Nr. 1, S. 14-18. *DZI-0311*

Jesse, Christiane: Gewalt im Jugendstrafvollzug: Gegenstrategien der Jugendstrafanstalt Hameln. - In: Forum Strafvollzug; Jg. 56, 2007, Nr. 1, S. 23-25. *DZI-0311*

Zierer, Brigitta: Menschenhandel, Frauenhandel, Migration und Soziale Arbeit. - In: Migration und Soziale Arbeit; Jg. 29, 2007, Nr. 1, S. 16-24. *DZI-2675z*

7.08 Weitere Zielgruppen

Sieg, Klaus: Straßenkick – die alternative WM: Fußballweltmeisterschaft der Wohnungslosen. - In: Sozialmagazin; Jg. 32, 2007, Nr. 3, S. 51-53. *DZI-2597*

7.10 Behinderte / kranke Menschen

Berger, Bettina: Gesundheitskultur von unten? - In: Deutsche Hebammen-Zeitschrift; 2007, Nr. 2, S. 17-21. *DZI-0608*

Blinkert, Baldo: Der Einfluss von Bedarf und Chancen auf Pflegezeiten in häuslichen Pflegearrangements. - In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie; Jg. 39, 2006, Nr. 6, S. 423-428. *DZI-2309z*

Brunnauer, Alexander: Fahrtüchtigkeit depressiver Patienten unter Mirtazapin und Reboxetin. - In: Psychiatrische Praxis; Jg. 34, 2007, Sonderheft Nr. 1, S. S84-S86. *DZI-2574*

Daneke, Sigrid: IQM Demenz. - In: Heim und Pflege; Jg. 38, 2007, Nr. 1, S. 18-22. *DZI-2496z*

Frölich, Jan: Epidemiologie und pathogenetische Aspekte von Substanzmissbrauch und -abhängigkeit bei ADHS. - In: Sucht; Jg. 52, 2006, Nr. 6, S. 367-375. *DZI-0964z*

Geiger, Elisabeth: Fahrtauglichkeit bei schizophrenen Patienten – eine Verlaufsstudie. - In: Psychiatrische Praxis; Jg. 34, 2007, Sonderheft Nr. 1, S. S87-S88. *DZI-2574*

Kela, Nina: Medikamentengabe über die Sonde: Probleme aus der Praxis – Lösungen für die Praxis. - In: Pflegezeitschrift; Jg. 60, 2007, Nr. 1, S. 14-16. *DZI-0528z*

Klünemann, Hans H.: Eine Allgäuer Familie mit Parkinsonoid, Demenz und Pyramidenbahnzeichen. - In: Psychiatrische Praxis; Jg. 34, 2007, Sonderheft Nr. 1, S. S122-S123. *DZI-2574*

Menning, Sonja: Die Inanspruchnahme ambulanter ärztlicher Leistungen durch ältere Menschen. - In: Informationsdienst Altersfragen; Jg. 34, 2007, Nr. 1, S. 16-18. *DZI-3024*

Michler, Petra: trEATit – intensive ambulante Gruppentherapie von Jugendlichen mit Essstörungen. - In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie; Jg. 56, 2007, Nr. 1, S. 19-39. *DZI-0521*

Purucker, Michael: Zweimaliger Suizidversuch eines schizophren Erkrankten während stationärer Therapie. - In: Psychiatrische Praxis; Jg. 34, 2007, Sonderheft Nr. 1, S. S82-S83. *DZI-2574*

Spindler, Charlotte: Auf dem langen Weg zurück in die Arbeitswelt: das Projekt „Supported Employment“ der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich. - In: Sozial Aktuell; Jg. 39, 2007, Nr. 2, S. 27-29. *DZI-2220z*

Springer, Stephan: Bedeutung einer strukturierten Kooperation der Kinder- und Jugendpsychiatrie mit der Neuropädiatrie. - In: Psychiatrische Praxis; Jg. 34, 2007, Sonderheft Nr. 1, S. S64-S65. *DZI-2574*

Stoy, Meline: ADHS und Sucht: Untersuchungen mit bildgebenden Verfahren. - In: Sucht; Jg. 52, 2006, Nr. 6, S. 386-394. *DZI-0964z*

7.11 Abhängige / Süchtige

Ebner, Roland: Nach dem Entzug = vor dem Entzug? Langzeitverlauf bei drogenabhängigen Jugendlichen. - In: Psychiatrische Praxis; Jg. 34, 2007, Sonderheft Nr. 1, S. S42-S43. *DZI-2574*

Hoffmann, Falk: Zunehmender Hypnotikaverbrauch auf Privatrezepten in Deutschland. - In: Sucht; Jg. 52, 2006, Nr. 6, S. 360-366. *DZI-0964z*

König, Susanne: Aufmerksamkeitsdefizit/Hyperaktivitätssyndrom (ADHS) bei erwachsenen Drogenabhängigen. - In: Psychiatrische Praxis; Jg. 34, 2007, Sonderheft Nr. 1, S. S71-S72. *DZI-2574*

Paul, Bettina: Drogentests in Deutschland oder die Institutionalisierung von Misstrauen. - In: Kriminologisches Journal; Jg. 39, 2007, Nr. 1, S. 55-67. *DZI-2272*

Weithmann, Gerd: Häufigkeit und Kosten zusätzlicher stationärer Behandlungen im Jahr nach tagesklinischer oder vollstationärer Alkoholentzugsbehandlung. - In: Psychiatrische Praxis; Jg. 34, 2007, Nr. 1, S. 15-19. *DZI-2574*

Wodarz, Norbert: Rauchen erhöht den Konsum psychoaktiver Substanzen – Ergebnisse einer Repräsentativerhebung bei Schülern der 9. Klasse. - In: Psychiatrische Praxis; Jg. 34, 2007, Sonderheft Nr. 1, S. S73-S74. *DZI-2574*

7.13 Alte Menschen

Bader, Christina: Studie eines ambulanten Patientenkollektivs mit Demenz aus den Landkreisen Passau und Rottal-Inn. - In: Psychiatrische Praxis; Jg. 34, 2007, Sonderheft Nr. 1, S. S114-S116. *DZI-2574*

Köstler, Ursula: Motive des Konzepts Seniorengenesschaften: Hilfe zur Selbsthilfe – die Bürger wollen aktiv werden. - In: Gesundheits- und Sozialpolitik; Jg. 60, 2006, Nr. 9/10, S. 43-51. *DZI-0079z*

Schwitzer, Klaus-Peter: Fünfter Altenbericht – „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Geellschaft“ (Teil 3): Engagement und Teilhabe älterer Menschen. - In: Informationsdienst Altersfragen; Jg. 34, 2007, Nr. 1, S. 07-11. *DZI-3024*

Tiltscher, Cordula: Polypharmazie in der Behandlung älterer Menschen. - In: Psychiatrische Praxis; Jg. 34, 2007, Sonderheft Nr. 1, S. S106-S108. *DZI-2574*

Tüschchen, Rolf: Suizidalität im Alter: Defizit oder Konflikt? - In: Sozialpsychiatrische Informationen; Jg. 37, 2007, Nr. 1, S. 19-22. *DZI-2671*

Die Zeitschriftenbibliographie ist ein aktueller Ausschnitt unserer monatlichen Literaturdokumentation. Die Bibliothek des DZI kann Ihnen die ausgewiesenen Artikel zur Verfügung stellen: Tel.: 030/83 90 01-13, Fax: 030/831 47 50 E-Mail: bibliothek@dzi.de

Verlagsbesprechungen

Von der Idee zur Forschungsarbeit. Forschen in Sozialarbeit und Sozialwissenschaft. Hrsg. Vito Flaker und Tom Schmid. Böhlau Verlag. Wien 2006, 554 S., EUR 24,90 *DZI-D-7932*

Das Buch bietet einen Einstieg in die Methoden wissenschaftlichen Arbeitens für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, spricht aber auch andere Gesellschaftswissenschaften an. Ein erster Teil bringt Grundlagentexte zu Wissenschaft und Forschung, gefolgt von einem wissenschaftstheoretischen Abschnitt mit Bezug auf Sozialarbeit und Sozialwissenschaft. Der dritte Teil bietet einen Überblick über verschiedene quantitative und qualitative Methoden wissenschaftlichen Arbeitens. Die vorliegende Publikation eignet sich als Einstiegsliteratur für die akademische Ausbildung, insbesondere zur Unterstützung von Forschungsprojekten und Diplomarbeiten, aber auch als Hilfe für wissenschaftliches Arbeiten in der sozialarbeiterischen Praxis.

Rechtsextreme Jugendliche. Was kann die soziale Arbeit tun? Von Ingo Espenhorst. Tectum Verlag. Marburg 2006, 138 S., EUR 19,90 *DZI-D-7935*

Rechtsextremismus stellt eine wachsende Herausforderung für den Zusammenhalt der Gesellschaft in Deutschland dar. Jugendliche stehen in der Gefahr, in diese Szene abzugleiten. Diese Studie geht hinsichtlich dieser Entwicklung wichtigen Fragestellungen nach. Der Autor geht auf die gesellschaftliche Situation und auf die Entstehungsbedingungen von Rechtsextremismus ein und beschreibt soziale Faktoren, welche die Entwicklung der Jugendlichen in die rechtsextreme Richtung forcieren können. Schließlich werden Handlungs- und Interventionsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit dargestellt: zum einen die Möglichkeiten, die im Zusammenhang mit politischer Bildung stehen, zum anderen die Konzepte der Jugendsozialarbeit. Im Mittelpunkt stehen dabei Konzepte einer akzeptierenden und gerechtkeitsorientierten Jugendarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen. Auch auf Programme für Aussteigewillige wird eingegangen.

Rassismuserfahrungen in der Jugendhilfe. Eine empirische Studie zu Kommunikationspraxen in der Sozialen Arbeit. Von Claus Melter. Waxmann Verlag. Münster 2006, 350 S., EUR 39,90 *DZI-D-7936*

Wie gehen Jugendliche mit Rassismuserfahrungen und Zugehörigkeitsfragen um und wie kommunizieren sie über Formen von Alltagsrassismus mit den sie betreuenden Pädagoginnen und Pädagogen? In dieser qualitativ-empirischen Untersuchung wird dem Vorhandensein „interkultureller Kompetenzen“ in der ambulanten Jugendhilfe nachgegangen. Neben der Präsentation von Neuerungen in der Rassismustheorie und einer Analyse aktueller Studien zu Rassismus und Rechtsextremismus wurden sieben männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie sieben Pädagoginnen und Pädagogen jeweils in Einzelinterviews und einem Paarinterview befragt. Vor dem Hintergrund

migrationssensibler und rassismuskritischer Konzepte sowie der Analyse professioneller Standards in der Sozialen Arbeit erfolgt die Analyse der Handlungspraxen der Fachkräfte und es werden Empfehlungen für die Ausbildung und Praxis in der Sozialen Arbeit entwickelt.

Finanzierung für Sozialberufe. Grundlagen – Beispiele – Übungen. Von Hans J. Nicolini. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2006, 232 S., EUR 21,90 *DZI-D-7857*

In dieser Veröffentlichung beschäftigt sich der Autor mit der Frage, wie sich soziale Organisationen die erforderlichen Geldmittel für ihre Arbeit beschaffen können. In Sozialeinrichtungen besteht mehr und mehr die Anforderung, erbrachte Leistungen auch unter wirtschaftlichen Aspekten zu rechtfertigen und aus eigener Kraft finanzielle Mittel zu erwirtschaften oder aber zu besorgen. Der Autor gibt einen Überblick über Instrumente, mit deren Hilfe Finanzierungsplanungen erstellt, kontrolliert und durchgeführt werden können. Thematisch orientiert sich diese Einführung an den notwendigen Kenntnissen für eine Anwendung in Non-Profit-Organisationen im sozialen Bereich. Neben Übungsaufgaben mit Lösungen und praktischen Checklisten enthält das Buch anwendungsorientierte finanzmathematische Tabellen.

Body-Modification. Psychologische und medizinische Aspekte von Piercing, Tattoo, Selbstverletzung und anderen Körperveränderungen. Von Erich Kasten. Ernst Reinhardt Verlag. München 2006, 393 S., EUR 29,90 *DZI-D-7861*

Jeder Mensch gestaltet seinen Körper: beim Haarschneiden, Bodybuilding oder durch Schlankheitskuren. Körperveränderungen wie Tätowierung und Piercing sind und waren zu allen Zeiten in allen Kulturen verbreitet. Manchmal nehmen diese Eingriffe extreme Formen an: Intimpiercing, Schneiden, Branding oder Selbstamputationen können nicht nur zu schwerwiegenden medizinischen Komplikationen führen, manchmal sind sie auch Ausdruck traumatischer Erlebnisse oder unbewältigter psychischer Konflikte. Der Autor beschreibt traditionelle und moderne Varianten von Körpermodifikationen. Er stellt Selbstaussagen über Motive und Erleben zusammen und ergänzt sie durch medizinische und psychologische Forschungsergebnisse. Fotos und Fallgeschichten illustrieren die fließenden Grenzen zwischen der allgemein akzeptierten Norm und den als absonderlich empfundenen Extremformen.

Psychische Gesundheit: Herausforderungen annehmen, Lösungen schaffen. Bericht über die Europäische Ministerielle WHO-Konferenz. Hrsg. Weltgesundheitsorganisation Regionalbüro für Europa. Selbstverlag. Kopenhagen 2006, 175 S., EUR 50,- *DZI-D-7939*

Im Januar 2005 kamen Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten der Europäischen Region der WHO in Helsinki zu einer Konferenz über psychische Gesundheit zusammen, um sich mit einer der größten Bedrohungen für das Wohlbefinden der Menschen in der Region zu befassen: der Epidemie psychosozialer Notlagen und psychischer Erkrankungen. Durch die Annahme einer Erklärung und eines Aktionsplanes zum Thema psychische Gesundheit steckten sie den politischen Kurs im Bereich psychische Gesundheit für die kommenden fünf bis zehn Jahre ab. Jetzt sind die Mitgliedstaaten herausgefordert, die Prinzi-

pien aus der Erklärung zu verwirklichen und die Ziele für die zwölf im Aktionsplan genannten Arbeitsbereiche zu erreichen. Das Buch stellt die Pläne der WHO zu Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Verbesserung der psychischen Gesundheit in der europäischen Region dar.

„Am liebsten wäre ich nicht mehr auf dieser Welt ...“ Sekundäre Prävention in der Schulsozialarbeit bei suizidgefährdeten Jugendlichen am Modell der Stadt Zürich.

Von Claudia Willi. Edition Soziothek. Bern 2006, 90 S., EUR 18,50 *DZI-D-7867*

Suizid ist bei Jugendlichen in der Schweiz seit Jahren die zweithäufigste Todesursache. Diese traurige Bilanz zeigt einen klaren Bedarf an Präventionsmaßnahmen auf. Ist das nicht die Schulsozialarbeit genau die richtige Stelle dafür? In dieser Diplomarbeit wird geklärt, welche Aufgaben und Kompetenzen Schulsozialarbeitende bezüglich sekundärer Suizidprävention übernehmen können. Anhand verschiedener Handlungsmodelle und konkreter Methoden für die Beratung von suizidalen Jugendlichen wird aufgezeigt, wie eine optimale Intervention und Kooperation aussehen könnte. Zudem werden die grundlegenden Voraussetzungen für die Umsetzung der sekundären Suizidprävention dargelegt.

Baustelle Stadt. Effizienz und Bürgernähe ohne Demokratie und Nachhaltigkeit? Von Hiltrud Naßmacher. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2006, 172 S., EUR 29,90 *DZI-D-7883*

Die Reformen seit den 1990er-Jahren setzen vor allem auf mehr Effizienz des Verwaltungshandelns und hatten den bürgernahen, modernen Dienstleister Stadt im Blick. Kommunale Akteure müssen sich allerdings auch immer an den Zielen „Schule der Demokratie“ und „Nachhaltigkeit des Handelns“ messen lassen. Durch finanzielle Engpässe und Einbindung in das europäische Mehrebenensystem ist die Entscheidungsfähigkeit der Städte und Gemeinden bedroht. Die in diesem Band vereinigten Aufsätze nehmen die einzelnen Entwicklungen kritisch unter die Lupe.

Sozialraumorientierung. Wege zu einer veränderten Praxis. Hrsg. Wolfgang Budde und andere. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2006, 317 S., EUR 24,90 *DZI-D-7890*

Angesichts einer eher theoretisch geführten Diskussion über Chancen und Grenzen sozialräumlicher Jugendhilfe sind derzeit interessante und häufig erfolgreiche Praxisprojekte in Deutschland eher in den Hintergrund geraten. In diesem Sammelband dokumentieren Praxisberichte unter anderem aus Berlin, Stuttgart und dem Landkreis Nordfriesland die Spannweite sozialräumlicher Innovation in Bezug auf Organisationsstrukturen, Finanzierungsformen, fallspezifische Arbeit, flexible Erziehungshilfen und entsprechende Evaluations- und Controllingverfahren.

Inter-Kulturalität. Hrsg. Arnd Götzelmann und Wilhelm Schwendemann. FEL Verlag Forschung – Entwicklung – Lehre. Freiburg 2006, 251 S., EUR 12,- *DZI-D-7942*

Die vier Evangelischen Fachhochschulen Darmstadt, Freiburg, Ludwigshafen und Reutlingen-Ludwigsburg legen in ihrer Reihe „Evangelische Hochschulperspektiven“ den zweiten Jahresband vor. Die Aufsätze dieses Bandes drehen sich um verschiedene Facetten des weiten Themas der

Interkulturalität. Das „Inter“ oder „Zwischen“ den Kulturen kann zum garstigen Graben des Konfliktes und Krieges, der Intoleranz und Befeindung, des Missverständnisses und der Fehlinformation werden. In dieser Veröffentlichung soll das „Inter“ vor der „Kulturalität“ hingegen als eine Bewegung des Friedens und der Verständigung verstanden werden, die auf Gerechtigkeit, Toleranz und Verständnis basiert.

Taschenlexikon der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Fünfte, völlig neu bearbeitete Auflage. Hrsg. Wolfgang Feuerhelm. Quelle & Meyer Verlag. Wiebelsheim 2007, 705 S., EUR 24,95 *DZI-D-7938*

Seit Erscheinen der letzten Ausgabe dieses Taschenlexikons haben sich die Anforderungen in den Bereichen Soziale Arbeit und Sozialpädagogik sowohl in theoretischer als auch in praktischer Hinsicht weiterentwickelt. Diesen Veränderungen trägt diese Auflage Rechnung. Über 500 Stichwörter informieren über alle wesentlichen Fragestellungen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik unter Einbeziehung komplementärer Fachdisziplinen wie Soziologie, Psychologie, Rechtswissenschaften, Kriminologie und Psychotherapie. Viele neu aufgenommene Begriffe wie zum Beispiel Aussiedler, Case Management, geschlechterbewusste Soziale Arbeit, Internationale Soziale Arbeit, Gerontopsychiatrie und lebenslanges Lernen gehen auf die veränderten und zum Teil neuen Aufgabenstellungen der betreffenden Berufsfelder ein. Neu ist ein Stichwortverzeichnis, das den Zugang auch über solche Begriffe ermöglicht, die nicht als eigene Artikel aufgenommen wurden.

Helden rauchen nicht!? Darstellung, Rezeptionsannahmen und Zensur von Drogen im Comic am Beispiel der Comicserie Lucky Luke. VWB – Verlag für Wissenschaft und Bildung. Berlin 2006, 171 S., EUR 24,- *DZI-D-7944*

Comics spiegeln – wie andere Medien auch – durch deren Thematisierung die gesellschaftliche und kulturelle (Be-)Deutung von Drogen wider. Die vorliegende Studie bietet erstmals eine Untersuchung des Mediums Comic, in der der Umgang mit der Drogenthematik aus kriminologischer Perspektive betrachtet wird. Am Beispiel der seit 60 Jahren erscheinenden Serie Lucky Luke wird verdeutlicht, wie formelle und informelle Zensur die Darstellung von legalen und illegalen Drogen in diesem Medium beeinflusst. Die Drogendarstellung wird in den Kontext der Drogengeschichte gesetzt, um festzustellen, ob die Darstellung frei gestaltet wird oder den bestehenden moralischen Ansprüchen angepasst werden muss.

Katastrophenhilfe und Humanitäre Hilfe. Hrsg. Rainer Treptow. Ernst Reinhardt Verlag. München 2007, 207 S., EUR 16,90 *DZI-D-7955*

Katastrophenhilfe und Humanitäre Hilfe stehen nicht erst seit den verheerenden Flutkatastrophen in Asien im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Neben den durch „Naturgewalten“ ausgelösten Zerstörungen sind es auch die durch Kriege und Terror hervorgerufenen Ereignisse, die den Einsatz staatlich und nicht staatlich organisierter Hilfe erforderlich machen. Das Buch behandelt Grundprobleme der Katastrophenhilfe und der Humanitären Hilfe. Ethische Fragen und Völkerrecht werden ebenso untersucht wie Organisation, Koordinierung und Dilemmata Humanitärer Hilfe. Dabei sind die Aufgaben der medizinischen Versor-

gung und der posttraumatischen Betreuung von Betroffenen und Helfenden genauso wichtig wie Konzepte einer nachhaltigen Krisenprävention.

Chancengerechtigkeit durch Bildung – Chancengerechtigkeit in der Bildung. Bausteine einer sozialen Bildungspolitik. Hrsg. AWO Bundesverband e.V. Klartext Verlag. Essen 2006, 276 S., EUR 17,90 *DZI-D-7956*
Das schlechte Abschneiden des deutschen Bildungssystems bei PISA, IGLU und den OECD-Jahresbildungsberichten wirft Fragen auf: Wann beginnt die frühkindliche Bildung? Erhöht das Ganztagssschulkonzept die Chancengleichheit? Wie kann man für eine verbesserte Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe sorgen? Dies sind nur einige Aspekte, die in diesem Buch betrachtet und diskutiert werden. Fachleute der Pädagogik, Sozialwissenschaften und Psychologie setzen sich mit der Kernfrage auseinander, wie man Chancengleichheit in der Bildung gewährleisten kann. Die Darstellung beschränkt sich nicht auf kritische Analysen, sondern entwickelt für die behandelten Felder jeweils konkrete Vorschläge und Lösungsansätze.

Würdig leben bis zuletzt. Sterbehilfe – Hilfe beim Sterben – Sterbebegleitung. Eine Streitschrift. Hrsg. Katrin Göring-Eckardt. Gütersloher Verlagshaus. Gütersloh 2007, 200 S., EUR 14,95 *DZI-D-7957*
Diese Schrift zu den wichtigsten Aspekten des umstrittenen Themas „Sterbehilfe oder Sterbebegleitung“ lässt Autorinnen und Autoren aus unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern zu Wort kommen und bezieht dabei eindeutig Stellung zu Fragen ärztlichen Handelns in der letzten Lebensphase. Der Band beinhaltet Beiträge aus der Sicht der Medizinethik, der Rechtsprechung, der Seelsorge, der Kirche, der Politik und verdeutlicht in Praxisbeispielen die Arbeit von Menschen in der alltäglichen Sterbebegleitung.

Fürsorge im Wirtschaftsboom. Die Entstehung des Bundessozialhilfegesetzes von 1961. Von Friederike Föcking. R. Oldenbourg Verlag. München 2007, 556 S., EUR 74,80 *DZI-D-7958*

Das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) von 1961 reformierte die traditionelle Fürsorge in der Bundesrepublik Deutschland grundlegend. Nach der Rentenreform von 1957 war es die zweite große sozialpolitische Neuerung der Ära Adenauer. Erstmals garantierte das BSHG einen Rechtsanspruch auf Hilfe und sicherte nicht nur ein Existenzminimum, sondern auch die Mittel für ein Leben, „das der Würde des Menschen entspricht“. Die Autorin untersucht die Entstehung dieses für den bundesdeutschen Sozialstaat grundlegenden Gesetzes von den ersten Reformansätzen in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg an. Mit ihrer Darstellung der Entwicklung der Fürsorge in den Westzonen und der jungen Bundesrepublik Deutschland erschließt die Studie Neuland auf dem Gebiet der Forschung zur Geschichte der Sozialpolitik.

Berthold Simonsohn. Biographie des jüdischen Sozialpädagogen und Juristen (1912-1978). Von Wilma Aden-Grossmann. Campus Verlag. Frankfurt am Main 2007, 420 S., EUR 32,90 *DZI-D-7959*
Durch sein lebenslanges soziales Engagement war Berthold Simonsohn eine Ausnahmeerscheinung seiner Zeit. Als verfolgte(r) Jude wurde er während des Nationalsozialismus

nach Theresienstadt deportiert und überlebte insgesamt fünf Konzentrationslager. Er kehrte nach Deutschland zurück und baute die Zentralwohlfahrtsstelle für Juden wieder auf, die er bis 1961 leitete. Als Professor für Sozialpädagogik und Jugendrecht an der Universität Frankfurt am Main setzte er sich für die Reform des Jugendrechts und des Jugendstrafvollzugs ein. Er gehört zu jenen Überlebenden und Rückkehrenden, die nach 1945 die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich mitgestalteten.

Biografische Studien zu Eduard Spranger. Von Alban Schraut. Verlag Julius Klinkhardt. Bad Heilbrunn 2007, 409 S., EUR 36,-*DZI-D-7960*
Die vorliegende Abhandlung versteht sich als Vorarbeit für eine noch zu schreibende große Biographie über Eduard Spranger, den berühmten Kulturphilosophen, Psychologen und Pädagogen (1882-1963). Sie bietet einen neuen Zugang, sein Leben und Werk unter Berücksichtigung der biographischen Studien aus bisher unbekanntem Blickwinkel zu sehen. Denn sein Leben spiegelt sich teilweise in den Fremddarstellungen und in den Beziehungsmustern wider. Erstmals werden Studien zu Eduard Sprangers Verfahren bis in die dritte Generation zurück, insbesondere zu seinen Eltern Bertha und Franz Spranger, zu seinem Schul- und Studienkollegen Hermann Hadlich und dessen Halbschwester Käthe Hadlich sowie zu Sprangers Freundin und späteren Ehefrau Susanne Conrad, vorgelegt. Es werden die Lebenswege dieser Personen rekonstruiert, deren Beziehungen zu Eduard Spranger aufgezeigt und eine detaillierte tabellarische Biographie erstellt.

Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. Hrsg. Shell Deutschland Holding. Fischer Taschenbuch Verlag. Frankfurt am Main 2006, 506 S., EUR 14,95 *DZI-D-7961*

Die 15. Shell Jugendstudie widmet sich dem Themenschwerpunkt „Alt und Jung“: Wie sieht sich die junge Generation mit all ihren Erwartungen an die eigene Zukunft in einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft? Die Studie greift als neues zusätzliches Thema die religiöse Orientierung auf und erfragt die Einstellung der Jugend zu Religiosität und Glauben sowie zur Rolle der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Sie setzt die Langzeitberichtserstattung über die junge Generation in Deutschland seit 53 Jahren fort, indem jugendliche Lebenswelten, Rollenverständnis sowie Einstellungen zur Politik erfragt werden. Als Basis der Studie dienen Ergebnisse einer aktuellen und repräsentativen Befragung Jugendlicher durch die renommierten Jugendforscher Klaus Hurrelmann und Mathias Albert in Zusammenarbeit mit einem Expertenteam von TNS Infratest Sozialforschung.

Aus nächster Nähe. Zeitaspekte sozialarbeiterischer Intervention in Familien. Von Veszelinka Ildikó Petrov. Tectum Verlag. Marburg 2006, 432 S., EUR 29,90 *DZI-D-7962*
Dieses Buch bietet eine soziologische Diagnose der Gegenwart und ihres Zeiterlebens, eingebettet in eine philosophische Annäherung an das Phänomen Zeit. 15 Interventionsfälle aus der Bezirkssozialarbeit in einem Jugendamt veranschaulichen das Problempotential in vier – teilweise unvereinbaren – Zeitdimensionen. Im Sozialstaat kollidieren die fest gefügten Zeitstrukturen, wie etwa die Bindung an Arbeitszeiten, zunehmend mit dessen Zielen und Auf-

gaben. In den Familien machen etwa Arbeitswelt und elterliche Aufgaben das Leben der Einzelnen zeitlich asynchron. Schließlich gilt es, unter diesen Bedingungen den richtigen Zeitpunkt für die Intervention zu finden. Die Autorin hat unter hunderte deutscher Dächer geblickt. Das Buch ist die Summe dieser praktischen Erfahrungen und deren wissenschaftlicher Reflexion.

Jüdische Wohlfahrt im Spiegel von Biographien.

Hrsg. Sabine Hering. Fachhochschulverlag. Frankfurt am Main 2006, 464 S., EUR 24,- *DZI-D-7963*

Die Bedeutung der jüdischen Traditionen der Selbsthilfe und der Prinzipien sozialer Gerechtigkeit ist für die Entwicklung der europäischen Wohlfahrtspflege im 19. und 20. Jahrhundert überaus bemerkenswert gewesen: Sowohl die aus der jüdischen Philantropie hervorgegangenen namhaften sozialen Stiftungen, als auch die aus den jüdischen Gemeinden oder der jüdischen Frauenbewegung heraus entstandenen Organisationen der Wohlfahrtspflege waren beispielhaft. Es ist das Verdienst dieses Buches, die Vielzahl der Persönlichkeiten, welche maßgeblich an diesen Entwicklungen beteiligt waren, einer breiteren Öffentlichkeit zu präsentieren und ihre Pionierleistungen zu würdigen. Anhand der über 40 biographischen Skizzen wird sichtbar, wie unterschiedlich sich die – fast alle Beteiligten verbindende – Erfahrung von Ausgrenzung und Verfolgung im Nationalsozialismus auf ihre Handlungsweisen ausgewirkt hat.

Sozialpädagogisches Denken. Wege zu einer Neubestimmung. Von Lothar Böhnisch, Wolfgang Schröder und Hans Thiersch. Juventa Verlag. Weinheim 2005, 317 S., EUR 19,- *DZI-D-7995*

Sozialpädagogik und Sozialarbeit befinden sich derzeit am Scheideweg. Angesichts eines neokapitalistisch angetriebenen Strukturwandels und der Krise des Sozialstaates laufen sie Gefahr, ihre gesellschaftliche Rückendeckung einzubüßen. In einem ersten Zugang wird vor diesem Hintergrund die Entstehung des sozialpädagogischen Denkens in historischen Positionen rekonstruiert. Das Buch bietet daran anschließend Wege für eine Neubestimmung an. Dabei werden nicht nur die gegenwärtigen sozialpädagogischen Herausforderungen und Problemstellungen in den Bereichen der öffentlichen Erziehung, Familie, Jugend, Bildung, Arbeit, Gesundheit und Migration thematisiert. Es wird auch gezeigt, wie die sozialpädagogischen Diskurse des 19. und 20. Jahrhunderts gewertet und als Fundus eines zeitgemäßen sozialpädagogischen Denkens genutzt werden können. Abschließend werden die Zukunftsperspektiven der Sozialpädagogik thematisiert.

Die „sanfte“ Kontrolle. Suchtprävention als Drogenpolitik. Von Wolfgang Schneider. VWB – Verlag für Wissenschaft und Bildung. Berlin 2006, 96 S., EUR 15,- *DZI-D-7945*

Der Autor rekonstruiert kritisch und teilweise auch provokativ die unterschiedlichen Formen suchtpräventiver Zugriffsweisen als funktional-symbolische Drogenpolitik. Suchtprävention und Drogenhilfe müssen sich auch aus Legitimationsgründen auf eine Problem-, Defizit- und Risikoblickrichtung zielgruppenbezogen, „früherkennend“ und „frühintervenieierend“ orientieren. Ihre Funktion ist dabei, das medial und somit auch moralisch hochstilisierte

jugendliche Drogenproblem erträglich zu gestalten und die Öffentlichkeit durch symbolisch vermittelte Sinngebung zu beruhigen. Abschließend wird ein realitätsgerechtes Konzept einer akzeptanzorientierten Verbraucherbegleitung im Sinne der moderierenden Unterstützung einer gennussfähigen Drogengebrauchskompetenz entworfen und in den Kontext einer kritischen Aufarbeitung funktionaler Drogenpolitik und Drogenhilfe gestellt.

Öffentlichkeitsarbeit von Nichtregierungsorganisationen. Mittel – Ziele – interne Strukturen. Von Kathrin Voss. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2007, 349 S., EUR 42,90 *DZI-D-7993*

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sind wie kaum ein anderer politischer Organisationstyp auf erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit angewiesen. Wie und unter welchen Rahmenbedingungen diese entwickelt wird, ist jedoch bisher kaum untersucht worden. Basierend auf dem Excellence-Modell geht die Autorin der Frage nach der Struktur von Öffentlichkeitsarbeit bei Umwelt- und Naturschutzorganisationen exemplarisch nach. In einem länderübergreifenden Vergleich zwischen den USA und Deutschland werden dabei Grunddaten zum Verständnis, den Zielen und Mitteln von NGO-Öffentlichkeitsarbeit präsentiert. An sechs ausgewählten Organisationen werden darüber hinaus die internen Strukturen, Arbeitsabläufe und Entscheidungsebenen vertiefend dargestellt, um zum Beispiel die Themenauswahl für Öffentlichkeitsarbeit zu analysieren.

Evaluation konkret. Fremd- und Selbstevaluationsansätze anhand von Beispielen aus Jugendarbeit und Schule. Hrsg. Ute B. Schröder und Claudia Streblov. Verlag Barbara Budrich. Opladen 2007, 204 S., EUR 19,90 *DZI-D-7999*

Evaluation kommt im Rahmen der Begleitung und Analyse von pädagogischer Praxis eine besondere Funktion zu. Anhand von drei methodisch unterschiedlichen Evaluationsansätzen und deren praktischer Anwendung wird ersichtlich, wie eine Bewertung prozessbegleitend eingesetzt werden kann und welche Chancen dies für die Entwicklung der pädagogischen Praxis bietet. Darüber hinaus greift die Veröffentlichung weitere Themen im Kontext von Evaluation auf. Dazu gehören ihre praxisrelevanten Aspekte sowie Nutzen und Möglichkeiten von Selbstevaluation, die Darstellung von Beurteilung in der pädagogischen Stiftungsarbeit und die Auseinandersetzung mit Wirksamkeit, Nützlichkeit und Nachhaltigkeit von pädagogischen Programmen.

Biografische Berufswege im Horizont der Gilde Soziale Arbeit. Ein Beitrag zur Entwicklung der Sozialarbeit Sozialpädagogik im 20. Jahrhundert. Von Beate Arlt. Der Andere Verlag. Tönning 2006, 117 S., EUR 21,90 *DZI-D-7904*

Das Buch ist ein Beitrag zur professionshistorischen Entwicklung aus dem Blickwinkel der Biographieforschung und der Oral History. Die Autorin wandte sich an elf Zeitzeugen, sieben Frauen und vier Männer, sämtlich der Gilde Soziale Arbeit zugehörend, die sich zur Mitarbeit bereit erklärten. Im Rückblick reflektieren sie über die Professionsentwicklung, schildern ihre Ausbildungswege und Weiterqualifizierungen und nehmen zur Entwicklung der Sozialarbeit und Sozialpädagogik Stellung. Die biographische

Perspektive ermöglicht in diesem Zusammenhang Erkenntnisgewinne bezüglich der Entfaltung der Profession und der Ausgestaltung von Handlungsfeldern.

Schuldnerinnen – eine biografische Untersuchung.

Ein Beitrag zur Überschuldungsforschung. Von Susanne Schlabs. Verlag Barbara Budrich. Opladen 2007, 314 S., EUR 33,- *DZI-D-7997*

Anhand von Fallstudien wird untersucht, welche Rolle Verschuldung im Leben von Frauen vor dem Hintergrund ihrer Persönlichkeitsbildung spielt. Es wird deutlich, dass Überschuldung zumeist weit mehr als ein zeitlich begrenztes wirtschaftliches Problem in den Lebensläufen darstellt. Das Buch enthält Überlegungen zu dem im Kontext der Überschuldung entstehenden politischen und sozialpädagogischen Handlungsfeld, eine biographieanalytische Studie zu den Verlaufskurven der Überschuldung, methodologische Grundlagen sowie empirische Ergebnisse.

Impressum

Herausgeber: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen und Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales des Landes Berlin

Redaktion: Burkhard Wilke (verantwortlich) Tel.: 030/83 90 01-11, Heidi Koschwitz Tel.: 030/83 90 01-23, E-Mail: koschwitz@dzi.de, Hartmut Herb, Carola Schuler (alle DZI), unter Mitwirkung von Prof. Dr. Horst Seibert, Frankfurt am Main; Prof. Dr. Antonin Wagner, Zürich; Dr. Johannes Vorlaufer, Wien

Redaktionsbeirat: Prof. Dr. Hans-Jochen Brauns, Berlin; Hartmut Brocke (Sozialpädagogisches Institut Berlin); Franz-Heinrich Fischler (Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.); Sibylle Kraus (Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen e.V.); Elke Krüger (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, LV Berlin e.V.); Prof. Dr. Christine Labonté-Roset (Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin); Dr. Manfred Leve, Nürnberg; Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin); Prof. Dr. Ruth Mattheis, Berlin; Manfred Omankowsky (Bürgermeister-Reuter-Stiftung); Helga Schneider-Schelte (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.); Ute Schönherr (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung); Heiner Stocksclaeder (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales); Dr. Peter Zeman (Deutsches Zentrum für Altersfragen)

Verlag/Redaktion: DZI, Bernadottestr. 94, 14195 Berlin, Tel.: 030/83 90 01-0, Fax: 030/831 47 50, Internet: www.dzi.de, E-Mail: verlag@dzi.de

Erscheinungsweise: 11-mal jährlich mit einer Doppelnummer. Bezugspreis pro Jahr EUR 61,50; Studentenabonnement EUR 46,50; Einzelheft EUR 6,50; Doppelheft EUR 10,80 (inkl. 7% MwSt. und Versandkosten, Inland) Kündigung bestehender Abonnements jeweils schriftlich drei Monate vor Jahresende.

Die Redaktion identifiziert sich nicht in jedem Falle mit den abgedruckten Meinungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasserinnen und Verfasser dar, die auch die Verantwortung für den Inhalt tragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, müssen schriftlich vom Verlag genehmigt werden.

Layout/Satz: GrafikBüro, Stresemannstr. 27, 10963 Berlin

Druck: druckmuck@digital e.K., Großbeerenstr. 2-10, 12107 Berlin

ISSN 0490-1606